

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 33.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Untlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 22. August 1916.

Inhalt: Der Reichskanzler in Wien, S. 857, 858. — Vor der Entscheidung, S. 857, 859, 877, 890. — Für die Unabhängigkeit, S. 860. — Graf Monts und die polnische Frage, S. 861, 862, 863. — Von den polnischen Fraktionen, S. 863. — Nationale Solidarität, S. 864. — „Kurjer Poznański“ und „Kraj“, S. 865. — Die Polen in Preußen und der Krieg, S. 866. — „Gazeta Grudziądzka“ über ihre Ziele, S. 867. — Die „Russenfreundlichkeit“ der Polenpresse in Preußen, S. 867–870. — Sotols, S. 870. — Verband der polnisch-katholischen Vereine, S. 871. — Schutzmacherorganisation, S. 872. — Frauenpflichten, S. 872. — Projekte und Kombinationen, S. 873. — Wechsel der Stimmungen, S. 874. — Aus Warschau, S. 874. — Polen und der Krieg, S. 876, 877. — Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens, S. 878, 879. — Zum 5. August, S. 879–887. — Von der Nationaldemokratie in Polen, S. 887. — Vom Warschauer Gemeinderat, S. 887. — Mariawiten, S. 888–889. — Vom Wiener politischen Klub, S. 889. — Grabski zur Lage, S. 891. — Die polnische Frage in Rußland, S. 892, 893. — Vom Petersburger polnischen Klub, S. 893. — Aus Krakau, S. 895. — Aus Amerika, S. 896.

Betrifft die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 185 des Kurjer Poznanski (Posen)
vom 15. August 1916:

Betrifft den Aufenthalt des Reichskanzlers in Wien.

Bei den zweitägigen Beratungen in Wien war bekanntlich die polnische Frage, genauer genommen, die Frage der Regelung der Verhältnisse im Königreich Polen der Hauptgegenstand der Erwägungen und Verhandlungen. Es sei noch hinzugefügt, daß die Wiener Presse den deutschen Reichskanzler sehr warm begrüßte und auch das Publikum ihm auf der Straße Ovationen bereite. Diese Kundgebungen des Vertrauens, dessen sich Herr von Bethmann-Hollweg in dem verbündeten Österreich erfreut, sind nicht ohne Bedeutung angesichts der Angriffe und Vorwürfe, welche gleichzeitig gegen die Politik des Reichskanzlers seitens des alldeutschen Lagers im deutschen Reich gemacht werden.

Über das Ergebnis der zweitägigen Beratungen in der Hauptstadt Österreichs ist bis jetzt nichts Konkretes bekannt geworden. Das amtliche Wiener k. k. Telegraphische Korrespondenzbureau beschränkt sich auf eine kurze Mitteilung, welche lautet: „In den zweitägigen Konferenzen zwischen den Leitern der auswärtigen Politik beider Mächte konnte man ein völliges Einvernehmen hinsichtlich aller besprochenen Gegenstände feststellen“. Daraus ist zu folgern, daß auch in der polnischen Frage die Wiener Verhandlungen zu einem Einvernehmen zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung geführt haben. Bisher war ein solches Einvernehmen nicht vorhanden. Die abweichenden Anschauungen der Berliner Kreise einerseits und der Wiener Kreise andererseits gaben sich bisweilen in einer die Bundesverhältnisse berücksichtigenden, aber nichts destoweniger ziemlich bestimmten Form kund. Ob gegenwärtig, wie von verschiedenen Seiten angekündigt wurde, das erzielte Einvernehmen die Annahme endgültiger Entschlüsse bedeutet, die demnächst verwirklicht werden würden, oder ob man

sich nur auf ein Einvernehmen hinsichtlich der weiteren provisorischen Behandlung der polnischen Frage beschränkt hat, ist schwer zu entscheiden. Die kurze und zurückhaltende Mitteilung des Wiener Bureaus gestattet nicht, weitgehende Vermutungen zu machen. Aus der deutschen Presse liegt uns nur die Stimme der „Vossischen Zeitung“ vor, die sich über die Geheimnistuerei, mit welcher die Regierung ihre Absichten in der polnischen Sache verschleiert, sehr beklagt, um so mehr, als dies die wichtigste Sache ist, die gegenwärtig eine Entscheidung verlangt. Am wichtigsten — sagt der Verfasser des Artikels, Herr Bernhard — erscheint uns das, daß von einer mehr oder weniger glücklichen Lösung der polnischen Frage — oder auch von ihrer Nichtlösung — der Termin und die Art der Beendigung des Krieges abhängt.

Herr Bernhard will sich darüber nicht näher auslassen, erneuert aber die schon früher ausgedrückte Forderung, daß der Reichskanzler, wenn er die öffentliche Erörterung nicht zulassen will, den berufenen Vertretern der öffentlichen Meinung der Volksversammlung die Ziele seiner Politik in der polnischen Frage erläutern möge. Was uns betrifft, so meinen wir, daß die Veröffentlichung etwaiger Entscheidungen abzuwarten und dem Königreich Polen die Art und die Grenzen, die nationale Arbeit und die Politik den neuen Verhältnissen anzupassen, zu überlassen sein wird.

Aus Nr. 97 der Gazeta Poznańska (Posen)
vom 12. August 1916.

Das Schicksal Polens steht vor der Entscheidung...

Polens Schicksal steht vor der Entscheidung. Das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Es nähert sich uns ein neues Polen; sein Hauch ist schon in Warschau zu spüren. Der Warschauer Gemeinderat gab der Welt unzweideutig zu verstehen, daß seine Arbeit nur Polen gilt, das in irgendeiner Form kommen muß.

Wir fühlen, daß hinter den Kulissen der Diplomatie der Mittelmächte und in den Kabinetten in Berlin und Wien etwas vorgeht, was für unsere Zukunft von Bedeutung sein wird. Der den amtlichen Kreisen nahe-

27

stehende „Lokalanzeiger“ schrieb erst vor kurzem, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien, die für einige Zeit unterbrochen worden sind, wieder von neuem aufgenommen werden sollen, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Einen lauten Widerhall fand die polnische Frage vor kurzem im ungarischen Landtag durch den Mund uns wohlwollender Politiker, wie des Grafen Andrássy und des Ministerpräsidenten Tisza.

Wir sind davon überzeugt, daß nach Maßgabe der Entwicklung der kriegerischen Ereignisse über die polnische Frage auf Seiten der Mittelmächte immer mehr gesprochen werden wird.

Diese Tatsache ist für die polnische Frage von großer Bedeutung. Ihre bisher nur in den polnischen Herzen bestehende starke Lebensfähigkeit zeigt sich im vollen Umfange vor der Welt.

Nicht nur das. Die mehr oder weniger deutlichen Absichten der Mittelmächte, die polnische Frage noch vor dem Friedensschluß zu regeln und Europa vor die vollendete Tatsache zu stellen, müssen in Petersburg, Paris und London einen lauten Widerhall finden. Aus den Berichten, die uns aus der russischen Presse in Auszügen auf Umwegen zugehen, gewinnt man den Eindruck, daß man auch hinter den Kriegsfrenten mit der Bedeutung der polnischen Frage immer mehr zu rechnen beginnt. Auch die „Frankfurter Zeitung“ brachte den letzten Wechsel im russischen Staatsministerium — den Rücktritt Sazonows zugunsten Stürmers — mit der polnischen Frage in Verbindung. Der Sieg des letzteren sollte ein ungünstiges Zeichen auch für die russischen Absichten gegenüber Polen sein, das vorläufig noch keineswegs den wankelmütigen Plänen der russischen Satrapen unterworfen ist. Wir haben aber in der letzten Nummer der „Gazeta Poznańska“ Mitteilungen aus russischen Blättern veröffentlicht, aus welchen hervorgehen dürfte, daß auch Stürmer bis zu einem gewissen Grade — wahrscheinlich unter dem Druck der bevorstehenden Möglichkeit der Regelung der polnischen Frage durch Berlin und Wien — seine Anschauungen über Polen ändern mußte. Der Zar soll ein Manifest in der polnischen Frage erlassen. Die „Nationalzeitung“ teilt darüber folgendes mit: „Wie aus gut informierten Kreisen berichtet wird, soll das Manifest des Zaren über die politische Zukunft Polens am 12. August verkündet werden. Wahrscheinlich wird sich der Zar erst nach Petersburg begeben, wo wichtige Konferenzen stattfinden werden. Das „Utro Rosii“ teilt angeblich aus durchaus glaubwürdiger Quelle mit, daß das Manifest des Zaren die Versprechungen des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch bestätigen werde.“

Auf uns, die wir dank dem Kriege gelernt haben, uns in der Politik nicht mehr von Gefühlen leiten zu lassen, muß das alles den Eindruck machen, daß wir Gegenstand einer Versteigerung seien. Der Ruf: „wer zahlt mehr!“ rührt uns fast gar nicht. Maßgebend sind für uns Taten und nicht leere Worte, auch nicht die weitgehendsten Versprechungen, deren Erfüllung nicht von den Kabinetten und Politikern, sondern von den Armeen abhängt.

Trotzdem wiederholen wir, was wir eingangs gesagt haben: „Das Schicksal Polens steht vor der Entscheidung; es nähert sich uns ein neues Polen.“

Wie dieses Polen sein wird, das hängt zum großen Teil von uns selbst ab. Polen muß Bürger, muß Hände und Köpfe zur Arbeit haben. Je größer ihre Zahl sein wird, um so besser wird es für unsere Zukunft sein. Die höchste und realste Politik des Augenblicks muß mithin für uns sein, alles daran zu setzen, um möglichst viele Hände und Köpfe für die Zukunft zu retten.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Mittel des Komitees, das den Obdachlosen im Königreich Polen Hilfe leistet, erschöpft sind und daß das Komitee

gezwungen sein wird, seine Tätigkeit einzustellen, wenn wir es nicht alle weiterhin nach Kräften unterstützen werden. Es ist also die höchste Zeit, unsere Opferwilligkeit für die Obdachlosen von neuem zu beleben, damit sie für das künftige Polen gerettet werden können.

Am nächsten Sonntag findet in unseren Kirchen eine Kollekte für die Obdachlosen statt. Kommen wir also nicht in die Kirche mit leerer Geldbörse, sondern bereiten uns darauf vor, einen möglichst großen Betrag für unsere Brüder, die unserer Hilfe bedürfen, zu opfern.

Aus Nr. 185 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 13. August 1916.

Die polnische Frage.

Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg weilt in Wien, um über die Einrichtung der Verhältnisse auf dem von den beiden Verbündeten gemeinsam besetzten Teil des Königreichs Polen zu beraten. Eine solche amtliche Erklärung erschien über die Reise des Reichskanzlers nach Wien. Die Berliner „Germania“, die an die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in welcher gesagt worden war, daß die polnische Frage noch der endgültigen Aufklärung bedürfe, erinnert, bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die gegenwärtige endgültige Regelung der polnischen Frage in Wien in einer Weise erfolgen werde, die beide Parteien, d. h. sowohl Deutschland und Österreich-Ungarn, als auch die Polen, zufriedenstellen würde.

Soviel die Nachricht von Seiten der Mittelmächte. Bekanntlich hat man die polnische Frage auch auf Seiten des Bivervandes in den Vordergrund gerückt. Namentlich in Rußland bildet sie den Gegenstand eines lebhaften Meinungsaustausches. Von dieser Seite berichtete die „Berliner National-Zeitung“ am 12. August, daß ein den Inhalt des bekannten Aufrufs des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch bestätigendes Manifest des Zaren erlassen werden solle.

So kann man mithin feststellen, daß die polnische Frage aus dem Bereich der Ankündigungen und der mehr oder weniger deutlichen Zeitungsartikel und Projekte in das Stadium einer positiven Erledigung gelangt ist.

Die Kriegereignisse haben, wie das j. Zt. der Reichskanzler betonte, die polnische Frage aufgerollt. Durch seine Worte bestätigte der Kanzler nur den seit langer Zeit aufgestellten Grundsatz, daß im Falle eines Krieges und insbesondere eines Zusammenstoßes zwischen den Mittelmächten und Rußland die polnische Frage durch die Kraft der Verhältnisse in den Vordergrund gerückt werden würde, als ein Problem, dessen Lösung das europäische Gleichgewicht bedingt. Und wohl noch nie sind nicht nur die Fehler der gegen die Polen geführten Politik, sondern auch die, die durch die Teilung Polens begangen worden sind, so deutlich in die Erscheinung getreten, wie in dem gegenwärtigen Augenblick. Lange Jahre vereinigte insbesondere der durch die Teilung Polens begangene Fehler die Teilungsmächte, indem er durch die antipolnische Politik der beiden Hauptteilungsmächte immer wieder unterdrückt wurde. Der Bruch zwischen beiden legte Zeugnis von der Nichtigkeit des Bündnisses ab, und wies auf eine positive Erledigung der polnischen Frage unter Berücksichtigung der natürlichen Forderungen des polnischen Volkes hin. Die polnische Frage wurde mit anderen Worten das Zünglein an der Waage der Verhandlungen, die einen internationalen Charakter annahmen. Jede von den kämpfenden Parteien möchte in Polen einen Stützpunkt finden.

Natürlich ist die grundsätzliche Basis, von der die interessierten Mächte ausgehen, bzw. ausgehen werden, ihr eigenes Interesse. Hinsichtlich dessen kann es auf polnischer Seite keine Illusionen geben. Die Re-

gelung der polnischen Frage soll für diese oder jene Partei eine solche Grundlage schaffen, daß die sich daraus ergebenden Vorteile vor allem dem staatlichen Interesse dieser oder jener Seite den größten Nutzen bringen.

Der Prozeß der Regelung der polnischen Frage hat beiderseits eine Reihe von Wandlungen erfahren. Wir haben darüber unsere Leser unterrichtet und auf die russischen Ankündigungen und die deutschen amtlichen Erklärungen hingewiesen. Diese amtlichen Stimmen unterschieden sich dadurch, daß auf russischer Seite eine amtliche Bestätigung des bekannten Aufrufs des Großfürsten Nikolaus nicht erfolgt war und bis heute noch nicht erfolgt ist. Dieser Aufruf ist nur ein kriegerischer Akt und keine diplomatisch-politische, amtliche Erklärung. Dagegen hatten wir auf deutscher Seite neben einer Reihe von im Kriege herausgegebenen Aufrufen eine positive, wiewohl allgemein gehaltene, Erklärung des Kanzlers. Diese Tatsache darf man nicht übersehen, wiewohl sie sich auf natürliche Weise erklärt. Die Deutschen haben die polnischen Lande besetzt und die Russen aus ihnen verdrängt. Aus der Natur der Sache ist es mithin für die deutsche Diplomatie nicht nur nicht leichter, sich zu erklären, sondern es drängt sich ihr geradezu die Notwendigkeit auf, sich gegenüber dem besetzten Gebiet zu äußern. Eine russische Erklärung, selbst wenn sie heute abgegeben werden würde, würde gerade dadurch fehlschlagen, daß sie „außerhalb der polnischen Mauern“ abgegeben werden müßte. Seine Versprechungen könnte Rußland erst dann erfüllen, wenn es ihm gelingen würde, die polnischen Lande wieder zu besetzen. Es scheint, daß infolge des Mangels an realer polnischer Grundlage auf russischer Seite auf dem Boden der polnischen Frage in Rußland eine Spaltung entstanden ist. Sie beweist, wie weit das amtliche Rußland davon entfernt war, die zu Beginn des Krieges gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Gegenwärtig scheint aber, wie wir das schon bemerkt haben, auch auf russischer Seite die polnische Frage in ein Stadium der Umschreibung von Tatsachen zu treten. Obes wirklich so ist, wird die nächste Zukunft lehren. Die Stimmen der russischen Presse, die uns zugehen, sind zu verschieden, als daß man aus ihnen irgendwelche positiven Schlüsse ziehen könnte. Sicher scheint nur zu sein, daß die Reise der russischen Abgeordneten nach Frankreich und England, woher diese die Überzeugung mitgebracht haben, daß in beiden Staaten eine amtliche Erklärung russischerseits in der polnischen Frage für erforderlich gehalten wird, nicht ohne Einfluß geblieben ist. Diese Überzeugung ist in den beiden Weststaaten umso größer, als sie der Erklärung der Mittelmächte zuvorkommen möchten.

So naht mithin für die polnische Frage der entscheidende Augenblick. Es soll erstens ihr internationaler Charakter und zweitens die Grundlage, auf welcher die beteiligten Staaten die polnische Frage lösen wollen, deutlicher in die Erscheinung treten.

Für uns Polen ist es eine sonderbare Erscheinung, daß die Regelung der polnischen Frage vorläufig ohne uns stattfindet. Es ist dies aber begreiflich. Solange die beteiligten Staaten nicht unter sich hinsichtlich der positiven Regelung der polnischen Frage nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen einig sind, solange können sie auch mit dieser Frage nicht vor die Öffentlichkeit treten. Und darum weiß auch der Reichskanzler gegenwärtig in Wien, um diese Frage endgültig zu regeln und darum soll auch im russischen Ministerrat die polnische Frage und der Inhalt des Manifestes des Zaren erörtert werden.

Wir stehen mithin vor Fragen, auf die wir noch keine Antwort haben. Wir wissen nur, daß es sich in diesen Verhandlungen um die polnischen Lande handelt. Es ist daher kein Wunder, daß es in solchen

Verhältnissen für uns nur einen Grundsatz geben kann: nämlich den des geduldigen Abwartens.

Niemand kann einen solchen Standpunkt falsch deuten. Ein Volk, um dessen ganze Zukunft es sich handelt, muß, ehe es sich erklärt, wissen, mit welchen positiven Wirklichkeiten es rechnen kann. Nur nach ihnen kann es seinen Standpunkt regeln und zwar in einer Weise, der ihm die Erlangung möglichst großer nationaler Vorteile garantiert. Selbstverständlich spielt hier die Hauptrolle die Volksgesamtheit im Königreich Polen, als eine am meisten und am unmittelbarsten interessierte. Und da glauben wir fest an die politische Reife des Königreichs. Sie wird — daran zweifeln wir nicht — den Weg finden, auf welchem sie auch weiterhin ihren bisherigen Besitzstand wahren und befestigen wird.

Aus Nr. 182 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. August 1916.

Entscheidende Momente.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß in der polnischen Frage in naher Zeit wichtige und weittragende Entscheidungen fallen können. Wir befinden uns, wie wir schon vor kurzem darauf hinwiesen, im entscheidenden Stadium des Krieges. Beide kämpfende Seiten strengen nicht nur alle ihre militärischen Kräfte bis zum äußersten an, sondern sie verdoppeln auch alle politischen Bemühungen, die in diesem internationalen Spiel eine günstige Verschiebung dieser oder jener Figur auf dem europäischen Schachbrett herbeiführen könnten. In diesem Spiel hat die polnische Frage eine erstklassige Bedeutung. Die Geschichte dieses Landes, das zwischen Deutschland, Österreich und Rußland liegt, die Zukunft der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesem Gebiete und die Frage des Verhältnisses zu den Nachbarmächten ist mit den Kriegszielen sowohl der Zentralmächte als auch der Entente eng verbunden. Es handelt sich nicht mehr um die Gewinnung der Polen durch allgemeine in nebliger Ferne liegende Versprechungen, sondern um die Schaffung bzw. unmittelbare Vorbereitung politischer Tatsachen, um die Erlangung eines dauernden, realen Einflusses auf die Gestaltung der polnischen Frage, um auf dieser Grundlage in Polen einen festen und wichtigen politischen Stützpunkt zu gewinnen.

Die Sache steht also einfach so: Welche Seite wird besser und eher die polnische Frage im Sinne ihrer Interessen und politischen Aussichten lösen? Die bei weitem leichtere Aufgabe haben nach dieser Richtung hin die Zentralstaaten. Sie haben mit ihren Waffen das Königreich Polen als einen Teil des feindlichen Staates besetzt, haben also in ihrer Hand das Grobarte und können darüber so verfügen, wie es ihr eigenes Staatsinteresse erfordert. Rußland hingegen müßte zuerst militärisch das Königreich wiedergewinnen, um seinen realen Einfluß wieder zu erlangen; dann aber müßte es alle Pläne der Wiedergewinnung der Sympathien der Polen durch Zugeständnisse von dem politischen Besitzstande, den es vor dem Kriege inne hatte, einkaufen. Von diesem Gesichtspunkte aus — wir wollen sagen: rein politisch-kaufmännisch — betrachtet, ist es für die Zentralmächte viel leichter, die Parole der Unabhängigkeit oder staatlichen Selbständigkeit des Königreichs als eines eroberten Objekts zu proklamieren, als für Rußland, dem Lande eine Autonomie zu geben, das vor dem Kriege mit dem allgemeinen russischen Staatsorganismus eng verbunden war. Wenn Rußland trotzdem die Proklamation des Großfürsten Nikolaus erließ, so geschah es deshalb, weil ihm im Kriege mit den zwei Staaten, mit denen es so viele Jahre durch die Mitbeteiligung an der Teilung Polens verbunden

war, die Polen als ein sehr wichtiger Faktor erschienen, als daß man beim status quo ante bleiben und, alle Chancen der Ausnutzung der polnischen Frage dem Gegner in die Hände geben könnte.

Rußland betrat also den Weg einer Lösung der Polenfrage in seinem Interesse und wurde hierbei unzweifelhaft von England und Frankreich unterstützt. Aber die traditionelle, den Polen feindliche Gesinnung gewisser einflußreicher Kreise in Rußland, das verständliche Zögern der Bureaucratie, auf die gut bezahlten Posten im Königreich zu verzichten, und schließlich auch die allgemeine Schwerfälligkeit der russischen Politik beim Mangel einer inneren Einheitlichkeit haben es bewirkt, daß sich die russische Regierung mit diesem Manifeste zufrieden gab und nichts tat, was den Willen seiner Verwirklichung gezeigt hätte. Vor kurzem brachten wir bittere Klagen der polnischen Zeitungen in Rußland über den Mangel jeglichen guten Willens von Seiten der amtlichen russischen Organe.

Endlich im Juli liefen die ersten Nachrichten ein, daß in Rußland tatsächlich ein neues Mittel in der polnischen Frage vorbereitet wird, daß insbesondere ein neues Manifest des Zaren erscheinen soll, in dem das Versprechen des Großfürsten erneuert werden soll. Im Zusammenhange damit stand der Besuch des Grafen Wielopolski im Hauptquartier des Zaren. Zugleich erschienen die bekannten Mitteilungen der russischen Zeitung „Rußkoje Slowo“ über die Behandlung der drei Projekte einer Lösung der polnischen Frage im Ministerrat. Das eine davon, genannt das Moskauer Projekt, weil es aus Moskau stammte, schlug eine beinahe vollkommene staatliche Selbstständigkeit Polens vor. Das zweite, von Sazonow herrührende Projekt verlangte eine Autonomie auf breiter Grundlage mit vollständig selbständiger innerer Verwaltung. Das dritte — Stürmer'sche — Projekt hingegen beschränkte die Zugeständnisse auf rein lokale Selbstverwaltungsinstitute. Das Projekt Sazonow soll die Mehrheit des Ministerrats erlangt haben. Diese Mitteilungen des „Rußkoje Slowo“ wurden jedoch vielfach dementiert und berichtigt, so daß es schwer zu sagen ist, was daran Wahres ist. Nach der Zeitung „Kiecz“ wurde die Polenfrage im Ministerrat gar nicht behandelt. Aber auch „Kiecz“ bestätigt, daß „nach den Erklärungen der maßgebenden Kreise eine Entscheidung in der Polenfrage erfolgen soll. Diese Entscheidung soll die Sache allseitig erfassen und müßte die Polen befriedigen“. Natürlich kann man aus so allgemeinen Erklärungen keine bestimmten Schlußfolgerungen ziehen. Erst wenn das angekündigte Manifest erscheint, wird die Welt von den Absichten der Russen in ihrem Verhältnis zu den Polen erfahren. Ob dieser Akt am 12. August erfolgen wird, das ist nach der „Nationalztg.“ mit einem Fragezeichen zu versehen.

Was veranlaßte die russische Regierung, nach so langer Zeit des Schweigens die polnische Frage wieder aufzunehmen? Man kann wohl annehmen, daß hierbei die politischen Informationen, die die Deputation der russischen Duma aus England und Frankreich mitgebracht hat, eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Ansichten der Regierungs- und Diplomatenkreise jener Länder haben auf diesem Wege bei den maßgebenden Petersburger Kreisen Gehör gefunden.

Es ist aber auch sehr leicht möglich, daß die russischen Faktoren durch ihr Vorgehen eine etwaige Lösung der polnischen Frage durch die Zentralstaaten paralisieren oder ihr zuvorkommen wollen. Auch hier ist es nämlich bekannt, daß Verhandlungen über dieses Thema zwischen Deutschland und Österreich schweben, und im Zusammenhange damit sind Gerüchte über ein Vorgehen eines dieser Staaten oder auch

beider mit einer bestimmten Aktion, die eine neue politische Lage in Polen schafft, immer häufiger. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich ihrem Abschluß nahe. Ihr Ergebnis ist nicht bekannt. Aber aus den Zeitungsartikeln gut informierter Personen, wie z. B. des Diplomaten Grafen Monts im „Berl. Tagebl.“ oder einem Leitartikel der „Frankf. Ztg.“ geht als Leitmotiv der Gedanke einer Schaffung eines polnischen Staates im engen Zusammenhange mit Deutschland hervor. Auf diesen Ton wird auch das Verwaltungssystem in dem von Deutschland okkupierten Gebiete in Polen immer mehr abgestimmt.

Wie dabei die Ansprüche Österreichs, das anfangs seine Ziele in der polnischen Frage stark betonte, werden berücksichtigt werden, entzieht sich unserer Kenntnis.

Alles dies sind gegenwärtig Vermutungen — Symptome. Es gibt noch keine Tatsachen. Nach dieser Richtung hin wird erst das Ergebnis der Beratungen zwischen den Zentralmächten eine klare Situation schaffen. Die polnische Allgemeinheit hat keinen direkten Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse. Sie kann erst den vollendeten Tatsachen gegenüber eine bestimmte Stellung einnehmen. Die Stellung, die das Königreich bis jetzt eingenommen hat, wird auf jeden Fall die Grundlage der weiteren polnischen Politik bleiben, einer Politik, diktiert von der aktiven Sorge um die Vermehrung des politischen und wirtschaftlichen Besitztums und dem Bestreben, diesen während der Kriegsereignisse zu erhalten.

Aus Nr. 32 der Praca (Posen)
vom 6. August 1916.

Im Namen der Unabhängigkeit.

„Wir wollen einen polnischen Staat, einen polnischen König, ein polnisches Heer!“ So rief im Rathausaal zu Warschau der Ratsherr Makowiecki aus, und die versammelten Ratsherren und das Publikum beantwortete diesen Ruf mit brausendem Beifall.

In diesen kurzen Worten ist die Forderung der polnischen Volksgesamtheit Kongresspolens zusammengefaßt, der selben Volksgesamtheit, die man von gewisser Seite an dem Gängelbände der autonomistischen Idee zu führen suchte!

Diese Idee hat — wie wir aus dem Verlauf der Warschauer Feier sehen — auf der ganzen Linie bankrott gemacht. Zwar ist man von gewisser Seite immer noch bemüht, der Volksgesamtheit einzureden, daß das Ideal der Polen eine russische Autonomie sein sollte, aber auch diese Stimmen verstummen immer mehr.

Unlängst stellte das nationademokratische Zweigroschenblatt „Gazeta Poranna“ die Notwendigkeit einer Revision des polnisch-russischen Verhältnisses fest, wie es sich auf Grund des großfürstlichen Manifestes herausgebildet hat. Kürzlich stellte sich der „Kurjer Warszawski“ klipp und klar auf den Standpunkt der Unabhängigkeit. Und wer hinsichtlich der wirklichen Stimmung der öffentlichen Meinung in dieser Beziehung noch irgend welche Zweifel haben konnte, hat, nachdem er den Bericht über den Verlauf der feierlichen Eröffnung des Gemeinderats in Warschau gelesen, endlich erfahren, was scharfsichtigeren Beobachtern der Verhältnisse seit langem bekannt war, nämlich daß das Königreich Polen auf dem Standpunkt der Unabhängigkeit steht. Der Autonomismus war ein — übrigens durchaus nicht schöner — Traum, welcher unter der Wirkung der strahlenden Wirklichkeit zerstoßen ist.

Unlängst wurde berichtet, daß Graf Wielopolski, welcher in Sachen der Autonomie mit den maßge-

beiden Faktoren in Petersburg konferiert hat, mit dem Ergebnis dieser Verhandlungen zufrieden gewesen sei. Nun, wir hier wissen auch etwas von diesen Angelegenheiten, wir haben aber von Entzückungen des Grafen Wielopolski nichts gehört. Womit soll man hier zufrieden sein? Mit der Ankündigung, daß die nach Rostow verlegte Warschauer Universität, wie es scheint, nur darauf lauert, in den früheren Sitz zurückzukehren und dort ihr russifizatorisches Werk von neuem zu beginnen; etwa damit, daß die evakuierten Gouverneure und die anderen Beamten, welche im Königreich Polen ein so schönes Andenken hinterlassen haben, noch nicht kassiert worden sind, ja sogar neue ernannt werden, wenn irgend einer der bisherigen das Zeitliche segnet? Graf Wielopolski ist bei seinem ganzen einfältigen Glauben an Rußland doch ein geistig gesunder Mensch. Es hält daher schwer anzunehmen, daß er sich über einen Stand der Dinge freuen sollte, der vom Gesichtspunkt der größten Feinde Rußlands wohl erwünscht sein kann. Es gab zwar auch solche, die sich freuten, als die Moskowiter Galizien besetzten, glaubten sie doch, daß der Augenblick nahe sei, in welchem nicht nur dem Königreich Polen, sondern auch dem mit ihm verbundenen Galizien die russische Autonomie werde verliehen werden.

O, welch schreckliche Enttäuschung mußten diese fanatischen Anhänger einer Autonomie erleben, als über Galizien das segensreiche moskowitische Regime ruhte! Die Moskowiter — behauptet einer von ihnen — verfahren in Galizien, als wenn sie von den Preußen bezahlt würden! Er hatte vollkommen recht, denn, wenn irgend etwas ein Wirken „pour le roi de Prusse“ war, so war es die russische Wirtschaft in Galizien, welche alle Illusionen zerstörte und zu Vergleichen mit dem Regime der Mittelmächte in den besetzten Gebieten aufforderte, zu Vergleichen, die die russenfreundlichen Tendenzen kaum zu stärken vermochten.

Offenbar hat einer der uns bekannten Publizisten — nomina sunt odiosa — recht, der, obgleich selbst ein Anhänger der Politik des Abwartens, so oft die Rede auf die Moskowiter kommt, mit dem Kopfe nickt und sagt: „Wer die Moskowiter kennt, wird sich für sie nicht begeistern“. In der Tat kann man sich für sie nicht begeistern, und vertrauen kann man ihnen schon gar nicht. Namentlich kann man ihnen nicht glauben, daß sie das Recht und die Freiheit einer Nation zu achten verstehen, mit der sie nichts verknüpft außer die Erinnerung Jahrhunderte langer Kämpfe und Erbfeindschaft, einer Nation, die sie seit über anderthalb Jahrhunderten mißhandelten und die sie übrigens auch ihrerseits niemals im Zweifel darüber ließen, welches ihre wirklichen Gefühle ihnen gegenüber sind.

Es ist bekannt, daß Rußland die polnische Frage als eine innere russische Frage betrachtet, und wie es Angelegenheiten dieser Art zu behandeln pflegt, ist zur Genüge bekannt. Nehmen wir auch nur das Beispiel Finnlands. Dieses ausgedehnte, aber schwach bevölkerte an der schwedisch-russischen Grenze gelegene Land stellt für Rußland keine Gefahr dar. Schweden ist zu schwach, um es zu annektieren, im übrigen hassen die Finnen Schweden. Sie wollen bei Rußland bleiben, aber sie verlangen Achtung ihrer Freiheiten, denen sie leidenschaftlich anhängen. Was macht Rußland? Anstatt sich über den Besitz einiger Millionen loyaler, hochgebildeter und kultivierter Bürger zu freuen, ihre Entwicklung zu unterstützen und ihre Freiheiten zu mehren — drangsalirt sie Rußland, verfolgt beschränkt und vermindert es ihre Rechte, nötigt es sich ihnen mit ihrer Kultur, Sprache, mit ihren Tschinowits auf und bewirkt, daß die loyalen, ruhigen, Schweden nicht leidenden Finnen gegen die russische Fürsorge einen solchen Wider-

willen haben, daß sie sich die Frage vorzulegen anfangen, ob es ihnen in Verbindung mit dem verhassten Schweden nicht etwa besser wäre, als in Rußland. Die allgemeine Erkitterung ist sogar bis zu dem Grade gestiegen, daß revolutionäre Bewegungen in Finnland keineswegs ausgeschlossen sind.

Wenn man mit den schwachen, loyalen, absolut ungefährlichen Finnen so verfährt, was soll man da für Polen erwarten, welches mit Rücksicht auf seine geographische Lage, seine strategischen Verhältnisse, die hohe Zahl seiner Bevölkerung und den Reichtum des Bodens eine ohne Vergleich andere Bedeutung für Rußland hat?

Die Polen in Kongresspolen, welche die Moskowiter und Rußland kennen, wissen, daß sie von einer russischen Autonomie nichts erwarten können. Wenn anfänglich die autonomistische Idee im Königreich Polen Anhänger hatte, so ist die Ursache davon in der aus der falschen Vorstellung entspringenden Suggestion zu suchen, die sie sich von der russischen Stärke und Macht gebildet haben. Man betrachtete die Mittelmächte auf dem Boden des Königreichs Polen als vorübergehende Erscheinungen, also griff man danach, was der Moskowiter gab oder vielmehr versprach, und... wartete. Heute erst geben sich die wahren Stimmungen kund, namentlich die, daß das Königreich Polen kein Teil Rußlands, sondern selbständig sein will.

(Es folgen Auszüge aus den während der Eröffnung des Warschauer Gemeinderats gehaltenen Reden, aus denen die Russenfeindlichkeit der Polen zu ersehen ist).

Aus Nr. 180 des Dziennik Poznanski (Posen)
vom 9. August 1916.

Die polnische Frage.

Seit einer gewissen Zeit beginnt die polnische Frage — oder besser gesagt, die Angelegenheit betreffend die Lösung dieser Frage — wieder in den Spalten der deutschen Presse aufzutauchen. Bemerkenswert sind in dieser Beziehung insbesondere zwei Stimmen: der vor etlichen Tagen im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Artikel des Grafen Monts und der vorgestrige Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“. Man braucht diese Stimmen nicht auf die Goldwaage zu legen, sie sind nicht die Ergüsse von entscheidenden Faktoren. Graf Monts bemerkt ausdrücklich, daß er lediglich in seinem eigenen Namen spreche und daß er selbst die Verantwortung dafür übernehme. Die „Frankfurter Zeitung“ erklärt, daß ihr das Projekt der Lösung der polnischen Frage nicht bekannt sei. Trotzdem kann man diesen Stimmen eine gewisse Bedeutung nicht absprechen; man muß sich vergegenwärtigen, daß Graf Monts vor noch nicht allzulanger Zeit in der deutschen Diplomatie eine wichtige Rolle gespielt hat. Schon aus diesem Grunde kann man seine Ausführungen mit den gewöhnlichen Artikeln der Tagespresse nicht auf gleiche Stufe stellen. Was die „Frankfurter Zeitung“ anbelangt, so sei bemerkt, daß ihre näheren Beziehungen mit Berliner politischen Kreisen wohl bekannt sind.

In diesen beiden Artikeln, die wir i. Zt. inhaltlich wiedergegeben haben, würden wir vergebens irgend welche positiven Angaben hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse im Königreich Polen suchen. Das ist leicht zu verstehen, weil aller Wahrscheinlichkeit nach diese Angelegenheit noch im Bereiche der Beratungen zwischen den beiden Mächten steht, die das Königreich Polen besetzt halten. Sowohl Graf Monts als auch die „Frankfurter Zeitung“ stützen sich in ihren Ausführungen ausschließlich auf die wiederholte Erklärung des deutschen Reichs-

kanzlers, der da gesagt hat, daß das Königreich Polen nie wieder unter die Herrschaft Rußlands kommen würde. In der Angelegenheit der künftigen Organisation dieses Landes bewegen sich beide Stimmen in allgemeinen Betrachtungen, Annahmen und Kombinationen, die mehr oder weniger wahrscheinlich sind.

Von Natur der Sache aus wird bei der Regulierung der polnischen Frage in diesen Stimmen gehöriger Nachdruck auf die Notwendigkeit der Sicherung der militärischen und politischen Interessen Deutschlands gelegt. Darüber hinaus leuchtet in beiden Artikeln, in dem des Grafen Monts weniger, in dem der „Frankfurter Zeitung“ ausdrücklicher, ein gewisses Wohlwollen für das Königreich, die Neigung der Befriedigung der politischen und sozialen Aspirationen und der wirtschaftlichen Bedürfnisse seines Volkes heraus. In beiden Artikeln finden wir somit den Gedanken der Schaffung eines besonderen Staates aus dem Königreich Polen, der in Verbindung mit Deutschland und unter der Aufsicht Deutschlands in seinen inneren Verhältnissen völlige Freiheit genießen sollte.

Es ist unmöglich, heute schon zu sagen, ob und inwieweit die obigen Kombinationen sich verwirklichen, wie sich überhaupt in Zukunft die politischen Schicksale des Königreichs Polen gestalten werden. Soweit man aus den Stimmen der Warschauer Presse entnehmen kann, beginnt sich im Königreiche der Glauben an eine bessere Zukunft zu festigen.

Im Königreich Polen schlägt das nationale Leben viel stärker als früher, es offenbart sich nach außen hin durch die verschiedenen patriotischen Festlichkeiten, nach innen durch die Arbeit der Organisation der öffentlichen Institutionen. Das ist jedoch nur etwas Vorübergehendes, und es ist schwer vorauszusehen, wann die endgültige Konsolidierung der dortigen Verhältnisse eintreten wird.

Soweit man jedoch den seit einer gewissen Zeit lautwerdenden Gerüchten glauben kann, so enbehrt die Annahme der „Frankfurter Zeitung“, daß nach und nach die Lösung der polnischen Frage deutlichere Formen annehme, nicht jeglicher Grundlage.

Aus Nr. 221 der Godzina Polski (Vodz)
vom 10. August 1916.

An die auszugsweise Wiedergabe des im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Artikels des Grafen Monts knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

In einer so verwickelten und schwierigen Frage ist es durchaus nötig, daß beide Teile ihre Ansichten offen, aufrichtig und objektiv zum Ausdruck bringen. Nur in einem solchen Falle kann gegenseitiges Einvernehmen und Annäherung erfolgen, ohne welche es keine beide Teile befriedigende Lösung des Problems geben kann. Der Artikel des Grafen Monts gehört in die Klasse derjenigen, die zur Aufklärung der Lage außerordentlich beitragen. Soweit der Artikel selbst, sowie seine leitende Tendenz vom deutschen Standpunkt vollkommen gerechtfertigt erscheinen, soweit können vom polnischen Standpunkte die Ausführungen des Grafen Monts, in welchen er den Polen wegen ihres Panславismus und ihres Bestrebens der Annäherung an Rußland in den letzten Jahrzehnten Vorwürfe macht, nicht gebilligt werden. Vor allem kann dieser Vorwurf nicht verallgemeinert werden. Polen war in seinem grundsätzlichen Bestreben niemals russenfreundlich. Dies beweisen zur Genüge: die Geschichte Polens nach den Teilungen, die Kämpfe, welche das polnische Volk seit Kosciuszko bis zum Jahre 1863 führte und die ganze geheime Propaganda des Zeitabschnitts nach dem Aufstande. Wenn ein Teil der Volksgesamtheit eine Annäherung an die russische Regierung suchte, um auf gesetzlichem Wege gewisse Erleichterungen zu erlangen, und sich in das

Schicksal zu fügen so kann man eine solche Taktik einem Volke, dessen Versuche, sich durch eigene Tat ein besseres Dasein zu erkämpfen, so viele male gescheitert sind und das von auswärts keine Hilfe in seinen Bestrebungen fand, nicht übel nehmen. Ganz Europa, und besonders Deutschland, gab sich Mühe, die Freundschaft Rußlands zu erwerben. Deutschland konnte den Bestrebungen der Polen keine Hilfe zukommen lassen, um den Zorn der russischen Regierung nicht auf sich zu laden. Es blieb also den abgesonderten, geteilten und dem mächtigen Rußland gegenüber schwachen Polen nichts anderes übrig, als auf dem Wege der Verständigung Erleichterungen für ihr Dasein zu suchen. Konnte denn ein solches Verhalten nicht in den Polen Mißtrauen zu Europa und Deutschland erwecken und ihnen nicht die Hoffnung nehmen, daß sich das Verhältnis einst ändern würde und daß es den Polen möglich sein würde, neben den Deutschen zuleben und sich national zu entwickeln? Wenn man diese Umstände in Betracht zieht, so darf man sich nicht wundern, daß beim Ausbruch des Krieges die Polen des russischen Teilgebiets vor einer schweren Aufgabe standen. Einerseits trieb das Gefühl des erlittenen Unrechts seitens Rußlands die Polen gegen dasselbe, andererseits gebot der Verstand der Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Und diese Wirklichkeit bildete die Überzeugung von der Unüberwindlichkeit Rußlands, welches überdies noch im Bunde mit solchen Mächten wie England und Frankreich das Übergewicht über die Mittelmächte hätte behalten müssen. In einer solchen Lage und mit so winzigen Kräften, welche Polen den Mittelmächten zur Verfügung stellen konnte, eine feindliche Haltung gegenüber Rußland einzunehmen, würde keinen Ausschlag geben und würde sie vor Leiden nicht bewahren. Außerdem waren die scheinbare Änderung im Verhalten Rußlands den Polen gegenüber und das schwülstige Manifest des Großfürsten positive Faktoren, welche die Hoffnung wachrufen konnten, daß Rußland sein bisheriges Verhalten den Polen gegenüber ändern könnte. Und seitens der Mittelmächte hat man nichts derartiges verlauten lassen, was verbürgen würde, daß das Schicksal Polens, vereinigt mit den Mittelmächten, den nationalen Bestrebungen der Polen entsprechen und sie der Verwirklichung ihrer Ideale näher bringen würde. Bei solcher Sachlage konnte das Volk sein Schicksal nicht gefährden, da es keine Gewißheit besaß, ob dieses Risiko für die Zukunft Polens von Nutzen sein würde. Es verhielt sich deshalb passiv, indem es den Pflichten nachkam, welche ihm das rechtliche Verhältnis gegenüber dem Zartum auferlegte, ähnlich wie man es auch in Deutschland und Österreich getan hat.

Von unserem Standpunkte aus betrachtet, müssen wir den Ausführungen des Grafen Monts Recht geben, daß die Mittelmächte den Krieg nicht zum Zwecke der Wiederaufrichtung Polens, sondern um ihr eigenes Dasein führen, und daher in erster Linie ihr eigenes Interesse im Auge behalten müssen. Diese Tatsache müssen wir anerkennen und sie als Ausgangspunkt für die Gestaltung unserer Konzeptionen betrachten.

Unter vielen Polen aber wird dieser Standpunkt nicht in dem Maße berücksichtigt, wie es sich gehört. Es ist dies nicht zu verwundern, und die Zumesung größerer Dimensionen und Aufgaben für das künftige Polen vom Standpunkte der polnischen Interessen und Gefühle ist vollkommen verständlich. Vom Standpunkte der Realpolitik jedoch wäre eine solche völlige Nichtberücksichtigung der Interessen der Mittelmächte ein Fehler. Polnischerseits sollte die ganze Politik nach der Richtung gelenkt werden, um eine solche Lösung der Frage zu finden, welche Bedingungen schaffen würde, die die Verwirklichung der berechtigten Bestrebungen der Polen gestatten, und zugleich die be-

rechtigten Interessen der Mittelmächte befriedigen würden. Eine der grundsätzlichen Bedingungen der Verwirklichung dieses Gedankens ist, daß die Polen ihre Forderungen nicht auf der Grundlage der Grenzen des historischen Polens erheben, sondern daß sie die Umgestaltungen berücksichtigen, welche seit der Teilung Polens sich ergeben haben. Nur dann wird man den Umfang des zukünftigen Polens, der verwirklicht werden könnte, bestimmen. Dabei darf man nicht vergessen, daß dann die Rolle Polens eine andere sein wird, als sie im Zeitalter der Republik gewesen ist, und daß deshalb das Ziel Polens nicht die Fortsetzung des vor einem Jahrhundert zerrissenen staatlichen Lebens sein kann.

Die Bestimmung der zukünftigen Rolle Polens wird die Grundlage liefern, auf welcher wir unsere Forderungen werden stützen können. Diese Bedingungen müssen wir auf dem Wege einer genauen und nüchternen Untersuchung prüfen, die frei von jeglicher Sympathie oder Antipathie ist. Nur dann werden wir objektiv die Grenzen abschätzen können, in denen die Möglichkeit liegt, unsere Pläne zu verwirklichen.

Mit dem Augenblicke, in welchem wir uns über die Aufgaben klar werden, welche das zukünftige Polen in der Weltgeschichte warten, und sich die Rolle vergegenwärtigen, welche dasselbe in der Weltgeschichte spielen soll, werden auch die Reste der Russenfreundschaft, welche uns zum Vorwurfe gemacht wird, verschwinden. Dann werden wir kraft des Gefühls der Aufgaben, die unser harren, zu natürlichen Bundesgenossen der Mittelmächte werden, mit denen uns gemeinsame Ziele vereinigen werden.

Unter solchen Verhältnissen wird das selbstständige Polen keine Gefahr für die Mittelmächte darstellen, sondern es wird im Gegenteil für sie ein starkes Bollwerk bilden vor der russischen Gefahr. Und dieses Bollwerk wird umso fester und die Sicherheit der Mittelmächte umso größer sein, je stärker, größer und mit seinem Schicksal zufriedener Polen sein wird.

Aus Nr. 351 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 3. August 1916.

Graf Monts und die polnische Frage.

An die Wiedergabe des bekannten Artikels des Grafen Monts im „Berliner Tageblatt“ knüpft das Warschauer Blatt folgende Bemerkungen:

Wir wollen die Ausführungen des Grafen Monts für das halten, wofür er sie selbst hält, für den privaten Gesichtspunkt eines Exdiplomaten, welcher die polnische Frage in der Theorie sehr real und darum sehr abstrakt erfäßt. Man muß auch bemerken, daß dies ein anachronistischer Gesichtspunkt ist. Viele Realpolitiker in Deutschland fassen im Maße der Kriegsdynamik die polnische Frage ganz anders auf, verstehend, daß die Staatsformen, nicht aber „eine allmählich immer breitere Autonomie“ die unvermeidliche Garantie des politischen Gleichgewichts sind.

Die Theorie „Schritt für Schritt“ ist die Theorie der alten diplomatischen Schule, welche noch in den Zeiten des diplomatischen Dienstes des früheren römischen Botschafters Geltung hatte. Der Krieg hat die alten Werte umgewertet und aus verschiedenen Argumenten des Grafen Monts anachronistische Ideen gemacht.

Aus Nr. 69 des Kraj (Lissa)
vom 10. August 1916.

Zu dem neuerlichen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ über die polnische Frage schreibt das Blatt folgendes:

Wir möchten vorläufig nur bemerken, daß das polnische Volk tatsächlich Verstand und kühle Berechnung in politischen Sachen gewonnen hat und gewinnt; deshalb wird es die Aufgaben der Mittelmächte die in ihrem eigenen Interesse, das mit unserem Interesse übereinstimmt, ein polnisches Staatswesen schaffen werden, welches die begründeten polnischen Wünsche und Forderungen befriedigen wird, nicht unnötig erschweren.

Aus Nr. 95 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. August 1916.

Die „Gazeta Grudziadzka“ gibt einen neuerdings von der „Frankfurter Zeitung“ in der polnischen Frage veröffentlichten Artikel wieder und schreibt:

Soviel die „Frankf. Ztg.“, die manchmal durch amtliche Kreise informiert wird. Ob ihre obigen Ausführungen amtlichen Kreisen entstammen, läßt sich schwer sagen. In jedem Falle aber sehen wir, daß sich die polnische Frage auf dem Wege ihrer Lösung befindet. Wir haben — wie wir das wiederholt dargetan — die Hoffnung, daß man die polnische Frage nicht lösen wird, ohne vor allen Dingen auch die Polen zu hören. Ohne das wäre es schwer, an eine glückliche Lösung dieser Frage zu denken.

Aus Nr. 94 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. August 1916.

Über die polnische Frage

brachten die „Münchener Neueste Nachrichten“ einen interessanten Artikel. Er ist um so mehr interessant, als die „Münchener Neueste Nachrichten“ ein liberales Blatt sind, fast nationalliberal, leicht alldeutsch gefärbt. Und doch erachtet diese Zeitung es als eine ganz natürliche Sache, daß Polen wiedererstehen muß. Nur hinsichtlich seiner Grenzen und hinsichtlich der Formen seiner zukünftigen staatlichen Gestaltung sieht das Blatt noch keine Klarheit. Auch eine weitere Teilung Polens schließen die „Münchener Neueste Nachrichten“ anscheinend aus.

Es sei dem, wie es wolle. Wenn in den Kreisen, welche die „Münchener Neueste Nachrichten“ repräsentieren, solche Ansichten hinsichtlich des zukünftigen Polens herrschen, so kann man wohl sagen, daß es um die polnische Sache gut steht.

Für einen jeden wahren Polen wird das eine Freude sein.

Aus Nr. 179 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 8. August 1916.

Die Aktivität und Passivität der polnischen Fraktionen.

In den drei Staaten, in denen Polen wohnen, bestehen polnische Vertretungen. Es sind dies die polnischen Fraktionen im Wiener Reichsrat, in der Petersburger Duma und im Berliner Reichs- und Landtage. In Friedenszeiten war jede dieser Fraktionen um das Wohl der polnischen Sache bedacht. Diese Bemühungen waren aber nicht nur guter Wille, sondern Pflicht der Abgeordneten gegenüber der Nation, die sie zu diesem Zweck gewählt hat.

Nachdem der Krieg der polnischen Frage größere Bedeutung und die Möglichkeit der Wiedereinrichtung des polnischen Staates gegeben hat, ist die Aufgabe der polnischen Parlamentsvertreter in allen drei Staaten eine größere geworden. Die Sorge um die Angelegenheiten der Nation sind für die Abgeordneten eine heilige Pflicht.

Die Sorge kann sich nur in Aktivität und nicht in politischer Passivität zeigen.

Wie kommen nun die polnischen Fraktionen dieser Pflicht nach?

Die Wiener Fraktion war am rührigsten. Sie stellte sich sofort auf einen freundlichen Standpunkt gegenüber den Zentralmächten, zog daraus die weitgehendsten Konsequenzen, deren letztes Wort die Schaffung der polnischen Legionen war. Obgleich der Wiener Reichsrat während des Krieges gar nicht tätig ist, wirkt die Wiener Fraktion für die polnische Sache sehr erfolgreich.

Die polnische Fraktion in Petersburg ist durch den Krieg gesprengt worden. Der größte Teil befindet sich außerhalb Petersburgs und hat keinen Zutritt zur Duma. Diejenigen Mitglieder der Dumafraktion, die sich in Petersburg befinden, erfüllen aber ihre Pflicht. Ständig lesen wir in den Zeitungen über ihre Bemühungen in und außerhalb der Duma.

Ihre politische Haltung steht unserem Standpunkte prinzipiell gegenüber; wir halten sie für irrig und bekämpfen sie. Trotzdem bleibt es aber unleugbare Tatsache, daß die polnischen Abgeordneten in Petersburg eine aktive Politik treiben.

Auch diejenigen Abgeordneten, die sich in der deutschen und österreichischen Okkupation befinden, sind tätig, wenn auch in anderer Richtung als die Petersburger, nämlich in einer für die Zentralmächte freundlichen Richtung. Auch sie halten es für ihre Pflicht, aktiv zu sein.

Die polnische Fraktion in Berlin dagegen treibt passive Politik, mit anderen Worten: sie tut nichts, um die Entwicklung und Gestaltung der polnischen Sache zu beeinflussen. Ihre ganze sogenannte „Politik“ besteht darin, daß sie zu den Sitzungen des Reichstages und des Parlaments nach Berlin reist oder auch nicht reist. Soweit die Vertreter nach Berlin kommen, treiben sie eine Politik der — Kriegslegenden aus fünfter Hand und beteiligen sich an den kürzeren oder längeren Sitzungen der Fraktionen, in denen in der Regel Stroh gedroschen wird. Kommt aus diesen Beratungen irgendeine Orientierung hervor, so wäre es in neun unter zehn Fällen besser, sie käme über die diskreten Wände des Saales überhaupt nicht hinaus. Schließlich... Na, was schließlich?... Es handelt sich doch um die Wiederersterkung Polens, wir leben doch in dem seit 125 Jahren wichtigsten Zeitabschnitt der polnischen Nation, befinden sich doch zwei Drittel Polens und ganz Litauen in deutscher Okkupation, verschiedene Interessen der polnischen Volksgesamtheit und der einzelnen Polen brauchen Hilfe und Rat und die polnische Fraktion in Berlin ist doch die geborene Fürsprecherin dieser Dinge.

Und die Fraktion macht nichts — weil ihre nationaldemokratische Mehrheit dafür ist, eine passive Politik zu treiben.

Das Hauptorgan der Nationaldemokraten, der „Kurjer Poznański“ wiederum, will seinen Lesern einreden, daß Passivität gerade die beste Tätigkeit für Polen sein kann...

Wir stellen also fest, daß von den polnischen Fraktionen die Wiener und die Petersburger den Grundsatz der Aktivität — die Berliner Fraktion allein aber den Standpunkt der Passivität oder den des Nichtstuns gewählt hat. Aus der Tätigkeit entspringt das Leben, aus der Passivität aber das Schwinden des Lebens.

Aus Nr. 180 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)

vom 9. August 1916.

Nationale Solidarität.

Der „Dziennik Kijowski“ veröffentlichte einen Artikel über die „Streitsucht“ der polnischen Presse in den gegenwärtigen Zeiten, in welchem dann auf die aus dieser Streitsucht entstehenden Schäden hingewiesen wird.

Der wichtigste Satz dieses Artikels lautet:

„Wenn diejenigen, die bei jedem positiven Gedanken einen streitsüchtigen Lärm erheben, die hierfür verwendeten Kräfte, die Arbeit und das Journalistentalent in eine positive Bearbeitung ihres Programms umwandeln würden, dann wäre ihr Nutzen bedeutend größer, und sie würden hierbei die angenehme Erfahrung machen, wie nahe sie eigentlich ihren „Gegnern“ stehen...“

Aus diesem Satz geht logisch hervor, daß nach dem „Dziennik Kijowski“ streitsüchtig diejenigen sind, die kein positives Programm haben oder es nicht zeigen. Was uns anlangt, so sind wir in der Lage, ein positives Programm zu haben und es offen zu bekunden.

Der „Dziennik Berliński“, aus dem wir vom dem Artikel des Kiener Blattes erfuhren, schreibt seinerseits, daß „der Krebs der Zerfetzung und der systematischen Zerreißung der nationalen Solidarität auch in einem gewissen Teile der Presse unseres Anteiles tobt...“

Geht diese Kritik hinsichtlich der „Streitsucht“ nicht etwas zu weit? Die nationale Solidarität ist ein großer Begriff und ein großes Wort. Wie soll man aber diesen geschätzten Begriff in den heutigen Zeiten der unaufhörlichen Gärung in eine Formel zum praktischen Gebrauch umwandeln? Wie wird heute die nationale Solidarität bezeichnet? Mit der Sprache des Programms des „Kurjer Poznański“ oder des „Katolik“? Wer präsentiert die alleinige nationale Solidarität, Herr Dmowski oder Fürst Drucki-Lubecki? Drückt sie eigentlich die Wiener oder die Berliner Fraktion aus?

Unseres Dafürhaltens beginnt und endigt der Begriff der nationalen Solidarität in diesen Zeiten damit, daß im Grunde genommen alle Polen wünschen, dem Polenreiche möchte es besser ergehen als bisher. Der allgemeine polnische Gedanke ist also hinsichtlich des Zieles geschlossen solidarisch. Hinsichtlich der zum Ziele führenden Mittel und hinsichtlich der Grundsätze, nach denen die Wege zu wählen sind, ist er nicht solidarisch. Er wird zwar immer einheitlicher, weil die äußeren Umstände der Überzeugung Vernünftiger darnach drängen; ganz einheitlich ist er aber noch nicht geworden. Die politischen Strömungen kämpfen noch gegeneinander, jede einzelne versucht die Richtigkeit ihres Programms zu beweisen und die größere Nützlichkeit zu zeigen. Auf diesem Gebiete finden in den Zeitungen Kämpfe statt, und so lange sie sachlich sind, können sie für die Sache selbst nur von Nutzen sein.

Die Kämpfe in den Zeitungen, die Kämpfe einer Überzeugung gegen die andere, können nicht als „Krebs systematischer Zerreißung der nationalen Solidarität bezeichnet werden“. Im Gegenteil, sie sind ein Beweis des arbeitenden, lebendigen polnischen Gedankens, der die Prüfung und dadurch auch die Vereinigung der Bestrebungen der Nation zum Ziele hat.

Wir bringen diese Ansicht über die Solidarität zum Ausdruck, um ihre Begriffe auf das eigentliche Maß zusammenzudrängen. Wir tun dies umso lieber, als wir wissen, daß in der Vergangenheit diese Solidarität oftmals mißbraucht worden ist. Ständige Gewohnheit der nationaldemokratischen Partei war es

z. B., jede Bestrebung der Nation, die ihrem Programm oder ihren Zielen nicht paßte, an den Pranger des Bruchs der nationalen Solidarität zu stellen. Um einer solchen Ausbeutung der hohen nationalen Lösung in diesen so wichtigen und für unsere ganze Zukunft entscheidenden Zeiten vorzubeugen, schreiben wir diese Worte, ohne daß wir die letzten Bemerkungen gegen den „Dziennik Berliński“ richten, dem wir dankbar sind, daß er uns dazu angespornt hat.

Aus Nr. 72 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 13. August 1916.

Der „Senf nach dem Essen“.

Unter diesem Titel erhielten wir aus dem Posener Sitz der Nationaldemokratie, sogar aus der nächsten Umgebung ihres Hauptorgans, folgende energische kritische Bemerkungen:

„In Nr. 182 betrachtet der „Kurj. Poznański“ in einem umfangreichen Artikel unter dem Titel „Entscheidende Momente“ die Bemühungen sowohl Rußlands als auch Deutschlands, die polnische Frage einer Lösung entgegenzuführen.

Es handelt sich nunmehr — schreibt R. P. — nicht mehr um die Gewinnung der platonischen Sympathien der Polen durch allgemeine, in nebliger Ferne schwebende Versprechungen, sondern um die Schaffung bzw. direkte Vorbereitung von politischen Tatsachen, um die Gewinnung eines realen, dauernden Einflusses auf die Gestaltung der polnischen Frage, um auf dieser Grundlage einen dauernden und wichtigen politischen Stützpunkt in Polen zu verlangen.“

Es wird auch vom „R. P.“ verstanden, daß die Deutschen, indem sie nicht von dem ihrigen geben, leichter den Polen die Autonomie zuerkennen können, als die Russen, weil das von ihnen beträchtliche Opfer verlangen würde. „R. P.“ hat es auch wahrgenommen, daß in Deutschland der Gedanke einer „Schaffung eines polnischen Staates in enger Verbindung mit Deutschland“ immer mehr Wurzeln faßt und daß „auf diese Note das Verwaltungssystem in dem durch die Deutschen okkupierten Gebiete Polens immer mehr abgestimmt wird.“

Mit einem Worte, der „R. P.“ betrachtet plötzlich die Angelegenheiten nüchtern und klar, und man müßte annehmen, daß er endlich, nachdem er die Situation erkannt hat, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen würde. Nach dieser Richtung hin versagt aber der „R. P.“ vollständig; denn er schreibt:

„Die polnische Allgemeinheit hat auf den Gang der Ereignisse direkt keinen Einfluß. Sie kann nur (wir bitten auszuwachen) gegenüber vollendeten Tatsachen diese oder jene Stellung einnehmen.“

Das ist die ganze Klugheit des „R. P.“. Da die Polen auf den Gang der Ereignisse keinen direkten Einfluß haben, sollen sie mit verschränkten Armen zusehen, was dieser oder jener Seite einfallen wird, mit ihnen anzufangen, und dann erst — nach vollzogener Tatsache — sollen sie ihre Zustimmung durch „Nicken mit der Zehle im Stiefel“ zeigen.

Bemerkt es denn nun des Teufels Namen der „R. P.“ nicht, daß eine solche „Politik“ so viel wert wäre, wie der Senf nach dem Essen? Also wir sollen dumm und untätig zusehen, was andere mit uns tun, und dann, wenn sich nichts mehr ändern läßt, eine Stellung einnehmen? Scherzt der „R. P.“ oder fragt er nach dem Wege?

Wie sich doch die Zeiten und Menschen ändern!

Wir hatten doch auch früher keinen direkten Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung uns gegenüber, aber wir hatten so viel Energie, Stolz, Mut und Verantwortungsgefühl, und vor allem Pflichtgefühl, daß wir schon vor der vollendeten Tatsache

unsere Kräfte mobilisierten, um dieselbe entweder zu paralysieren oder ihr eine Richtung zu geben, daß sie, wenn auch nicht zu unserem Vorteil, so doch weniger schädlich für uns ausfalle. Dabei handelte es sich um Sachen von geringerer Bedeutung im Vergleich zu den Entscheidungen, die sich jetzt vorbereiten. Wenn man solche Ausführungen liest, faßt man sich an den Kopf und weiß nicht, ob es Traum oder Wirklichkeit ist. Und wenn man sich überzeugt hat, daß es Wirklichkeit ist, dann steigt einem die Schamröte ins Gesicht. So weit sind wir also gesunken so wenig haben wir zu bedeuten, daß sogar dort, wo es sich um unsere wichtigsten Lebensinteressen (ich jage zu wenig), — wo es sich einfach um unser Sein oder Nichtsein handelt, um unsere nationale Ehre, um unsere ganze Zukunft für ungezählte Generationen, daß in solchen Sachen es sich nicht lohnt, das Wort zu ergreifen, an ihrer Lösung mitzuwirken und sich um Gewinnung von Einfluß auf ihre Gestaltung zu bemühen?!

Ein Volk, das sich so einschätzen würde, wäre keiner Autonomie wert, oder gar Unabhängigkeit, ja nicht einmal der wichtigsten Selbstverwaltung. Sein Platz wäre unter den Varias der Völker. Und wahrhaftig wäre der, der einem solchen Volke die Gabe der Freiheit bringen würde.

Zum Glück steht auf dem Standpunkte einer solchen Resignation und Abdankung, nicht mehr der politischen und nationalen, sondern direkt der menschlichen und persönlichen Würde — der „Kurjer Poznański“ ganz allein. Er schlägt nach dieser Richtung hin jeden Reford. Und auf diesen Abgrund ist er gebracht worden nicht durch den Mangel an Patriotismus, sondern durch uferlosen Hochmut und den Eigensinn eines verbohrtten politischen Gehirns, das, einmal die Devise der Zurückhaltung annehmend, bis zum Schluß konsequent Zurückhaltung üben will, wenn auch die ganze Welt stürzen sollte. Eine bedauerliche Stellungnahme. Aber noch mehr bedauerlich ist die Tatsache, daß solche überaus dumme und schreckliche „Orientierungen“ immer noch unter den kritiklosen Sympathien finden, da sie ihnen politisch um so klüger erscheinen, je fremder, unnatürlicher und unverständlicher sie dem einfachen menschlichen Gefühl, Gewissen und Sinn erscheinen.

Die Klugheit des „R. P.“ wird gewiß durch das Königreich nicht geteilt. Denn dieses steht, wie die Erfahrung lehrt, immer kräftiger und geschlossener auf dem Standpunkte energischer Arbeit und positiver Tätigkeit an der Seite der Okkupationsbehörden.

Auch dies wird mit klarem Blick vom „R. P.“ erkannt. Denn er schreibt: „Die Stellung, die das Königreich eingenommen hat, wird auf jeden Fall die Grundlage für die weitere polnische Politik bilden, eine Stellung, die diktiert wird durch tätige Bemühungen um Vermehrung des politischen und wirtschaftlichen Besitzstandes, verbunden mit der wachamen und vorausschauenden Sorge um Bewahrung desselben während der Kriegseignisse.“

Und nun? In welchem Lichte dieses Bekenntnisses erscheint die Doktrin der Zurückhaltung, die so sehr durch den „R. P.“ propagiert wird?

Eine große Schuld hat der „R. P.“ auf sich geladen. Denn durch seine „Orientierung“ hat er die Untätigkeit gewisser Kreise und Gruppen der Allgemeinheit veranlaßt.

Es würde schlimm aussehen, wenn auf den Schultern des „R. P.“ die polnische Sache ruhen würde. Sie würde nämlich wirklich „ruhen“ bis zum Ersterben. Aber zum Glück haben andere die Arbeit in dieser Sache aufgenommen.

Aus Nr. 186 des *Wiarus Polski* (Bochum)
vom 13. August 1916.

Die Polen im preussischen Staat und der Krieg.

Es gibt auf der Welt keine zweite Volksgeamtheit, die in dem Weltkrieg einen schwierigen Standpunkt hätte, als die Polen im preussischen Staat. Hat sie doch der Krieg in dem Augenblick überrascht, in welchem die gegen sie gerichteten Ausnahmengesetze in voller Kraft waren und in welchem man nach langem Zögern das Enteignungsgesetz anzuwenden begann. Überdies begannen einige Faktoren gegen einflußreiche Polen in West-, Ostpreußen und in Schlesien und hier und dort sogar in anderen Gegenden aufzutreten, so, als ob es sich nicht so sehr darum handeln würde, Rußland und Frankreich niederzuringen, sondern die Polen und andere nichtdeutsche Elemente im Deutschen Reich zu vernichten. Die Polen haben dies kaltblütig aufgenommen, denn sie waren vorbereitet auf den Übermut von Elementen, denen der Kriegssturm für einen Augenblick die Zügel der in Friedenszeiten mäßigen Rechtsformen nahm. Jeder, der in Friedenszeiten für die polnische Sache gearbeitet hat, war sicher, daß ihn nur Zufall oder Veruntunft und die Erfahrungen der Behörden vor den fatalen Folgen falscher anonymen und nicht anonymen Denunziationen zu schützen imstande sein werden. Es achtete mithin niemand von den Polen auf die Unannehmlichkeiten, die die Denunzianten ihren Freunden und Verwandten bereiteten, sondern jeder ging, indem er die Zähne zusammenbiß, dorthin, wohin man ihn berief, und erfüllte alles das, was man ihm aufgab, — ja, er übertraf sogar an Eifer manchen geborenen Deutschen.

Und er tat dies nicht infolge des gleisnerischen Zeichens der weiß-roten Fahne, hinter dem Rarow, der Bzura und der Namta, sondern in der ausdrücklichen und vernünftigen Absicht, den gegen die Polen erhobenen Verdächtigungen sogar den Schein der Berechtigung zu nehmen, Verdächtigungen, die immer erhoben werden, wenn es sich um die Beschränkung der Rechte der Polen und darum handelt, ihnen die Entwicklung auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet zu erschweren.

Diese Taktik hat sich als wirksam erwiesen, denn heute glaubt unter ernsten Deutschen niemand mehr an diese Anschuldigungen, und er kann auch an sie nicht glauben — zum großen Ärger der Anhänger des Azew, die aus der Verleumdung und Denunziation der eigenen Landsleute gewissermaßen ein Gewerbe gemacht haben. Wiewohl sich die Polen aller Stände und aller politischen Überzeugungen nach dem Zeugnis sogar des nationalliberalen Abgeordneten Bassermann „tadellos schlagen“, erkennen dies die edlen Anhänger des Azew nicht an; sie haben sich mit den „großmäuligen“ Politikern vereinigt, die vor dem Kriege — aus Geschäftsrücksichten — alltäglich einen „Preußen“ freuzigten und jetzt den Anspruch haben, daß der „Preuße“ ihr „Hossana“ für bare Münze hält; sie haben sich überdies Leute ausgesucht, die ihre Nationalität nach der Konjunktur ändern, um mit gemeinsamen Kräften das deutsche Volk durch angebliche Unloyalität der in hervorragenden sozialen Stellungen befindlichen Polen, insbesondere aber der Abgeordneten, Redakteure und anderer nationaler Arbeiter zu beunruhigen, aller derer, die vor dem Kriege mit den „Senfen“ nicht rasselten, aber auch jetzt nicht das Bedürfnis empfinden, sich an die Brust zu schlagen und reuevoll zu ausrufen: Herr, sei mir armem Sünder gnädig!

Die Anhänger Azews geben sich nicht wenig Mühe, ihre Nützlichkeit zu beweisen. So behaupten sie, daß die polnischen Abgeordneten „schlechte Katholiken“ und mithin auch Feinde Deutschlands seien, weil sie nicht die Forderung erheben, Italien Rom und den Kirchenstaat abzunehmen, wiewohl es be-

kannt ist, daß die Erörterung dieser Frage weder der Papst noch die deutsche Regierung wünschen. Dann wieder machen sie „anderen Polen“ zum Vorwurf, daß sie Deutschland nicht „aktiv“ unterstützen wollen, als ob die Million polnischer Krieger auf dem Schlachtfelde sich nur damit begnügten, Mäcken zu fangen, und als ob die Polen im Kriege auf eigene Faust und ohne Befehl etwas unternehmen könnten.

Den dicksten Strich drehen die Azew-Leute aber gegen die „polnische Fraktion“ und gegen die die Fraktion unterstützenden Blätter, wie den „*Wiarus Polski*“, „*Kurjer Poznański*“, „*Dziennik Warszawski*“ und andere wegen des angeblichen Nichtergreifens der Hand, die ihnen im Reichstag der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg gereicht hatte. Es hält schwer, sich einen unbegründeteren und ungereimteren Vorwurf vorzustellen, da der Kanzler, indem er sich im Reichstag an die Polen wandte, ausschließlich nur die Einwohner des russischen Teilgebiets im Sinne hatte, denen er sagte, daß ihr Landesteil zu Rußland nicht zurückkehren, sondern die Möglichkeit erhalten werde, seine kulturellen Eigenarten zu pflegen. Die polnische Fraktion im deutschen Reichstag war als Vertreterin der Polen des preussischen Gebietsteils nicht dazu berufen, im Namen des russischen Anteils zu antworten, und die Blätter aus dem preussischen Anteil konnten ebenfalls nicht sagen, ob sie sich mit diesem Kriegsziel einverstanden erklären oder nicht, denn die Erörterung der Kriegsziele ist bis heute noch verboten. In Anbetracht der streng abgeschlossenen Grenze, die den preussischen Anteil von dem russischen trennt, hält es den hiesigen Blättern überhaupt schwer, das Wort zu ergreifen, über das was in Warschau geschieht und was sich die dortigen Polen wünschen, worüber sie sich freuen, oder trauern. Und das Wort zu ergreifen, ohne die Sachlage zu kennen, würde ein großer Leichtsinns sein, der ernster Politiker unwürdig wäre.

Gemeinsamkeit des Blutes, der Sprache, der Religion, der Kultur und der historischen Erinnerungen gebietet uns, uns darüber zu freuen, daß unsere Brüder in Warschau eine polnische Universität, ein polnisches Gymnasium, und polnische Volksschulen besitzen, ebenso wie wir uns gefreut haben, als Galizien eine polnische Universität erhielt und als in Ostpreußen ein polnisches Gymnasium und ein Lehrerseminar gegründet wurde. Das sind sympathische, aber fernliegende Dinge und gehören zu den „äußeren“ Angelegenheiten des deutschen Reichs, auf die weder die „polnische Fraktion“ in Berlin, noch unsere Blätter im preussischen Anteil jemals Einfluß hatten und nicht einmal Ansprüche auf solche Einflüsse machten, indem sie sich damit begnügten, für das Wohl der Volksgeamtheit auf dem Gebiete der inneren Politik zu sorgen. Aber alle Änderungen in der inneren Politik haben sowohl der Herr Reichskanzler und seine Stellvertreter, als auch die Vertreter der entscheidenden deutschen Parteien ausdrücklich und entschieden auf die Zeit nach dem Kriege verschoben. Nach dem Kriege wollen sie erwägen, ob wir dessen würdig sind, uns „die Hand entgegenzustrecken“, das heißt, ob man diejenigen Gesetze, die die Polen beseitigt sehen möchten, und die sie als lästig empfinden, mildern oder aufheben könne. Kann man in Anbetracht dessen irgend einem Polen den Vorwurf machen, daß er die ihm dargebotene Hand nicht ergreift? Würden sich die Polen im Gegenteil nicht dem Vorwurf aussetzen, daß sie den Tag vor dem Abend loben, wenn sie für Erleichterungen danken wollten, trotzdem sie nicht wissen, ob das Interesse Deutschlands gestatten wird, daß ihnen Erleichterungen eingeräumt werden? Sowohl die bürgerliche Würde als auch das Interesse des Bürgerfriedens gebietet den Polen, auf dem seit Kriegsbeginn eingenommenen Standpunkt auszuharren und alle aus ihrer Zugehörigkeit zum Staat entspringenden Pflichten streng zu erfüllen, ohne sich von dem Zauber der Me-

lodien betören zu lassen, die aus Warschau oder Krakau herüberkommen und ohne auf die Angriffe der Anhänger des Azew und ihrer Presseorgane zu achten, einerlei, ob sie an der Warthe und Weichsel, oder am Rhein und Ruhr erscheinen. Das gebietet den Polen die gesunde politische Vernunft und der nationale Selbsterhaltungstrieb, den nur nationale Amphibien und politische Chamäleons nicht kennen wollen.

Aus Nr. 95 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 11. August 1916.

Eine falsche Auffassung unserer Absichten und Ziele.

Wiederholt haben wir unsere Leser darauf aufmerksam gemacht, daß von uns abgeneigter Seite aus Anstrengungen gemacht werden, die Richtung und die politischen Bestrebungen der „Gazeta“ und unseres Herausgebers, des Herrn Wiktor Kulerski, in einem falschen Lichte darzustellen.

Vor kurzem fanden wir im „Wielskopolanin“ einen Artikel, der ebenfalls eine ganz falsche Schätzung der politischen Bestrebungen, der Richtung der „Gazeta“ und unseres Herausgebers hervorruft. Wir wollen den „Wielskopolanin“ gerade nicht zu den Blättern zählen, die unserem Herausgeber und uns nicht wohlwollen. Vielleicht war er das früher, das ist aber jetzt, wie es uns scheint, nicht der Fall, denn er hebt in seinen Ausführungen gewisse Talente unseres Herausgebers hervor.

Der „Wielskopolanin“ sagt, daß er von der politischen Richtung des Herrn Kulerski und seiner „Gazeta Grudziadzka“ nicht entzückt sei. Und so muß man die Frage aufwerfen, welches denn wohl die politischen Ziele des Herrn Kulerski und der „Gazeta“ seien. Wie es scheint, weiß das der „Wielskopolanin“ nicht, wiewohl das doch aus den Artikeln der „Grudziadzka“ sogar in der Zeit des Krieges, wo es schwer hält, so zu schreiben, wie man es gerne möchte, hervorgeht.

So weit es sich um die große internationale polnische Frage handelt, wie sie jetzt ist, so ist der Wunsch des Herrn Kulerski und der „Grudziadzka“: einen lebensfähigen polnischen Staat zu haben, und zwar im Sinne der Wünsche unserer Brüder im Königreich Polen. Deshalb bemüht sich auch Herr Kulerski und ebenso die „Gazeta Grudziadzka“, nichts zu tun, was unseren Brüdern die Erfüllung ihrer Wünsche erschweren könnte; sie tun im Gegenteil alles, was die Erreichung dieser Wünsche möglich machen kann.

Soweit es sich um die innere polnische Sache handelt, so ist das Ziel unseres Herausgebers und das seiner „Gazeta Grudziadzka“ folgendes: für die polnische Volksgesamtheit des preussischen Gebietsteiles die allergünstigsten Bedingungen für die nationale Entwicklung zu erreichen, das polnische Volk und die ganze Volksgesamtheit nach Möglichkeit vor allen Unannehmlichkeiten und bösen Erfahrungen zu bewahren und ihnen die größten moralischen und materiellen Vorteile zu verschaffen.

Auf diesen Bahnen bewegen sich die politischen Bestrebungen unseres Blattes, des Organs der polnisch-katholischen Volkspartei und des Herrn Wiktor Kulerski.

Wenn sich der „Wielskopolanin“ für die Richtung der Politik unseres Blattes und unseres Herausgebers nicht erwärmt, dann ist das für ihn selbst umso schlimmer, denn eine solche Richtung muß jeder wahre Pole nur loben.

Es könnte sich doch höchstens um die Art des Verfahrens oder, wie man zu sagen pflegt, um die Methode der Wirksamkeit handeln. Was nun aber die Methode anlangt, so halten sich weder die „Gazeta Grudziadzka“ noch unser Herausgeber nicht für unfehlbar, denn sie wissen, daß es solche Leute nicht gibt.

Sich für unfehlbar zu halten — das überlassen wir anderen.

Der „Wielskopolanin“ irrt sehr, wenn er aus Anlaß unserer Artikel, betreffend den Kampf der Alldeutschen gegen den Kanzler annehmen sollte, daß unser Herausgeber oder die „Gazeta Grudziadzka“ die Absicht hätten, sich zwischen die Regierung und das deutsche Volk oder doch mindestens zwischen den deutschen Bruchteil, der den Kanzler bekämpft, zu drängen.

Wie dem „Wielskopolanin“ bekannt ist, haben gerade die katolischen alldeutschen Kreise vor dem Kriege jede Opposition der polnischen Abgeordneten und der polnischen Zeitungen gegenüber der Regierung gewissermaßen als einen Staatsverrat dargestellt, zum mindesten aber das alles für eine Vorbereitung dazu angesehen. Es handelt sich also der „Gazeta Grudziadzka“ und dem Herrn Kulerski darum, heute ihre Opposition und ihren Kampf gegen den Kanzler festzunageln, und zwar zum Gebrauch für spätere Zeiten, nach dem Kriege, wenn dereinst die Opposition und der Kampf der politischen polnischen Faktoren im Interesse der Volksgesamtheit vielleicht wieder notwendig sein wird, und wenn die katolischen Alldeutschen daran gehen sollten, nach dem früheren Rezept zu verfahren.

Es handelt sich auch darum, daß sie wüßten, daß die polnische Volksgesamtheit auf ihr Verfahren blickt und es mit ihrem eigenen Verfahren vergleicht. Die katolisch-alldeutschen Kreise möchten überall den Eindruck hervorrufen, als ob das loyale Verhalten des polnischen Volkes und der polnischen Gemeinschaft während des Krieges eine so einfache und natürliche Sache wäre, die sich doch von selbst verstehe, und daß somit die Polen kein Recht hätten, irgend-etwas zu erhoffen.

Umso deutlicher muß hervorgehoben werden, daß es das polnische Volk sehr wohl versteht, sein Verhalten während des Krieges selbst abzuschätzen, daß es auch sehr gut weiß, welche Opfer es in diesem Kriege im Interesse des deutschen Staates bringt. Das polnische Volk könnte mit Recht darüber klagen, wenn die „Gazeta Grudziadzka“ und Herr Kulerski das alles nicht hervorgehoben hätten.

Interessant für uns ist auch die Bemerkung des „Wielskopolanin“ von der Reserve, von der Zurückhaltung in der Zeit, in der die ganze Welt voller Arbeit ist. Für uns erklingt in den Bemerkungen des „Wielskopolanin“ das Echo jener Losung einer gewissen politischen Gruppe, die da meint, daß die Tatenlosigkeit den Parteiinteressen am besten entspreche.

Der „Wielskopolanin“ irrt sich auch gar sehr, wenn er meint, daß es uns darum gehen könne, sich dem Kanzler in dem inneren deutschen Streite als ungebundene Gäste aufzudrängen. Unser Herausgeber hat es nie verstanden, politische Aufdringlichkeit zu betreiben, auch die „Gazeta Grudziadzka“ nicht.

Aus dem Artikel des „Wielskopolanin“ haben wir uns überzeugt, daß auch Leute, die gewissermaßen guten Willens sind, die Bestrebungen der „Gazeta Grudziadzka“ deshalb falsch auffassen können, weil man sich in der Zeit des Krieges nicht in jeder Hinsicht klar aussprechen kann, woraus die politischen Klatscher Nutzen ziehen, um im Versteck unsaubere Arbeit zu treiben.

Aus Nr. 185 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. August 1916.

Denunziationen.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat in ihrer Nummer 617 einen Artikel gebracht, in welchem sie unter Berufung auf verschiedene Informationen der bekannten „Ostmark“ behauptet, daß die polnische Presse im preussischen Anteil sehr russenfreundlich sei. Um das zu beweisen, zitiert die „Ostmark“ die Denun-

ziationen irgendwelcher in Lausanne erscheinender „Flugschriften“ — *Wistny Mlotne* —, von deren Vorhandensein wir erst aus dem Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ erfahren. Welchen Wert die langen Ausführungen dieses Artikels, den wiederzugeben es uns an Raum mangelt, haben, mögen nur einige im Lichte der Wahrheit aufgestellten Behauptungen be- weisen.

Am Anfang des in Frage kommenden Artikels berichtet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über die Gründung der „Gazeta Narodowa“ in Posen mit einem Kapital von 2 Millionen Mark. Es ist dies ein Klatsch, dem seinerzeit im „Dziennik Poglądów“ entgegengetreten und an zuständiger Stelle festgestellt worden ist, daß das Kapital nicht einmal den vierten Teil von der oben genannten Summe beträgt.

Der zweite Klatsch entstand auf dem Boden der Angriffe einer bestimmten Art von Journalisten gegen den bekannten nationaldemokratischen Politiker Roman Dmowski wegen seiner angeblichen Russenfreundlichkeit, den die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als Tatsache wiederholt. Er findet seine Widerlegung in der von uns in der gestrigen Nummer des „Dziennik Berliński“ veröffentlichten Denkschrift des russischen Ministeriums des Innern vom 26. April 1916, in welcher das russische Ministerium Dmowski anklagt, daß er im Interesse der deutsch-österreichischen Orientierung tätig sei. (Siehe Übers. aus Nr. 184 des „Dziennik Berliński“ — Seite 893 des Ges. Überbl.)

Auf derselben Stufe stehen die dem „Dziennik Berliński“ und dem Herrn Rose wegen ihrer Russenfreundlichkeit gemachten Vorwürfe.

In Wirklichkeit ist der „Dziennik Berliński“, wie sich jeder auf dem Gerichte überzeugen kann, Eigentum einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht und Herr Rose ist nur einer von den Teilhabern dieser Genossenschaft. Wenn wir es für notwendig halten würden, uns gegen den Vorwurf der „Russenfreundlichkeit“ zu verteidigen, so könnten wir uns auf eine Reihe von im russenfeindlichen Sinne gehaltenen Zitaten aus dem „Dziennik Berliński“ berufen, die die „Deutsche Warschauer Zeitung“ und andere deutsche Blätter veröffentlicht haben. Wir halten das aber als Polen unter unserer Würde. Wir wollen nur feststellen, und das geht auch klar aus unserer bisherigen Haltung hervor, daß der „Dziennik Berliński“ keine „philen“ Orientierungen, sondern nur — eine wirkliche „polnische“ Orientierung hat. Auf diesem Standpunkt stehend, deckt der „Dziennik Berliński“ alle Angriffe gegen den polnischen Besitzstand und die polnischen Interessen auf und verurteilt sie, soweit dies in der gegenwärtigen Zeit möglich ist, ohne Rücksicht darauf, von welcher Seite sie kommen.

Es ist daher begreiflich, daß unsere selbständige polnische Haltung und unsere „polnische“ Orientierung, die sich mit dem Gang der historischen Ereignisse und entsprechend den vollzogenen Tatsachen entwickelte, verschiedenen „Philen“ und „Orientierungsleuten“, deren nichtpolnischen Standpunkt wir entsprechend gebrandmarkt haben, nicht gefällt. Daher auch dieser aus den denunziatorischen Ausführungen der „Flugschriften“ atmende Haß; sie sind wahrscheinlich nur „ad hoc“ herausgegeben worden, und zitieren, um den Schein der Wahrhaftigkeit anzunehmen, sogar die betreffenden Nummern des „Dziennik Berliński“, in welchen die angeblichen russenfreundlichen Artikel enthalten sein sollen.

Da wir in der Regel jede Frage gründlich behandeln, haben wir die letzten Jahrgänge des „Dziennik Berliński“ durchgesehen und hierbei festgestellt, daß diese Vorwürfe noch aus dem Jahre 1915 stammen. Was haben wir damals festgestellt? In Nummer 144 des „Dziennik Berliński“ aus dem Jahre 1915, in welcher das galizische „Oberste Nationalkomitee“ deshalb an-

gegriffen worden sein soll, weil es in Amerika Zwistigkeiten und Meibereien hervorgerufen hat, finden wir den Inhalt einer von Ignacy Paderewski in Chicago gehaltenen Rede, in welcher dieser glühende polnische Patriot die amerikanischen Polen zur Eintracht und dazu auffordert, parteiischen Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen. Daß wir diese Zwistigkeiten, die der polnischen Frage in Amerika großen Schaden anrichteten, entsprechend verurteilt haben, bestreiten wir nicht. Kein vernünftig denkender und ehrlicher Mensch wird uns dies aber als Russenfreundlichkeit anrechnen. Es war dies unsere nationale Pflicht, die wir als polnisches Blatt erfüllen mußten.

Ein weiterer Beweis für die Russenfreundlichkeit des „Dziennik Berliński“ soll der Leitartikel des „Dziennik Berliński“ in Nummer 149 (? Jahr 1915) sein. Was haben wir in diesem Artikel festgestellt? In diesem Artikel befindet sich in Übersetzung der Inhalt einer aus dem deutschen Hauptquartier vom 29. Juni 1915 stammenden und in Nr. 328 der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten Korrespondenz, in welcher der Korrespondent über das Verhalten der Russen gegenüber der Bevölkerung in Lemberg berichtet und darüber klagt, daß die Russen die Juden bedeutend schlimmer behandelt hätten, als die Polen. Wenn also jemanden hier der Vorwurf der Russenfreundlichkeit treffen kann, dann nicht die Redaktion des „Dziennik Berliński“, sondern nur den Kriegskorrespondenten der „Vossischen Zeitung“. Wenn die Lausanner „Flugschriften“ (*Wistny Mlotne*) diese Tatsache verschwiegen haben, und auf Grund dieses Artikels dem „Dziennik Berliński“ den Vorwurf der Russenfreundlichkeit machten, dann taten sie dies zielbewußt und mit der ausdrücklichen Absicht der Denunziation, der sie den Schein der Wahrhaftigkeit geben wollten.

Schon die vorstehenden Zitate beweisen, wie hinfällig die Gründe sind, auf die die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Ostmark“ ihre Anklagen stützen.

Uns interessiert nur und gibt Anlaß zum Nachdenken, daß es in unserer Mitte noch Journalisten gibt, die diese Anklagen für bare Münze halten sie „Tatsachen“ nennen, und mit gewichtiger Stimme behaupten, „die sogenannten Organe der großpolnischen Presse hätten voraussehen müssen, daß die „Ostmark“, „Alldeutschen Blätter“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die betreffenden Organisationen sorgfältig alles Material gegen die polnische Volksgesamtheit sammeln würden, um es im gegebenen Augenblick gegen unsere Interessen zu verwenden.“ Die Vorsicht hätte — nach ihrer Ansicht — die polnischen Blätter veranlassen müssen, einen anderen Standpunkt einzunehmen. „Die Verantwortung eines politischen Organs sei nämlich unter solchen Verhältnissen eine riesige“.

Hätte jenen Leuten das Bewußtsein dieser Verantwortung auch nicht sagen können, daß sie in Anbetracht solcher augenscheinlicher Lügen und längst berechtigter Klatschgeschichten, über die jeder durchschnittliche polnische Journalist informiert sein sollte, mit solchen Bemerkungen unseren Feinden, die sich jetzt auch auf ihr Zeugnis berufen werden, neues Material in die Hände geben?

Aus Nr. 73 des Kraj (Lissa)

vom 15. August 1916.

Die polnische Presse in Preußen.

Nach der „Ostmark“ und den „Wistny Mlotne“, die in Lausanne erscheinen, ist die alldeutsche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über einen gewissen Teil

der polnischen Presse hergefallen und hat sie der Russenfreundschaft beschuldigt.

In dem gegenwärtigen Zeitpunkte, in welchem die Schicksale unseres Volkes auf der Waagschale liegen, haben — wie der „Dziennik Berlinski“ in Nummer 185 schreibt — die genannten uns abgeneigten Organe den Artikel der „Listy Wlotne“ vorgebracht, um der polnischen Sache zu schaden.

Man muß stets und überall gegen die Schädiger unserer Sache auftreten, soweit das nur möglich ist, niemals darf eine solche Gelegenheit unbenützt gelassen werden. Deshalb haben wir den Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der „Ostmark“ als einseitig gebrandmarkt und hervorgehoben, daß wir mit allen Ausführungen der „Listy Wlotne“ nicht einverstanden seien. Wir haben den angegriffenen Organen der polnischen Presse freigestellt, die gegen sie erhobenen Angriffe im Namen der polnischen Sache abzuwehren und empfohlen, die Verteidigung ausdrücklich zu machen.

Der „Dziennik Berlinski“ wehrt (in Nummer 185) die Angriffe ab und bemerkt am Eingange seiner Ausführungen, daß die neue „Gazeta Narodowa“ keine 2 Millionen Mark Kapital besitze, nicht einmal den vierten Teil dieser Summe, daß Dmowski, als Russophile gebrandmarkt, in den Augen des russischen Ministeriums als Anhänger der österreichisch-deutschen Orientierung gelte.

Alsdann schreibt der „Dziennik Berlinski“ (siehe S. 867 des G.-L.):

So viel wie der „Dziennik Berlinski“ über die polnische Orientierung der polnischen Presse braucht man nicht zu schreiben, das gibt der „Dziennik Berlinski“ zu. Wir kennen kein polnisches Organ, das keine polnische Orientierung besitzen würde. . . . Das ist Grundsatz. . . . Die Taktik aber kann verschieden sein. . . . und hier kommen verschiedene „Philismen“ in Frage. Gerade auf dieser Grundlage haben sich die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Ostmark“ des Artikels der „Listy Wlotne“ bedient und den Russophilismus konstruiert. In einem so wichtigen Augenblick, wie es der gegenwärtige ist, haben wir es nicht unter unserer Würde gehalten, zur Aufklärung und Beseitigung des Vorwurfs beizutragen, und zwar mit Rücksicht auf die polnische Sache. . . . wie wir das eingangs ausdrücklich hervorgehoben haben.

Im Namen dieser Sache schlagen wir dem „Dziennik Berlinski“ vor, seine Artikel zu übersetzen und sie mit den gehörigen Bemerkungen an die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und an die „Ostmark“ zu senden und Berichtigung zu verlangen. Dazu hat er allein das Recht.

Gleichzeitig raten wir, dasselbe Material an eine Reihe der hervorragendsten deutschen Zeitungen aller Landesteile und aller politischen Richtungen zu senden.

Leider besitzen wir nicht eine solche öffentliche Institution, die sich mit einer derartigen notwendigen Verteidigung befassen würde. . . . insbesondere in der gegenwärtigen Zeit. . . . Die angegriffene Presse sollte nicht nur sich selbst, sondern auch die Sache auf diese einzig erfolgreiche Weise verteidigen. . . . und sie kann das am besten.

Aus Nr. 70 des Kraj (Lissa)

vom 11. August 1916.

Der „Kraj“ bringt einen in der Nummer 617 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 9. August d. J. unter der Überschrift

„Die preussische Polenpresse“

veröffentlichten Artikel im Wortlaute wieder und knüpft daran folgende Betrachtungen:

Wir wiederholen den Artikel des alldeutschen Organs mit Rücksicht auf die Sache. In diesem Augenblicke wird das Schicksal des zukünftigen polnischen Staatsorganismus — des Königreichs Polen — entschieden, nicht nur das Schicksal des Königreichs, sondern gewissermaßen auch das Schicksal unserer Landesteile unter der Herrschaft Preußens.

In einem solchen Augenblicke können die Rücksichten auf Personen und auf die Organe der Presse keine Rolle spielen.

Wir sind nicht mit allen Ausführungen der Lausanner „Listy Wlotne“, die in Verteidigung des galizischen „Obersten Nationalkomitees“ auftreten, einverstanden.

Wir machen aber auf das aufmerksam, was sie als Tatsachen angeführt haben.

Die genannten Organe der großpolnischen Presse hätten voraussehen müssen, daß die „Ostmark“ und die „Alldeutschen Blätter“, sowie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ usw. und die betreffenden Organisationen sorgfältig Material gegen die polnische Volksgesamtheit sammeln würden, um es im allerwichtigsten Augenblicke gegen unsere Interessen zu gebrauchen.

Die Vorsicht hätte sie veranlassen müssen, einen anderen Standpunkt einzunehmen.

Die Verantwortung eines politischen Organs in solchen Verhältnissen ist kolossal.

Die Kosten zahlt nicht das einzelne Organ, sondern die Gesamtheit, eventuell das ganze Volk.

Der leidenschaftliche Kampf eines gewissen Teiles der großpolnischen Presse mit dem „Obersten Nationalkomitee“ und den Legionen war nicht an der Zeit.

Anstatt sich über jeden positiven Schritt zum Zwecke der Erreichung des ideellen Zieles zu freuen, — sahen wir noch in den letzten Tagen, wie man sich auf die angeblichen Gegensätze zwischen Warschau und Galizien berief. Man schrieb über „getäuschte Hoffnungen“, wie der „Piast“ — augenscheinlich aus parteiischen Rücksichten — aufdeckte.

Das alles gibt einen Grund nicht nur zu unliebsamen, sondern für unsere Gesamtheit und für unser Volk zu geradezu schädlichen Anträgen und Schlüssen, wie man sich aus den Artikeln der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ überzeugen kann.

Wir treten nicht in der Rolle des Beschützers des „Obersten Nationalkomitees“ auf, was wir hiermit ausdrücklich hervorheben. Man braucht nicht mit allem einverstanden zu sein, was es getan hat, aber — es in der verbissenen Weise zu bekämpfen, ist schon deshalb nicht richtig, weil es der polnischen Sache dient und dienen will —, und zwar in der Anlehnung an die siegreichen Zentralmächte. Auf dem Grunde eines rücksichtslosen Kampfes der Presse mit dem „Obersten Nationalkomitee“ und den Legionen ist es leichter, die „Russenfreundschaft“ der genannten großpolnischen Organe aufzubauen.

Wir überlassen den angegriffenen Organen die Verteidigung vor diesem Vorwurfe. . . . und nehmen an, daß ihre Verteidigung nachdrücklich sein wird.

Die Posener Stadtworordnetenfraktion wird wohl nunmehr in der Angelegenheit der Legende von der erfolgten Ablehnung der 50 000 M. für das Hindenburg-Museum das Wort ergreifen.

Außerdem wird man an eine deutlichere Aktion, an festere Formen des Protestes gegen die antikatholischen und antinationalen Ausschreitungen denken müssen, damit die Gegner in Zukunft nicht so schreiben können, wie sie es getan haben.

Angeichts der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der deutschen Presse betonen wir mit Nachdruck, daß ihre Informationen über die Gesinnung der polnischen Allgemeinheit einseitig und somit irrig sind.

Die Allgemeinheit der polnischen Volksgesamtheit erwartet von Rußland nichts.

Die Allgemeinheit der Volksgesamtheit aller drei Teilungsmächte erwartet die schnellste Schaffung des Königreichs Polen von seiten der siegreichen Zentralmächte — wir besonders erwarten sie von seiten des deutschen Monarchen und der Regierung des Deutschen Reiches in der Hoffnung, daß nicht nur für das Königreich Polen, sondern auch für unsere Gebietsteile daraus eine bessere Zukunft erstehen wird.

Zu diesem Zwecke arbeiten wir in loyaler Weise mit allen Kräften gemeinsam mit und sind bereit, die größten Anstrengungen zu machen.

Ein selbständiges Polen wird — wie vor Jahrhunderten — nicht nur eine wahre Vormauer des Christentums sein, sondern es wird auch eine Vormauer für Europa und die westliche Kultur angesichts des barbarischen Ostens werden.

Das ist auch die wichtigste Sache für Deutschland.

Es ist die höchste Zeit, daß auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Dünamer“ solches in Erwägung zögen.

Aus Nr. 32 der Praca (Posen)
vom 6. August 1916.

Betrifft die Kriegsziele.

Unter dieser Überschrift bespricht die Posener Wochenschrift die in der deutschen Presse geführte Erörterung der Kriegsziele und knüpft daran folgende Bemerkungen:

Bei dieser Gelegenheit verlohnt es, auch auf die Haltung der Polen gegenüber dem Staate und der Regierung hinzuweisen. Dem Staate haben die Polen alles gegeben, was die Regierung als sogenannte Staatsnotwendigkeiten ansieht. Im Verhältnis zum Reichskanzler aber, dessen guten Willen, die polnische Frage zu lösen, die Polen anerkennen, beobachten sie eine weitgehende Loyalität, welche in Anbetracht der seitens der nationalitätstreu-alledeutschen Elemente gemachten Versuche, seine Stellung zu schwächen und zu untergraben, auch von unserem Selbsterhaltungsbetrieb diktiert wird. Mit Rücksicht auf unsere partikularen Interessen im Großherzogtum Posen, wie auch mit Rücksicht auf die Interessen des Königreichs Polen wollen wir lieber, daß das Steuer der Politik Herr v. Bethmann Hollweg innehat, als wenn es in die Hände einer Persönlichkeit übergehen sollte, die sich der unbedingten Anerkennung der Gegner des gegenwärtigen Reichskanzlers erfreuen würde.

Aus Nr. 181 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 11. August 1916.

Aus Anlaß des zwischen Professor Harnack und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, von Gebfattel, stattgefundenen Streits schreibt die „Gazeta Ludowa“:

Auch wir sind der Meinung, daß die Verkündung solcher maßlosen Annexionsbestrebungen seitens des Alldeutschen Verbandes, der 6 Wirtschaftsverbände und anderer den deutschen Interessen nur schadet und die Gegner Deutschlands anregt, alle Kräfte anzuspannen, um das sich gesteckte Kriegsziel — die Zertrümmerung Deutschlands — zu erreichen.

Aus Nr. 183 des Postep (Posen)
vom 12. August 1916.

Hilfe dem Königreich.

Unter obigem Titel schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Am Sonntag, 13. August, findet in allen Kirchen unserer Erzdiözese eine Kollekte für unsere im Elende

lebenden Landsleute im Königreiche statt. Hier bietet sich Gelegenheit, für das Wohl des Vaterlandes zu wirken. Lege auf dem Opferaltare für unsere Brüder im Königreiche einen gewissen Prozentsatz der Summe nieder, die den Wert alles dessen darstellt, was du hättest verlieren können (wenn der Feind in unser Land eingedrungen wäre).

Aus Nr. 8 des Sokół (Posen)

vom August 1916.

Nicht besonders.

In unserem Sokolwesen sieht es nicht besonders aus. Das ist eine Tatsache, über die es nicht zweierlei Meinungen geben kann.

Wer ist schuld daran!

Der Krieg? — Gewiß, er hat in unserer ganzen Organisation solche Schäden verursacht, wie die berühmten „dicken Bertas“ in den stärksten Festungen. Wohin wir sehen, sind Lücken in den Reihen. Zahlreiche Vereine haben sich ganz aufgelöst und ihre Mitglieder sind auf allen Kriegsschauplätzen zerstreut, im Westen, im Osten, auf dem Balkan, oder sie befinden sich in der Gefangenschaft irgendwo in Rußland oder in Frankreich. Glücklicherweise sind die, die noch leben, und die die bisherigen Stürme überdauert haben. Wir können hoffen, daß viele von ihnen — wenn die Zeit kommt — wieder in unsere Reihen eintreten werden. Wieviele aber sehen wir nicht mehr?

Im allgemeinen haben wir den Krieg auf unserer östlichen Sokolfront, in den Heimatsbezirken, viel stärker empfunden. Der größte Teil der Vereine hat sich schon in den ersten Kriegstagen fast von allen seinen Mitgliedern trennen müssen. Es blieben nur die älteren Mitglieder zurück, die nie viel Interesse für die Sokolsache gezeigt haben. Hier und dort blieben Überreste. In den letzten Tagen wurden uns sogar diese genommen. Glücklicherweise sind diejenigen Vereine, in die nach langer Abwesenheit ein eifriges Mitglied als Kriegsinvalide zurückgekehrt ist. In ihm finden die zurückgebliebenen Mitglieder eine Stütze bei ihrer gelegentlichen Arbeit. Berlin, Westfalen und Rheinland befanden in einer viel günstigeren Lage. Die wirtschaftliche Not, der Kohlen- und Munitionsbedarf haben dort viele Mitglieder zurückgehalten, die in der Heimat schon längere Zeit eingezogen worden wären. Dank dieser Tatsache wurde dort die Sokolarbeit nicht direkt unterbunden wie in Großpolen, Altpolen und im Herzogtum Preußen.

Wir haben also den Schuldigen. Es ist der Krieg. „Ja, der Krieg“, werden zweifellos alle diejenigen Kameraden ausrufen, die bisher zu Hause sitzen und sicherlich nie das Pulver riechen werden. „An allem ist der Krieg schuld!“

Ist dem wirklich so?

Fällt nicht etwa ein Teil der Schuld — und vielleicht ein bedeutender — auf diejenigen, die alles auf den Krieg abwälzen möchten? Durch den Krieg haben wir alle gewissermaßen einen Nervenschlag erlitten, welcher uns die Freiheit der Gedanken und des Handelns nahm und uns vollständig lähmte. In der geradezu verzweifelter Lage, in welcher sich der polnische Gedanke befand, war das eine ganz natürliche Erscheinung. Das Krakauer Oberste Nationalkomitee, die Legionen, das Manifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, die Bekanntmachungen der verschiedenen militärischen deutschen und österreichischen Kommandanten, die Broschüre „Die Auferstehung Polens“, alle diese Dinge mußten uns verwirren, wenn nicht gar des Verstandes berauben. Alles das fand Ausdruck in dem sinnlosen Wiederholen aller Märchen und Klatschereien über den Krieg und die Politik. Märchenhafte Erzählungen politischen Inhalts beschäftigten die Köpfe dermaßen, daß es natürlich an Zeit fehlte, einen

Augenblick an die Sokolsache zu denken, geschweige denn zu arbeiten. Und das war es, was — vielleicht mehr als der Krieg selbst — dem Sokolwesen Nachteile brachte. An manchen Orten hat die Arbeit vollständig geruht; auf unseren Turnplätzen ist das Leben abgestorben. Es scheint, daß die Krankheit der politisch-kriegerischen Klatschsucht die Fremde in geringerem Maße heimgesucht hat, als die Provinz Posen. In dieser Hinsicht befanden sich die Vereine in der Fremde in einer günstigeren Lage. Es hat sich dort dank diesem Umstande die Zahl der Mitglieder nicht in dem Maße verringert, wie bei uns; die Arbeit hat in den westlichen Bezirken nie vollständig geruht. Unser Arbeiter mit seinem die polnische Sache aufrichtig liebenden Herzen und mit seiner einfachen Denkungsart, hat sich nicht in die Geheimnisse der sogenannten Politik vertieft, sondern instinktiv und ruhig weiter gearbeitet in der Richtung, welche uns schon so viel Nutzen gebracht hat. Deshalb lebt das Sokolwesen im Westen weiter fort und arbeitet, indem es sich den schwierigen, neuen Verhältnissen anzupassen sucht. Es ist vielleicht möglich, daß bei uns die Verhältnisse schwieriger sind, als im Westen. Dort ist es noch erlaubt, sich zu versammeln; es ist gestattet, Versammlungen abzuhalten. Bei uns dagegen — z. B. in Posen — konnte seit $\frac{3}{4}$ Jahren keine Sokolverversammlung mehr stattfinden. Das sollte jedoch die Arbeit der Sokols nicht beeinträchtigen. Gymnastische Übungen und Ausflüge sind doch keine Versammlungen. Es ist auch keine Versammlung, wenn der Vorsitzende mit dem Turnwart oder der letztere mit irgend einem Mitgliede des technischen Zirkels zusammenkommt und dabei einen Ausflug, die Art der Übungen u. a. m. bespricht. Es läßt sich also dem Übel abhelfen, man muß es nur verstehen, zu wollen. Und daran fehlt es gerade. Deshalb sieht es in unseren Sokolwesen nicht besonders aus. Es ist ein starker Geist nötig, der selbst in schwierigsten Fällen die Möglichkeit findet, zu arbeiten. Heute, nach zwei Jahren des Krieges, sollten wir uns endlich den Bedingungen anzupassen in der Lage sein und sich überall dort, wo es geht, an die Arbeit machen.

Aus Nr. 182 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 9. August 1916.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes des Verbandes polnisch-katholischer Vereine.

In der Generalversammlung des Verbandes polnisch-katholischer Vereine erstattete der Vorstand den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. März 1914 ab.

Als erster sprach der Vorsitzende Stanislaus Kunca. Er bemerkte, daß gleich nach Ausbruch des Krieges ihm die Polizei eröffnet habe, daß Versammlungen polnischer Vereine nicht stattfinden könnten. Aus diesem Grunde stand die Tätigkeit des Verbandes und der Vereine still. Als es wieder möglich war, die Tätigkeit aufzunehmen, ging der Verband an die Arbeit. Er (Kunca) habe jeden Sonn- und Feiertag und auch in der Woche Versammlungen bereist. Man könnte ihm somit Untätigkeit nicht vorwerfen. Er habe für den Verband, nicht auf Kosten des Verbandes gearbeitet, vielmehr habe bis zum Ausbruch des Krieges der Verlag, bei dem er arbeitet, die Reise- und Verpflegungskosten bezahlt. Daß er nicht alle zufriedengestellt habe, sei nicht seine Schuld, er habe nach seinem besten Wissen und Gewissen gewirkt. Nur insofern sei er sich einer Schuld bewußt, als er dem früheren Kassierer des Verbandes Andreas Kranc zuviel Vertrauen geschenkt habe. Dieser habe einige hundert Mark aus der Kasse des Verbandes für sich verbraucht und sei deshalb zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Redner habe als Vorsitzender sich auf das Zeugnis der in den Delegiertenversammlungen gewählten Kassenrevisoren

verlassen, die die Kasse und die Bücher stets in Ordnung gefunden hätten. Für ihn sei dies die Lehre, daß er von nun an in Geldsachen niemand mehr vertrauen, sondern sich nur auf seine eigenen Augen und auf Beweise verlassen werde. Er hoffe, daß diese unangenehme Erfahrung sich der neue Vorsitzende zunutze machen werde, da er das schwere und verantwortungsvolle Amt gern los werden möchte.

Sodann verlas der Generalsekretär Franz Krupka den Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Bis zum 1. März 1914 zählte der Verband 174 Vereine, 17 Gaue mit insgesamt 18684 Mitgliedern. Bis zum 6. August 1916 kamen 38 Vereine hinzu, und zwar bis zum Ausbruch des Krieges 34, im Jahre 1915 1 und im Jahre 1916 3 Vereine mit insgesamt 3338 Mitgliedern. Einige Vereine haben die Mitgliederzahl nicht angegeben. Mithin zählte der Verband bei Ausbruch des Krieges 212 Vereine mit 22022 Mitgliedern. Mehrere Vereine haben noch vor Ausbruch des Krieges ihren Beitritt anmelden wollen, die Sache ist jedoch später eingeschlafen. Um sich über den Einfluß des Krieges auf das Vereinsleben zu überzeugen, hatte der Vorstand Fragebogen versandt, die 112 Vereine beantwortet haben. Die Gesamtzahl der zahlenden Vereinsmitglieder betrug vor dem Kriege 14067. Bis zur Rücksendung des Fragebogens wurden 4700 Mitglieder zum Waffendienst einberufen, und zwar etwa 3000 verheiratete und über 1000 ledige. Zurückgelassen wurden 6445 Kinder. Eingezogen wurden 46 Vorsitzende, 66 Schriftführer, 46 Kassierer. In 16 Vereinen wurde der ganze Vorstand zum Kriegsdienst eingezogen. Bis zur Rücksendung der Fragebogen waren 438 Mitglieder gefallen und 130 in Gefangenschaft geraten. Während des Krieges sind in den 112 Vereinen 638 neue Mitglieder aufgenommen worden, so daß bei Rücksendung der Fragebogen die Zahl der zahlenden Mitglieder 6036 betrug.

Aus dem Kassenbericht erfahren wir, daß die Einnahme von März 1914 bis 1. Juli 1915 2654,12 M. betrug. Darin ist auch der Bestand aus dem Jahre 1913 im Betrage von 1564,67 M. enthalten. Die Ausgabe betrug bis zum 30. Juni 1915 1704,15 M. Es blieb ein Bestand von 949,97 M. In der Zeit vom 1. Juli 1915 bis Ende Juni 1916 betrug die Einnahme 1011,15 M., die Ausgabe 739,98 M.; es blieb ein Bestand von 271,17 M. Die Gesamteinnahme seit der letzten Generalversammlung betrug 3665,27 M., die Ausgabe 2444,13 M., der Bestand 1221,14 M. Die Einnahme für das Verbandsblatt belief sich auf 7395,30 M. Zur Befoldung des Schriftführers, Bezahlung der Miete und zur Bestreitung der Kosten für Drucksachen und das Blatt usw. wurden insgesamt 6409,32 M. ausgegeben. Seit der Generalversammlung betrug die Gesamteinnahme 11067,57 M., die Ausgabe 8853,45 M., der Bestand 2207,12 M. Von dem Bestande sind 1805 M. in Banken angelegt, 52,11 M. befinden sich beim Schriftführer, der vorläufig die Kassengeschäfte versieht und 557,21 M. schuldet der frühere Kassierer Kranc. Die ausstehenden Forderungen für das Verbandsblatt betragen 1878,15 M. Die Beiträge für das Jahr 1912 schulden 3, für 1913 20, für 1914 88 und für 1915 105 Vereine. Vorstehende Rechnung haben die Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Vorstande wurde unter dem Vorbehalt Entlastung erteilt, daß der frühere Kassierer die Schuld bezahlt. Was den Verbandsbeitrag anbetrifft, so wurde beschlossen, daß für jedes Mitglied jährlich 50 Pfg. zu entrichten sind, wogegen die Bezugsgebühr für das Blatt nicht mehr erhoben, daselbe vielmehr unentgeltlich geliefert wird.

Aus Nr. 33 des Tygodnik Szewski (Posen)
vom 12. August 1916.

Aufforderung zur Tat.

Herr P. Witkowski aus Pleschen schreibt folgendes:
Geehrte Herren und Kollegen vom Schuhmacherberufe! Schon so oft ist der gute Gedanke von der Gründung eines Verbandes entstanden — und so oft hat man ihn wieder fallen lassen. Warum das? Weil wir Schuhmacher es verstehen, zu weinen, zu klagen, weil wir unser Handwerk nicht vorteilhaft darstellen können. An eine Besserung wollen wir nicht herangehen, wir warten nur, bis das ein anderer tut, bis die Regierung uns den Braten brät und ihn uns zum Kosten gibt. Geehrte Herren! Wenn wir wollen, daß unser Handwerk mit anderen Handwerken verglichen werden kann, dann müssen wir heute an die Arbeit gehen, denn niemals wird sich uns eine so gute Gelegenheit dazu bieten, wie in der gegenwärtigen Zeit.

Manch einer der Herren wird vielleicht sagen: es ist jetzt Krieg! Kann man da wohl an eine Besserung des Handwerks denken? Jetzt ist die Zeit nicht dazu, nach dem Kriege wird sich das alles von selbst bessern! Wer so denkt, der wird wieder dasselbe Elend erleben, das es vor dem Kriege gab.

Ich denke an die Besserung unseres Handwerks, über die ich in der Zusammenkunft sprach, an dem Jahrestage, den die Schuhmacherinnung in Schrimm beging, an die Besserung, mit der die geehrten Herren Delegierten einmütig einverstanden waren. Und in der Zusammenkunft der Feier des 625 jährigen Bestehens der Schuhmacherinnung in Posen war dieser Gedanke schon in die Tat umgesetzt. Warum ist die Sache nun wieder eingeschlafen? So sieht man denn wieder dasselbe, was ich bereits gesagt habe: es wird geweint, geklagt, aber nichts getan. Später fand eine Zusammenkunft in Jarotschin statt — und wieder wurde derselbe Gedanke angeschnitten.

Dieser Gedanke war: einen Verband der Schuhmacherinnungen zu gründen, wenigstens von einem so großen Umfange, wie ihn der Bezirk der Handwerkskammer in Posen darstellt.

Ein solcher Zünftsverband würde, wenn auch nicht alles, so doch den ersten Schritt zur Besserung unseres Handwerks bilden.

Jetzt ist gerade Gelegenheit dazu, denn die Preise für die Waren sind hoch, und die Erzeugnisse der Schuhmacherei müßten den Preisen der Ware angemessen erhöht werden. Der Kredit, der gerade unser Handwerk stets ruiniert hat, hat aufgehört.

Auf die Handwerkskammer könnte ein solcher Verband gleichfalls einen Einfluß ausüben, damit die Handwerker ein Recht hinsichtlich der Fabriken hätten, welche das Publikum mit Papiersohlen bedenken und dadurch unserem Berufe nur schaden.

Der Verband könnte auch durchführen, daß alle Annoncen, welche Meister und Gesellen hinsichtlich der Frage des Arbeitens betreffen, nur im „Tygodnik Szewski“ veröffentlicht werden.

Ich bitte die Herren Kollegen, denen das Wohl unseres Handwerks am Herzen liegt, in dieser Angelegenheit ihre Meinung zu äußern. Der „Tygodnik Szewski“ wird uns seine Spalten gerne dazu öffnen. Die s. Bt. in Posen ausgearbeiteten Satzungen befinden sich in meinem Besitze. Nur ans Werk!

Aus Nr. 7—8 des Zjednoczenie (Posen)
vom 23. Juli 1916.

Noch eine Pflicht.

Die Kenntnis der bürgerlichen Pflichten, die auf der Frau lasten, vertieft sich mit jedem Tage und wirkt gleichzeitig immer mächtiger auf das Leben selbst ein.

Die in bedeutendem Maße reformierte Jugend-erziehung strebt nach der vollkommensten Vorbereitung und Ausbildung der Bürger in des Wortes wahrer Bedeutung.

Die systematische Ausbildung der Mädchen ist das Resultat der Überzeugung, daß die eine Hälfte der Volksgemeinschaft den nationalen und ökonomischen Problemen gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann und daß das dauerhafteste Verteidigungsmittel das Wissen ist.

Die elementare Bewegung gerade nach der Richtung der Übung der physischen Kräfte — das ist das Bewußtsein der Wiederweckung der ritterlichen Traditionen und die Wiederrichtung der Vernachlässigung langer Jahre.

Ein gewisser Unternehmungsgeist, gesundes Streben nach selbständigem Schaffen und das Bestehen des Geldwertes als Mittels zur Macht — machen sich geltend.

Es könnte daher scheinen, daß wir auf jedem Gebiete unserer Pflichten eine größere Lebendigkeit bekunden — und schließlich „wollen“.

Aber es gibt noch brachliegende Gebiete.

Es gibt Felder voller Unkraut, die von der Vernachlässigung und Trägheit des Wirtes — der Wirte und Wirtinnen — zeugen.

Zur Teilnahme an der gemeinsamen Arbeit mit der Macht der Tatsachen berufen, hat sich die Frau einfach auch zufolge Eifers, Intellekts und Ausdauer als „gesucht“ erwiesen. Und doch geschieht das nicht da, wo ihre Rolle wichtig und ihre Würde verpflichtend ist, nämlich in dem Verhältnis der Hausfrau zum heimischen Handel und Gewerbe.

Ich beginne mit einer elementaren Sache, das ist, mit dem Sichversorgen der Bedürfnisse ausschließlich bei unseren Kaufleuten, und ich werde sehr milde urteilen, wenn ich behaupte, daß die Hälfte unserer Frauen aus Grundsatz, aus Gefühl jene Pflicht erfüllt. Es bleibt doch aber noch die zweite Hälfte übrig, die sich aus allen Kreisen rekrutiert. Die Frauen aus den oberen Schichten beziehen fremde Waren aus dem Auslande, denn sie können teuer bezahlen, die, aus den unteren, aus dem Volke — kaufen beim Juden, denn sie müssen, wie man sagt, billig kaufen.

Wer soll also den heimischen Kaufmann unterstützen? Wessen Geld wird ihm dazu verhelfen, daß er sich entwickeln kann, um später den vom Auslande gestellten Forderungen entsprechen zu können?

Eine zweite grundsätzliche Schuld unser aller, die wir bei den Unsrigen kaufen, ist die Tatsache, daß wir keine heimischen Waren verlangen. Warum? Weil der größte Teil der Volksgemeinschaft a priori von dem geringeren Werte der inländischen Produkte überzeugt ist und umgekehrt die fremden Produkte als bedingungslos vollkommen betrachtet. Eins aber ist wahr: daß über die inländischen Tuche und Leinen unprobiert, blindlings ein Urteil gefällt und verschiedener Trödel in unsere Häuser gebracht wird, daß man jedes Spielzeug für „französischen Geschmack“ hält, ohne zu verstehen, wieviel Schlichtheit und Anmut in den Linien eines Zakopaner Schöpfers oder einer Dembnicaer-Majolika enthalten ist.

Ich weiß nicht, ob es eine Stimme gibt, die die Schlafenden wecken würde — aber ich weiß, daß man nicht aufhören darf zu mahnen. Ich weiß, daß die Bazar nicht nur die Rolle der Unterstützung des heimischen Gewerbes erfüllen, sondern daß sie die Elementarschule für unsere Frauen auf diesem Gebiete der Aufklärung werden sollten. Beispiele?

Warschau, das das eiserne Netz Hunderttausender Spinnen abgeschüttelt hat, Krakau, das eine sehr lebendige Liga der Polonisierung der Städte besitzt und zusammen mit der gewerblichen Landesliga zur Hebung des Geistes durch die schöpferische Kraft schreitet.

Unsere Kapitalien liegen in ausländischen Unternehmungen.

Das ist eine Wunde — die schmerzt, eine Wunde, — die täglich blutet — denn täglich legt sie Zeugnis ab von unserer Unverantwortlichkeit, Kleinlichkeit und Gedankenlosigkeit.

Unsere Frau muß nicht nur mit dem Gelde das heimische Gewerbe und den heimischen Handel unterstützen, nicht nur mittelbar ihre Entwicklung fördern, sondern sie muß sie schaffen und durch dieses Schaffen geradezu neue Plätze des nationalen Daseins gründen.

Es wird niemand bestreiten, daß es Tausende von Gewerben gibt, in denen die Geschicklichkeit, der Geschmack und der angeborene künstlerische Sinn der Frau eine schöpferische Rolle abspielen kann.

Wir scheinen das bei der allgemeinen Not angesichts der sehr oft vorkommenden Notwendigkeit des selbständigen Verdienens garnicht zu merken, wir wenden uns ausschließlich den Gelehrten- und Büroberufen zu, und das meistens da, wo man die Zeit und die Kräfte hundertmal besser ausnützen könnte, wenn es sich gerade ums Verdienen handelt, wodurch man gleichzeitig eine bürgerliche Pflicht erfüllt, denn man nimmt eine Stelle ein, die bis dahin durch Fremde ausgefüllt war. Wir lassen uns von der sonderbaren Geringschätzung der Händearbeit leiten, als ob man den hohen geistigen Horizont nicht in Einklang bringen könnte mit dem Fache des Nichtgelehrten. Ich kenne zwar eine Frau, die als Doktor der Philosophie Lehrerin für Nähen und Zuschneiden an einer Wirtschaftsschule ist, aber das ist auch das einzige, was ich in dieser Beziehung weiß.

Schütteln wir die Apathie nach dieser Richtung hin von uns ab, wenn wir es verstanden haben, auf so vielen Gebieten schon wichtige Sachen zu leisten. Bedenken wir, daß die Gelder, welche durch unsere Hände Fremden zufließen die Fonds vermehren, die gegen uns selbst angewendet werden.

Bekämpfen wir in uns die Müßigkeit der Frau, wenn sie nicht Veranlassung zur nationalen Sünde werden soll — und bedenken wir, daß unser Leben Mühe und Plage ist. Vor allem müssen wir jede Stunde an die hohe Aufgabe denken, die eine Frau und Bürgerin zu erfüllen hat.

Ohne ihre Mitwirkung mit dem Herzen, Willen und Leben wird es keinen Sieg geben.

Rujczynska.

Betrifft die polnische Frage in dem besetzten Gebiet Polens.

Aus Nr. 220 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 10. August 1916:

Projekte und Kombinationen.

Von Zeit zu Zeit bringt die europäische Publizistik ein neues Projekt der Lösung der polnischen Frage, das in uns günstige und ungünstige Gefühle erweckt, je nachdem, ob das Projekt von unserem Ziele näher oder weiter gelegen ist.

Unlängst wurde bei uns von dem Projekt des früheren deutschen Botschafters in Rom, Grafen Monts, welcher für das richtigste hält, Polen eine sich allmählich erweiternde Autonomie im Bereiche des deutschen Reichs zu geben, viel gesprochen und geschrieben.

Dieser Gedanke ist in der deutschen Publizistik nicht neu. Es entwickelte ihn schon vor ziemlich langer Zeit und ausführlich Professor Mitscherlich in einem Buche, in welchem er vielleicht andere Umschreibungen gebraucht, aber in Wirklichkeit einen eben solchen Plan darstellt, wie Graf Monts. (Nationalstaat und Nationalwirtschaft und ihre Zukunft, Leipzig 1916).

Außer der Lösung der polnischen Frage durch Monts gibt es viele, sehr viele andere Lösungen, besonders in den Staaten, die an der Frage unmittelbar beteiligt sind, also in Deutschland, Österreich und Rußland.

Die Publizistik der anderen Großmächte, wie Frankreichs und Englands, betrachtet die polnische Frage von einer ganz anderen Seite, sie legt sich häufig von ihrem Wesen keine gebührende Rechenschaft ab, behandelt sie oberflächlich. Am besten zeugen davon die Stimmen der französischen Presse aus Anlaß des Aufrufs des Großfürsten Nikolaus, die Stimmen, welche von der Pariser polnischen Presseagentur herausgegeben worden sind. (La Proclamation du généralissime russe et l'opinion française, Paris 1915). Die französische Publizistik sah in den Versprechungen des Aufrufs den Wiederaufbau Polens und begrüßte die russische Initiative in begeisterten Artikeln, überschrieben: „Résurrection de la Pologne“ „Vive la Pologne!“ Indes erwähnte der Aufruf die Wiederherstellung Polens mit keinem Wort. Für die französischen Publizisten jedoch genügte es, das in der Lage Polens irgend welche Veränderungen eintreten sollen, um, ohne ihren Charakter in Erwägung zu ziehen, eine ganze Reihe von Dithyramben zu Ehren des Edelmutz des russischen Monarchen, welcher den Sarg Polens öffnet, niederzuschreiben. Ein noch weniger bewußtes Verhältnis zur polnischen Frage verrät zweifellos England. Allein Italien vielleicht, treu den Überlieferungen Mazzinis und seinen staatsrechtlichen Grundsätzen, empfindet unsere Bestrebungen besser, aber auch für Italien ist die polnische Frage nicht nahe und unmittelbar genug, um in ihre Einzelheiten tiefer eindringen zu sollen.

Ganz anders stellt sich die polnische Frage den unmittelbar beteiligten Seiten, also den Mächten dar, unter welche Polen geteilt worden ist und zwischen welchen es geographisch verbleiben muß. Ihnen kann nicht irgend eine mehr oder weniger schön klingende Lösung genügen, die überwiegend zu nichts verpflichtet. Deutschland, Österreich, Rußland müssen der polnischen Frage gegenüber einen umschriebenen Standpunkt einnehmen, sie in die Form irgend einer rechts-politischen Forderung fassen, die staatsrechtliche Organisation und den internationalen Standpunkt Polens bis ins Einzelne festlegen.

Kein Wunder also, daß der politische Gedanke unter unseren Nachbarn vom Anfang des Krieges an der Lösung des Problems tatkräftig arbeitet. Ihre Regierungen reden bedeutend weniger, als ihre Publizisten und Politiker. Der Aufruf des Großfürsten warf Polen gewisse Ankündigungen, übrigens in allgemein gehaltenen Ausdrücken hin, ebenso wie die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Duma. Der deutsche Reichskanzler sagt, daß Polen nicht mehr zu Rußland zurückkehren werde, und wie aus der halbamtlichen, unlängst veröffentlichten Mitteilung zu ersehen ist, schweben zwischen den Regierungen Österreichs und Deutschlands Verhandlungen betreffend die zukünftige Gestaltung Polens. Dagegen strömen aus privaten deutschen, russischen und österreichischen Quellen ganze Fluten von Plänen. Weil aber vom Gesichtspunkt jedes der Teilstaaten sehr viele Lösungen der polnischen Frage möglich sind, findet jede Möglichkeit ihre Anhänger und ihre Projektgeber. Daher bringen auch die Artikel und Broschüren, die sich von Anfang des Krieges an mit unserer zukünftigen Einrichtung befassen, eigentlich nichts Neues. Man kann nämlich auch ohne ihre Hilfe eine Tabelle aller möglichen Verfassungen Polens nach dem Kriege vom Standpunkt jedes der Nachbarstaaten aufstellen.

Kein neuer Gedanke kann etwas enthalten, was man nicht hätte voraussehen können. Daher beunruhigen uns unnötigerweise bisweilen verschiedene Urteile, die

aus privaten Quellen stammen, umso mehr, als wir weder ihr Ansehen, noch ihre Einflüsse in ihren Ländern beurteilen können. Eigentlich können wir ihnen nur von diesem Standpunkt Gewicht beilegen, als Faktoren, die in geeigneter Zeit auf den Lauf der Ereignisse einwirken können. Indessen wissen wir nur, daß im Bereiche der polnischen Frage eine ungeheure Masse von Möglichkeiten besteht, daß jede dieser Möglichkeiten schon ausgesprochen wurde, daß übrigens nicht bekannt ist, ob irgend eine von ihnen siegen und gegebenenfalls welche siegen wird.

Das ist das wahre Bild der polnischen Frage in der europäischen Meinung in diesem Augenblick, und es wird zweifellos bis zum Ende des Krieges so bleiben, wo über die Geschichte ganz Europas, also auch über unser Los Faktoren entscheiden werden, die heut noch niemand vorausszusehen vermag.

Aus Nr. 386 des Goniec (Warschau)

vom 3. August 1916.

Wechsel der Stimmungen.

Zwei Jahre sind bereits vergangen, seit dem die Kriegsfurie über unser Land hereingebrochen ist, und in Kürze wird ein Jahr vorüber sein, da dank dem siegreichen Vorgehen der Heere der Zentralstaaten zuerst die Königl. Residenzstadt Warschau und in der Folge bedeutende polnische Gebiete, seit 100 Jahren durch die Russen besetzt, von dem russischen Joche befreit worden sind.

Befreit durch Fremde, können wir mit Hilfe eigener Anstrengungen frei werden.

Wir haben die Zuversicht, daß das polnische Volk unter entsprechenden Verhältnissen genügend Kampfmateriale liefern könnte, um seine Grenzen zu verteidigen.

Diese Verhältnisse müßten sowohl diejenigen schaffen, für die der unabhängige eigene Staat eine Frage des Lebens oder des Todes ihres Volkes ist, d. h. die Polen, wie auch diejenigen Staaten, in deren Interesse die Schaffung eines polnischen Staates mit eigener Dynastie und eigener Armee liegt.

Die Okkupationsbehörden tun in der Richtung, diese Verhältnisse zu schaffen, mancherlei. Dank ihrer vorausschauenden Politik entstehen in Warschau polnische Hochschulen, entwickeln sich die ersten Anfänge einer polnischen Gerichtsbarkeit, zwar noch schwach, aber auch von solchen Anfängen durften wir unter der russischen Herrschaft nicht träumen. Die großartige Feier des 3. Mai und Tausende von Vorträgen, die im Lande gehalten wurden, gestatten uns einen tieferen Atemzug und die Weckung der staatlichen Aspirationen in den Seelen der breiten Massen.

Die in letzter Zeit eingeführte Selbstverwaltung, bei der wir uns in eigner Sprache verständigen dürfen, in der auch der Vorsitzende des Gemeinderates sich nicht einer fremden Sprache zu bedienen braucht, ist ein neuer Beweis seitens der Okkupationsbehörden, daß es nicht ihr Bestreben ist, unser Land zu germanisieren und unsere staatlichen Aspirationen hintanzuhalten.

Infolge der Entstehung dieser polnischen Institute, infolge der verschiedenartigen Feiern nationaler Gedächtnistage werden unsere Forderungen stärker, und die Flügel erheben sich zum Fluge.

Auch wir unsererseits bemühen uns, entsprechende äußere Verhältnisse zum Wiederaufbau des polnischen Staates zu schaffen.

Zimmer mehr befestigt sich die Überzeugung, daß der Wiederaufbau unseres Staates namentlich während des gegenwärtigen Krieges nur mit Hilfe der Zentralstaaten möglich ist, und damit zugleich entsteht die Überzeugung, daß diese Hilfe nur dann erfolgen kann, wenn diese

Staaten zu der Überzeugung kommen, daß das polnische Volk nicht nur die Rückkehr des russischen Unterdrückers nicht wünscht, sondern bereit ist, sich gegen die östliche Flutwelle zu verteidigen. Wir verstehen es nämlich immer mehr, daß kein Staat an der Schaffung des polnischen Staates mitwirken kann, wenn dieser, wenn auch nur zu einem geringen Teil, den Wunsch merken lassen sollte, die Spitzen der Bajonette gegen diejenigen zu wenden, die Polen im eignen Interesse wiedererstehen lassen möchten.

Es ist uns bekannt, daß nicht nur die politischen Parteien, die sich um das nationale Zentralkomitee und um die Liga der Freunde des polnischen Staatswesens gruppieren, auf diesem Standpunkte stehen, sondern auch andere politische Gruppen, und daß sie diese Ansichten in verschiedener Weise verbreiten. Außerdem ist mit solchen Gedankengängen eine Reihe hervorragender einflußreicher sogen. parteiloser Personen, ja sogar sogen. neutraler Gruppen einverstanden, die jedoch aus angeblich taktischen Gründen ihre Überzeugung von der Notwendigkeit eines Anschlusses an die Zentralstaaten öffentlich nicht kundgeben; sie begnügen sich mit vertraulichen Gesprächen in ihrem eigenen Namen und nicht als Vertreter ihrer Gruppen.

Wir nähern uns also, wenn auch langsam, dem Verständnis der Situation. Wir wollen die Hoffnung hegen, daß jetzt in unserer Allgemeinheit Entscheidungen rascher fallen werden, die den Zweck haben, die Zurückhaltung und zwecklose Neutralität aufzugeben.

Zygmunt Makowiecki.

Aus Nr. 215 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 4. August 1916.

Ohne Demagogie.

Von einem Freunde unseres Blattes erhalten wir folgende Bemerkungen:

Im Gemeinderat sind große Worte gefallen. Zum ersten Male seit vielen Jahren hörten wir laut und offen ohne Vorbehalt das ausgesprochen, was ohne Zweifel das tiefste und wesentlichste Streben in der Seele jedes Polen, das Alpha und Omega des polnischen politischen Gedankens ist: das unabhängige Polen. Und ganz Polen, ohne Unterschied der sozialen und politischen Anschauungen wird einmütig unter dieses Banner treten. Dieses Ziel vermag alle auseinanderstrebenden Energien zu vereinigen, es wird alle Anstrengungen des nationalen Willens konzentrieren. Das wissen wir alle, und man darf nicht glauben, daß es unter uns böswillige Leute gibt, welche die Knechtschaft depraviert und anders denken gelehrt hat.

Von gewissen Seiten hörten wir die Befürchtung, der Gemeinderat könne sich von der ersten besten erhebenden politischen Stimmung hinreißen lassen und, anstatt den Weg der Organisierung der städtischen Wirtschaft zu betreten, auf die Bahnen der breiten politischen Tätigkeit begeben: „Hier handelt es sich nicht um eine Geringschätzung der laufenden politischen Aufgaben, sondern nur darum, daß sie nicht an unzuständiger Stelle und von einer unzuständigen Vertreterschaft erfüllt würden.“

Dieser Gedanke eher opportunistischen Charakters ist nicht einer gewissen Berechtigung beraubt. Der Gemeinderat kann in seinem gegenwärtigen Charakter und in seiner gegenwärtigen Gestalt weder das Sprachrohr der politischen Meinungen, noch also auch die Leitung des politischen Lebens der Nation sein. Der Gemeinderat gab in seinem solidariischen Auftreten und in seiner nationalen Kundgebung nur dem Gefühl Ausdruck, welches heute allgemein ist.

Und niemand zweifelt daran, daß jede andere soziale Organisation, die wir heute ins Leben rufen

würden, dasselbe täte. Die gemeinsame Erklärung haben viele politische Gruppen unterzeichnet.

Es sind dies heute nur politische Gruppen, welche weder ausgeprägte, der breiteren Allgemeinheit bekannte soziale politische Programme haben, die sich auf die breiten Massen stützen, Organisationen, die aus dem Charakter und Typus von Klubs nicht heraustreten. Bei dem Bau der Grundlagen einer realen ausgeprägten nationalen Politik müßte man sich an die ganze Nation wenden, und dann, wenn die ganze Nation sich erklärt hat, wenn sich die Bestrebungen und Bedürfnisse in sozialer und politischer Hinsicht in der Volksgesamtheit deutlich kristallisiert haben, können wir die Tat des Wiederaufbaus in Angriff nehmen. Fangen wir nicht mit der Demagogie an, denn sie kann nur zu einer morschen und unbeständigen Arbeit führen, zu einer Arbeit, welche einer tausendfachen Kritik und Unpopularität von vornherein ausgesetzt wäre. In dieser Beziehung haben wir schon bittere geschichtliche Erfahrungen. „Glück kann eine Nation emporrichten, sie aber bei einem dauernden Dasein zu erhalten, ist nur allein die Gerechtigkeit fähig.“ Dies sagt nach einer traurigen Erfahrung einer der Haupturheber des Aufstandes im Jahre 1794, Kollataj. Dieser tiefe Kenner seiner Nation hat es verstanden, daß nur eine auf das Verständnis und auf das ehrliche Eindringen in die wesentlichen Bedürfnisse und Wünsche der Volksgesamtheit gestützte Aktion imstande ist, ein dauerndes Werk zu schaffen. Dies ist das Testament der bankrotteten Demagogie. Die Demagogie vermag eine Bewegung zu erzeugen, sogar eine Revolution hervorzurufen, aber zu einem dauernden und positiven Ziele wird sie niemals führen.

Seien wir also gewissenhaft und gerecht, machen wir gründliche und dauernde Arbeit. Hinter uns stehe nicht die Partei, sondern die Nation. Seien wir der Ausdruck der dauernden und wirklichen Bestrebungen und Bedürfnisse der Nation, nehmen wir die große nationale Arbeit nicht in Angriff, ohne uns nach der ganzen Volksgesamtheit umzusehen, ohne Mandate von der Nation erhalten zu haben.

Aus Nr. 209 der Gazeta Poránna (Warschau)
vom 30. Juli 1916.

Das Herz ist gesund.

Warschau hat zahlreiche Anhänger, es fehlt ihm aber auch an Gegnern nicht. Die Gegner pflegen aber zugleich Kritiker zu sein. Aus ihrem Munde und in ihren Schriften werden gegen unsere Hauptstadt zahlreiche, manchmal bittere und recht schwere Vorwürfe und Beschuldigungen vorgebracht. Unter denselben findet man auch begründete, doch die unbegründeten sind der Zahl nach überwiegend. Warschau ist nicht ernst genug, sagen sie, Warschau ist leichtsinnig, kurzichtig, es hat keine entschiedene politische Haltung, es ist zu wenig patriotisch, ja es gibt solche, die behaupten, daß den Einwohnern von Warschau die patriotischen Gefühle gänzlich fehlen, denn sie werden den heiligsten nationalen Idealen untreu.

Solche und viele andere schwere Vorwürfe werden gegen Warschau von Kritikern erhoben, die in der Hauptstadt fortwährend politische Manifestationen veranstalten oder zur Abwechslung finstere Gesichter ihrer Einwohner sehen möchten, welche nach Ansicht der unberufenen Kritiker und Politiker sich von allem fernhalten, was den Kern der polnischen Politik in dieser entscheidenden Zeit bilden müßte. Trotz dieser Beschuldigungen, die gegen Warschau wegen des Mangels an patriotischen Gefühlen wegen der Gedankenlosigkeit erhoben werden, arbeitet unsere Hauptstadt in Ruhe und Sammlung um die schwersten Zeiten durchzuhalten und bessere zu erleben. Es tut dies ohne Pathos, ohne schauspielerische

Gesten, dennoch hat sich in ihm in einer ganz bestimmten Gestalt der neue Volkswille verkörpert. Wer Augen hat, um zu sehen, und einen scharfen, nicht abgestumpften Gehörsinn, um zu hören, der sieht und hört es.

Warschau verhält sich den Ereignissen gegenüber nicht passiv. Eine angestrengte Arbeit herrscht in demselben. Die Hauptstadt Polens denkt sowohl an die „zeitlichen“ Dinge, nämlich an die Versorgung breiter Volksmassen mit Lebensmitteln in dem kritischen Augenblick, als auch an das vergangene Leben des Volkes. Die in Warschau organisierte Tätigkeit, die Rettung und die Wirtschaft betreffend, gibt Zeugnis davon, daß es nicht nur zu „lachen“ und „den früheren Idealen zu entsagen“ versteht. Zwar sehen zahlreiche und unberufene Kritiker in dieser Wirtschaft zahlreiche Mängel, ja sogar schreiende Mißbräuche, es spricht jedoch durch sie kein guter Wille, sondern vielmehr Unkenntnis der Sachlage und zuweilen sogar beleidigter Ehrgeiz. Wenn der Weltsturm vorüber ist und wir die Bilanz unserer Bemühungen ziehen werden, so werden die polnische Gesellschaft und sogar die Fremden die furchtbare Arbeit nach Gebühr einschätzen können, die Warschau auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Selbsthilfe geleistet hat. Auch politische Initiativen sind Warschau nicht fremd. Nicht nur diejenigen, die sich mit politischen Angelegenheiten befassen, sondern auch die breiteren Volksmassen der Hauptstadt verstehen, daß die „alten Zeiten“ vorüber sind, der Vergangenheit anheimzufallen sind. Wenn auch die endgültige Entscheidung unseres Schicksals noch ein Geheimnis ist, so zweifeln wir doch nicht, daß unser ein neues Polen wartet, nicht nur in den Bedingungen seines Daseins radikal umgestaltet, sondern auch im inneren Zustande, in seiner Beschaffenheit und in seinem Charakter verändert, wiewohl an den alten Grundsätzen festhaltend und in seinen grundsätzlichen Unterlagen seines Wesens nicht verändert. Und diese Umgestaltungen gehen bereits vor sich. Sie sind oft unsichtbar, wir würden sie jedoch wahrnehmen, wenn wir einen tieferen Einblick in die polnischen Herzen tun würden, wenn wir die Anspannung der Energie der Rettungsversuche näher untersuchen wollten. Die früheren Ideale müssen neue Unterlagen zur Voraussetzung haben. Diese Fundamente werden nun vor allem gelegt, indem wir uns durch nichts abhalten lassen, unverdrossen vorwärts schreitend, ohne auf halbem Wege stehen zu bleiben. Hartnäckig und unaufhaltbar, wenn auch langsam, gehen wir vorwärts, um die große Sache der Wiedergeburt der Nation günstig zu Ende zu führen.

Dies alles wollen die geschworenen Kritiker Warschaus nicht sehen, die Streber und politischen Schreier, wiewohl sie weiter schauen und indem sie ihre Anerkennung für das geistige Gleichgewicht Warschaus nicht vorenthalten können. In betreff der soeben abgehaltenen Wahlen für den Stadtrat Warschaus schreibt der Lemberger „Kuryer Lwowski“ u. a.: „Warschau hat gezeigt, daß es versteht, im gegebenen Falle ein einziges, einigtes Lager zu bilden, ohne allzusehr die Parole der Einigkeit zur Schau zu tragen, ohne die Bedeutung der Macht unnützerweise zu betonen. Endlich hat es sich noch einmal gezeigt, daß Warschau sich nicht aller Politik begibt, daß es Abscheu empfindet, nur Lösungen auszugeben, welche den Mangel irgendwelcher Möglichkeit des wirklichen Handelns verraten, dagegen jede Lebensaufgabe, welche es erfüllen kann, auf sich nimmt und sie in einer alle Erwartung übertreffenden Weise durchführt. Das zeigt aber von der wirklichen politischen Reife unserer Hauptstadt, auf welche wir wahrlich stolz sein können, welche unter der alten schönen Parole „pro publico bono“ handelnd und im Notfalle die Einigkeit bewahrend, zweifellos auch in größeren Gefahren, wenn es dazu kommen sollte, sich zu helfen wissen wird.“ —

Solches Lob spendet der „Kurjer Lwowski“ dem nach der Meinung häuslicher Theoretiker „unpolitischen, nichtpatriotischen und gedankenlosen“ Warschau. Und wir wollen noch hinzufügen: Warschau wurde seit langer Zeit als das Herz Polens betrachtet. Und ein solches Herz bleibt es ferner, nur wird es besser arbeiten als früher. Heftige Bewegungen, welche gewisse Politiker und Kritiker von der Hauptstadt verlangen, sind in einem regelrecht arbeitenden Herzen ausgeschlossen. Warschau kann und wird kein krankes Herz sein.

Aus Nr. 174 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 3. August 1916.

Polen und der Krieg.

Petrikau, den 1. August.

Mit dem Falle Napoleons ist eigentlich der Verfall des imperialistischen Frankreich verbunden. Napoleon war nämlich, wenn auch nicht seiner Abstammung nach, so doch der Tat und der Idee nach, ein Erbe Ludwigs XIV. Nicht war es jedoch der mit englischer Hilfe auf den angestammten Thron zurückkehrende Ludwig XVIII. Und seitdem der Stern Frankreichs den Glanz des Bonaparte'schen Genius verloren hat, erschien auf dem westlichen Himmel Europas ohne jeden Rivalen der Stern Albions als Leitstern.

Zugleich mit diesem jedoch nahm im Osten Europas der Stern Rußlands den ersten Platz ein. Das Zarenreich trat, nachdem es Polen, dieses letzte Hindernis, das es von Westeuropa trennte, gestürzt hatte, sofort in die Rolle einer erstklassigen Großmacht ein und entschied im Verbande mit England über die Niederlage Napoleons.

Und es wurde zur geschichtlichen Notwendigkeit, daß, wer in Europa zu einer Macht heranwachsen würde, die nach überseeischen Kolonien griffe, in England einen Gegner finden mußte; wer aber sich um die Hegemonie zu Lande bemühte, mußte den Waffen Rußlands begegnen.

In diese Lage ist Deutschland gekommen.

Es ist durch die Talente seiner Staatsmänner, den Bienenfleiß seiner Bürger, den Organisationsgenius des Volkes und die ungewöhnlichen militärischen Fähigkeiten zu einem solchen Staate geworden.

Gewachsen ist es durch die Niederlage Österreichs im Jahre 1864, die Niederlage Frankreichs im Jahre 1870 und schließlich durch das glänzende Bündnis mit seinem früheren Antagonisten Österreich.

Aber Deutschland ist aus Preußen hervorgegangen. Und diese Tradition war der Leuchtfestern seiner Weltpolitik.

Der größte deutsche Staatsmann, Bismarck, war ein Preuze und ein Konservativer hinsichtlich der Geburt, der Überzeugung und der Idee, und deshalb hielten die letzteren mit den Ergebnissen seiner Taten nicht gleichen Schritt.

Indem er einen neuen Staatswert schuf, blieb er bei seinen alten Ansichten.

Er sah nicht die neuen politischen Notwendigkeiten, die neuen Aufgaben voraus, vor die Deutschland gestellt war.

Der Kanon seiner Begriffe war die preußische Staatsraison, während die Wirklichkeit und die rasch vorwärtseilende Zeit die deutsche Staatsraison hervorkehrten.

Bismarck sah den drohenden Konflikt mit England nicht voraus und erkannte die Notwendigkeit eines Konfliktes mit Rußland nicht an. Er war ein Gegner der kolonialen Expansion Deutschlands und des damit verbundenen Flottenprogramms. Er war der Ansicht, daß die türkische Frage „nicht die Knochen eines einzigen

pommerischen Grenadiers wert“ sei, und daß die Frage der Teilung Polens Deutschland mit Rußland durch das Band einer unsauberen Solidarität verbinde.

Die geschichtliche Entwicklung folgte jedoch nicht der Linie der Grundsätze Bismarcks. Das riesige Wachstum des deutschen Handels und Gewerbes rief die überseeische Expansion Deutschlands hervor und mobilisierte damit England gegen Deutschland. Die gleichartigen Interessen Deutschlands und Österreichs auf dem Balkan aber schufen die deutsch-russischen Gegensätze.

Bezüglich der englischen Gefahr bestand in Deutschland kein Zweifel, und zu einem Waffengange mit dieser Macht bereitete sich Deutschland wie auf eine Sache vor, der man nicht aus dem Wege gehen kann. Bezüglich Rußlands hingegen gab sich die deutsche Regierung lange einer Täuschung hin. Sie glaubte einfach nicht, daß bei dem Einfluß, den Deutschland am Zarenhofe hatte, es nicht möglich wäre, selbst die drohendsten Gefahren durch friedliche Vereinbarungen zu beseitigen. Und es ließ sich außerdem dadurch irreführen, daß Rußland seine Gedanken vollständig mit dem fernen Osten beschäftigte. Noch nach der russischen Niederlage im Kriege mit Japan hatten die Deutschen die Hoffnung, daß Rußland früher oder später ein Bündnis suchen werde — und daß auf diese Weise der Antagonismus Frankreichs eine Umgestaltung erfahren wird. Endlich schätzten die Deutschen Rußland nach dem japanischen Kriege und nach der Revolution als zu schwach ein, als daß es aktiv gegen sie auftreten könnte. Rußland war sich nach dem Kriege mit Japan darüber klar, daß der ferne Osten bei weitem kein so leichtes Feld der Eroberung sei, wie es vorher angenommen hatte, und es wandte seine Augen wieder nach dem früheren Gegenstande seiner Begehrlichkeit — Konstantinopel. In diesem Moment war der Weltkrieg eine beschlossene Sache. Rußland war sich dessen bewußt, daß es bei Beginn seiner Aktion auf dem Balkan den Weg des Krieges gegen Österreich betritt und infolgedessen den Brand des Weltkrieges hervorrufen muß.

Diese geheimen Absichten Rußlands durchdrang mit klarem Blick der Leiter der äußeren Angelegenheiten der Donaumonarchie, Graf Aehrenthal, und er beschloß, eine Entscheidung herbeizuführen, bevor Rußland auf den Krieg vorbereitet wäre. Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina führte jedoch die Krisis nicht herbei, weil Rußland auf den Krieg nicht vorbereitet war — und zweitens auch deshalb, weil Deutschland seinen ganzen Einfluß gebrauchte, um den Sturm zu beschwören.

Bald aber erkannten die Deutschen ihren Irrtum; der infolge der Initiative Rußlands begonnene Balkankrieg und die Mitbeteiligung der englischen Diplomaten an der russischen Aktion öffneten den deutschen Politikern die Augen. Den Rest hierfür bewirkten die fieberhaften, groß angelegten Rüstungen Rußlands.

Nach den offiziellen russischen Berechnungen sollte die russische Armee im Jahre 1917 auf die Zahl von 2 100 000 Soldaten des Friedensstandes gebracht werden, also alle Armeen der eventuellen Gegner zusammengekommen, übertreffen. Deutschland stand vor der Entscheidung: entweder seinen Bundesgenossen zu verlassen und für diesen Preis die zweifelhafte Hilfe Rußlands im Falle eines Waffenganges mit England zu erlangen, oder sich gemeinsam mit seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn dem Plan einer Hegemonie Rußlands auf dem Kontinente entgegenzustellen. Deutschland hat es aber begriffen, wie einsam und verlassen es nach der Trennung von Österreich-Ungarn auf dem Kontinente bleiben und in welche Abhängigkeit es von Rußland geraten würde. Es wählte demnach den Krieg mit Rußland. Nachdem Rußland durch Gutheißung des Mordes von Serajewo und durch

Aufreizung Serbiens zum Widerstande die österreichisch-ungarische Monarchie zur Kriegserklärung an Serbien genötigt hatte, erklärte Deutschland nach dem Grundsatz, daß die beste Parade der Hieb sei, am 1. August 1914 an Rußland den Krieg. Es begannen nun im Bündnis mit den Österreichern die Kämpfe mit England und Rußland und deren Bundesgenossen.

Die Theorien Bismarcks waren zerschmettert. Die preußische Staatsraison wich der deutschen. Und entgegen den Hoffnungen des „eisernen Kanzlers“ erhob sich die polnische Frage aus dem Grabe.

Unnötig und gefährlich für das frühere Preußen, wurde sie für Deutschland hochaktuell.

Die die Grenzen des Königreichs Polen überschreitenden österreichischen und deutschen Armeen erließen am 9. August 1914 eine Proklamation, in der wir unter anderem lasen:

„Polen!

Es naht der Augenblick Eurer Befreiung aus der russischen Sklaverei.

Wir kommen als Eure Freunde! Vertrauet uns! Wir bringen Euch Freiheit und Unabhängigkeit, für die Ihr so viel gelitten habt.“

Und wenn auch diese Proklamation nur ein den Staat nicht verpflichtender militärischer Akt war, und wenn auch der Reichskanzler später erklärte „daß die Zentralstaaten, als der Krieg begann, nicht die Absicht hatten, die polnische Frage aufzurollen“, — so haben doch die Kämpfe diese Frage, wie der Kanzler in der selben Erklärung konstatierte, wieder an die Tagesordnung gebracht und sie harret nun ihrer Lösung.

Wir können also trotz des Hungers und des Elends, trotz des Unheils, der Verwüstung, des Todes und der Wunden so vieler Söhne unseres Vaterlandes dem gewaltigen Unwetter nicht fluchen; denn infolge seiner Donnerschläge bekommt das Gebäude unserer Knechtschaft immer größere Risse.

Zwei Jahre des Krieges, zwei Jahre ungeheurer Opfer haben uns der Freiheit und der Wiedererstehung des Staates näher gebracht, als wir es noch vor kurzer Zeit zu hoffen gewagt hätten. Sie erreichten das, was wir in geduldigen Anstrengungen des Friedens vielleicht niemals erreicht hätten.

Wir sehen bereits den Saum eines polnischen Staates, gestützt durch die Tat der Legionen, und diese jetzt noch nicht zahlreiche, aber doch heldenhafte Armee, die dem Volke die Fahne des unsterblichen Glaubens voranträgt, zeigt den Augen der ganzen Welt das Banner der polnischen Ehre, Tapferkeit und des ungebeugten Willens, dem Genüge geschehen muß. Heute ist Warschau stolz darauf und damit das ganze Volk. Heute ist der Glaube immer allgemeiner geworden, daß wir schon in kurzer Zeit uns selbst — im eigenen Staate regieren werden — frei unter freien Völkern.

Es ist zu hoffen, daß die Zentralstaaten den Akt der Schaffung des polnischen Staates nicht hinauschieben und nicht den Fehler wiederholen werden, den Napoleon begangen hat, in dessen Rolle sie sich befinden, indem sie die selben Mächte gegen sich haben, wie er, nämlich England und Rußland.

Dieser große Krieg hat nämlich deutlicher als alle anderen Argumente erwiesen, daß Polen existieren muß, wenn Europa nicht dauernd unter der Gefahr des russischen Einfalls leben soll. Die Fehler der Weltgeschichte müssen berichtigt werden. Und um diese Berichtigung kämpft heute nicht mehr der Genius eines Einzelnen, sondern der Wille und der Genius von 100 Millionen Menschen Mitteleuropas; und was für eine Macht darin enthalten ist, das haben die Siege der 2 Jahre gezeigt und die gegenwärtige wirksame Verteidigung gegen neue, mit äußerster Wut ausgeführte Angriffe der Heere des Zaren.

Aus Nr. 395 des Goniec (Warschau)

vom 8. August 1916.

Unsere äußere Aktion.

Unter dieser Überschrift schreibt das Warschauer Blatt u. a. folgendes:

Seit der Zeit des Verlustes der Dynastie, der Regierung, der Wahlkönige hat die äußere Politik des Freistaates ihre Stetigkeit und Folgerichtigkeit eingebüßt. Es fehlte uns dieses einzige für die damaligen Zeiten wichtige Organ der äußeren Politik, das Organ, welches heute gemeinsam mit anderen arbeitet, aber als Faktor der äußeren Politik seine Bedeutung nicht eingebüßt hat. Der Mangel einer Dynastie war einer der Gründe des Niedergangs des Staates. Dies fühlte der vierjährige Reichstag und sodann ein Teil des polnischen politischen Gedankens in der Emigration vom Jahre 1832 bis 1848. Dies gab sich bisweilen in einer sogar absurden Form, z. B. in Form einer Propaganda des Königs in der Emigration fand. Aber dem wohnte ein gesunder Gedanke inne, das Bedürfnis eines monarchischen Regimes für das zukünftige Polen.

Wir erwarten sehnsuchtsvoll den Zeitpunkt, wo uns die verbündeten Großmächte einen König aus irgend einer regierenden Dynastie geben werden. Wenn dies vor dem Friedenskongreß geschehen wird, werden wir schon während des Kongresses als Staat sein Mitglied, sein unmittelbarer Teilnehmer sein. Dann wird die Stimme unserer Botschaft, unserer Regierung, als die Stimme Polens gelten, dann werden wir ein vielleicht noch schwach geschultes, aber ein normales Organ für die äußere Politik haben. Aber eine äußere Aktion ist im gegenwärtigen Augenblick unumgänglich notwendig zur Erreichung der von uns heute erstrebten Ziele. Eine solche Aktion war im Jahre 1831, im Jahre 1863 in weit größerem Maßstabe geführt, als sie heute von uns geführt wird.

Aus Nr. 177 des Dziennik Narodowy (Petrikau)

vom 6. August 1916.

Nach zwei Kriegsjahren.

Unter dieser Überschrift schreibt das Petrikauer Legionenblatt u. a. folgendes:

Die Teilnahme der Legionen am Kriege, der beständig wachsende Sieg ihrer Idee haben dem Lauf der Ereignisse einen wichtigen und unauslöschlichen Stempel aufgedrückt. Die polnische Frage wird das immer mehr vorherrschende Moment im Osten Europas, und die Idee eines auf die Mittelmächte gestützten unabhängigen polnischen Staates betritt triumphierend die Bahnen der Verwirklichung.

Und heute an der Reihe des zweiten Kriegsjahres stehen wir schon großen Umwandlungen in der Gestaltung der Verhältnisse nahe. Der Krieg hat nämlich den Mittelmächten bewiesen, daß Polen bestehen kann und seine staatliche Existenz zu verteidigen vermag.

Ein wie schlagfertiges und wertvolles Heer wir zu schaffen imstande sind, ein Heer, welche das unumgängliche Attribut des eigenen Staatswesens, der Exponent seiner Kraft und Verteidigungsfähigkeit ist, haben die heldenhaften Kämpfe der Legionen in einer Reihe von Kämpfen im Laufe der zwei Kriegsjahre — und kürzlich vielleicht am beweiskräftigsten in der Schlacht am Styr dargetan.

Eine Nation, welche solche Soldaten hat, welche soviel unerschrockenen Mut und soviel Aufopferung,

soviel Liebe zur vaterländischen Sache bei den Bürgern aufweist, daß sie unter den schwierigsten Verhältnissen im Kampfe um die bloße Hoffnung auf Freiheit in den Kampf zu gehen, Wunden und den Tod zu ertragen fähig sind, — eine solche Nation hat das Recht, gleich den anderen großen Nationen ein staatliches und freies Leben zu fristen.

Daß diesen Beweis unserer Kraft und unserer Rechte die Taten der Legionen mit blutigen Buchstaben auf die polnischen Fahnen eingetragen haben, das sollten und dürfen wir nicht vergessen.

Aus Nr. 399 des Goniec (Warschau)
vom 10. August 1916.

Beschlüsse des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens, einstimmig gefaßt in der Versammlung vom 5. August.

Erste Entschließung.

Die in der vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens in Warschau am 52. Jahrestage der Hinrichtung der Märtyrer der nationalen Sache und am ersten Jahrestage des Verlassens der Hauptstadt seitens der Russen einberufenen Versammlung Anwesenden entbieten den polnischen Legionen Ausdruck der Huldigung für ihre Heldentaten im Laufe der zwei Kriegsjahre des Weltkrieges.

Polnische Soldaten! Ihr habt die glänzende Überlieferung der Nation neu belebt. Ihr habt zu den Waffen gegriffen zum Kampfe mit dem moskowitzischen Eroberer, um der ganzen Welt zu beweisen, daß in Polen der Geist der Freiheit und der Geist des Heldennutzes nicht erloschen ist. Auf Eure Taten blicken und Euch segnen die Geister der für die Freiheit gefallenen Kämpfer. Ihr erfüllt ihr Testament, welches dem heutigen Polen überkommen ist. Und segnen wird Euch die Zukunft, eingedenk dessen, daß Ihr die ersten und glänzendsten Kadres des polnischen Heeres gebildet habt.

Ehre sei Euch und Ruhm!

Zweite Entschließung.

Die am 5. August 1916 an dem freudigen Jahrestage der Befreiung der Königsstadt Warschau und sodann eines bedeutenden Gebiets der polnischen Lande vom russischen Joch in der vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens einberufenen Versammlung Versammelten richten an den Organisationsausschuß dieses Klubs die Aufforderung, bei den österreichischen Behörden Schritte zu tun und auch die Unterstützung der deutschen Behörden zu erwirken hinsichtlich der Aufhebung der das Königreich Polen in zwei Okkupationsgebiete teilenden Demarkationslinie, welche für unsere staatschöpferische Aktion so schädlich ist.

Bevor aber ein Einvernehmen der Mittelmächte hinsichtlich der gänzlichen Beseitigung dieser Linie eintritt, wird der Organisationsausschuß des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens beauftragt, die Genehmigung zur Bildung von Nebenstellen des Klubs auch in dem österreichischen Okkupationsgebiet zu erwirken, und zwar zu dem Zwecke, uns die staatschöpferische Aktion zu erleichtern, die eine Wiederherstellung des polnischen Staates in einem politischen Bündnis mit den Mittelmächten erstrebt.

Aus Nr. 401 des Goniec (Warschau)
vom 11. August 1916.

Eine Erklärung der Anhänger eines polnischen Staatswesens.

Obgleich sich die Gruppe der Anhänger des polnischen Staatswesens mit der am Tage der Er-

öffnung des Gemeinderats der königlichen Hauptstadt Warschau abgegebenen allgemeinen Erklärung, die von unseren nationalen und staatlichen Aspirationen spricht, solidarisch erklärt, so geht sie doch von der Voraussetzung aus, daß die polnische Nation an dem Werke der eigenen Befreiung tätigen Anteil nehmen muß, daß sie damit neben diejenige Macht treten sollte, die aus ihrem Lande das hundertjährige moskowitzische Regime hinausgeworfen. Und darum will sie in dem Augenblick, wo zum ersten Mal die Stimme der gewählten Vertretung der Hauptstadt in der polnischen Frage erklingt, dem Streben, welches in unserer Nation immer mehr in die Erscheinung tritt, klaren und unzweideutigen Ausdruck verleihen.

Die siegreichen Heere der Mittelmächte haben im Kampf um die Interessen ihrer Staaten unseren Eroberer aus bedeutenden Gebieten der polnischen Lande hinausgeworfen und uns von dem russischen Joch befreit, der polnischen Nation dadurch eine wichtige denkwürdige Wohltat erweisend.

In Anbetracht dessen, daß nach dem Hinauswerfen unseres Feindes diese Staaten durch eine Reihe von Genehmigungen sowohl zur Schaffung neuer polnischen Vorposten, als auch zu festlichen Feiern, die unsere staatlichen Aspirationen erhöhen, bezeugen, daß sie trotz der beschwerlichen Verhältnisse des Kriegszustandes die Freiheit, die sie uns gebracht, indem sie aus unseren Landen Moskau hinauswerfen wollen, nicht vernichten wollen und grundsätzlich unsere Bestrebungen anerkennen; da überdies unsere Interessen und die der Mittelmächte im Bereiche der Gefahr vor dem östlichen Drang, der auch für sie, aber vor allem für uns eine Vernichtung bedeuten würde, gemeinsam sind, stehen wir ausdrücklich auf dem Standpunkt des Anschlusses an die Mittelmächte und an alle diejenigen, die gemeinsam mit ihnen die Macht Rußlands zerschmettern haben und, Gott gebe es, endgültig zerschmettern werden.

Wenn wir diesen Anschluß erklären, so verstehen wir ihn als ein politisches Bündnis zwischen dem polnischen Staat und den Mittelstaaten zur Verteidigung unserer gemeinsamen Interessen, zur Verteidigung der Grenzen des zukünftigen Gebiets des polnischen Staats gegen die rachsüchtige und unersättliche Eroberungssucht Moskaus.

Indem wir diesen Anschluß erklären und zu ihm die ganze polnische Allgemeinheit auffordern, wenden wir uns gleichzeitig offen und öffentlich an die Mittelmächte, deren siegreicher Krieg auch uns die Befreiung vom russischen Joch bringt, mit der Bitte, die polnische Frage noch während des gegenwärtigen Krieges auf die von dem politischen Verstand von beiden Seiten erwünschten Bahnen zu lenken, namentlich aber den polnischen Staat auszurufen, seine Wiederherstellung möglichst rasch in Angriff zu nehmen, damit dieser Staat zusammen mit den Mittelmächten schon gegenwärtig einen Damm gegen die östliche Flut werden könnte.

Wir fühlen in uns genug Kraft zu diesem Wiederaufbau, und wir wissen, daß die polnische Nation diesen kostbarsten nationalen Schatz, der ein eigener unabhängiger Staat ist, bis auf den letzten Mann wird verteidigen wollen und können.

Wir wissen, daß die polnische Nation entwicklungsfähig ist und daß sie verstehen wird, gleiche Rechte für alle Staatsbürger zu sichern, und daß sie die Notwendigkeit des Fortschritts und der Demokratisierung im weitesten und edelsten Sinne dieses Wortes verstehen wird.

Ein Bündnis mit den Mittelmächten ist der Weg zu einem rascheren Wiederaufbau eines eigenen unabhängigen polnischen Staats, zu einer eigenen Dynastie und zu einem polnischen Heere.

Ein unabhängiger polnischer Staat im Bunde mit den Mittelmächten, eine eigene Dynastie und ein starkes polnisches Heer — das ist das unmittelbare Ziel der Anstrengungen des polnischen Volks, das ist das Ziel, für dessen Erreichung wir zu allen Opfern an Hab und Gut bereit sind, sofern wir nach Ausübung des polnischen Staats von dem in diesem Kriege maßgebenden Faktoren die Möglichkeit erhalten werden, die in unseren auf das Wohl des Vaterlandes bedachten Seelen schlummernde Tatkraft zu gebrauchen und diese Tatkraft in die Tat umzusetzen.

Aus Nr. 393 des Goniec (Warschau)
vom 7. August 1916.

Vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens.

In seinem Bericht über den Verlauf einer Versammlung dieses Klubs anlässlich des Jahrestages der Befreiung Warschaws vom russischen Joch schreibt der Warschauer „Goniec“ u. a. folgendes:

Herr L. Holowko hielt eine herzliche Ansprache und bedauerte, daß die Polen sich der Hochschulen und der Selbstverwaltung erfreuten, Feiern veranstalteten und sich entwickelten, indem sie sich politisch organisierten und aufklärten, dies alles aber nur deshalb möglich sei, weil diese unsere Freiheiten die Mauer der stählernen Brüste der deutschen und ungarischen Soldaten schütze... Und wo befinden sich — fragt er — die Polen?

Man muß die Untätigkeit aufgeben und zum Kampfe mit Rußland, zur Verteidigung der eigenen Freiheiten und Territorien ein eigenes Heer schaffen und die Mauer der stählernen Soldaten an der Front durch die polnische Tapferkeit vergrößern.....

Aus Nr. 216 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 6. August 1916.

Im Anschluß an die Wiedergabe des Leitartikels der Deutschen Warschauer Zeitung anlässlich des Jahrestages der Einnahme Warschaws, in welchem auf die Bedeutung der Befreiung der Stadt Warschau und der polnischen Lande für Deutschland und für Polen hingewiesen wird, bemerkt der „Kurjer Warszawski“ folgendes:

„In der polnischen Volksgesamtheit werden die Worte von der beginnenden Wiedergeburt unseres nationalen Lebens gebührenden Widerhall finden, denn stark ist in uns der Glaube, daß die nationale Geschichte in der gegenwärtigen Zeit den Weg der Befriedigung der vollsten nationalpolitischen Bestrebungen, die in der Erlangung einer unabhängigen staatlichen Existenz zum Ausdruck kommen, betreten hat. Das verstossene Jahr, welches durch die Gründung einer Reihe hervorragender Kulturinstitute, wie die Hochschulen und den Volksschulverein „Macierz“, sowie durch Verwaltungseinrichtungen, wie die Warschauer Selbstverwaltung gekennzeichnet wird, werden wir im dauernden Andenken bewahren, denn es ist das Datum einer neuen Richtung auf diesen Gebieten der nationalen Arbeit und der nationalen Existenz.“

Aus Nr. 220 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 10. August 1916.

Die polnische Presse zum 5. August.

Wir geben nachstehend eine Anzahl Äußerungen der Polnischen Presse wieder, die sich mit der Bedeutung des 5. August befassen:

„Nowa Gazeta“ vom 5. August.

Warschau vom Jahre 1914 und Warschau vom heutigen Tage... Sind das zwei Städte? Ist die eine untergegangen, die andere aber wie ein Phönix aus der Asche erstanden? Es könnte scheinen, als lebte jetzt ein anderes Geschlecht, als sei eine lange Reihe von Jahren dahingegangen, als seien andere Menschen gekommen und mit ihnen andere Lösungen...

Hatte Warschau auf die vornehmsten Rechte der Nation wirklich verzichtet? In seinem Namen verkündeten in moralischer Rechtlosigkeit geübte Elemente, daß die Hauptstadt Polens... nein, wir werden diese Erinnerungen nicht wieder wecken. Was die Hauptstadt ist, was sie denkt und fühlt, das sagt sie heute, wo sie reden kann. Damals hatten nur die aller schlechtesten Menschen das Recht, zu reden. Heute ehrt die Stadt das Andenken der Helden des Aufstandes. Sie segnet ihre Taten und verflucht zugleich den Henker und Bedrücker, der die besten Söhne des Vaterlandes mordete. Und was wird der Moskauer Satrap denken, der den Mut hatte, zu sagen, der Traum unserer Väter und Großväter sei ein Polen unter dem Joch der russischen Jaren gewesen, was wird er denken, wenn die Kunde zu ihm dringt, daß Warschau das Andenken Traugutts, Zulinskis, Jezioranskis, Krajewskis und Toczyńskis ehrt?... Und der Satrap wird eine Lüge ersinnen. Denn er hat seine Erobererrolle nicht aufgegeben, er ist sich gleichgeblieben. Dann wird Warschau ihm schon antworten: Ich glaube nicht. Und es wird ihm das Kreuz zeigen dort, wo der Galgen gestanden hat.

*

„Nowa Gazeta“ vom 5. August.

In der Nacht vom 4. auf den 5. August verfloßenen Jahres verließen die letzten russischen Truppen Warschau. Vorher waren die Behörden geflohen. Ihre letzte Spur fast war die militärische Zensurbehörde, die noch die Gesinnungstüchtigkeit der Morgenausgaben für den 5. August überwachen sollte. Sie verschwand abends vom Schauplatz, in Angst, die begonnene Arbeit hinwerfend. Das war wie ein Symbol der endlich gelösten russischen Fesseln, die ein Jahrhundert lang den polnischen Geist bedrückt hatten. Die Nacht befreite unsere Hauptstadt von Truppen und Rosakentum, und das Getöse der einstürzenden Brücken war der Verkünder einer neuen Ära. Die Moskowiter waren schon über der Weichsel. Nur Praga beschossen sie noch, den Rückzug deckend. Dieses Jahr war für die Polen ein Jahr schwerer Prüfungen und Opfer, die noch nicht zu Ende sind. Aber es brachte auch zum Leben soviel neue Elemente, soviel Begeisterung und Hoffnung und Glauben, daß es die nationale Atmosphäre durch und durch verwandelte. Wir leben schon unter dem kräftigen Zeichen der geistigen Unabhängigkeit und der ihrer Wiedergeburt entgegenstehenden politischen Unabhängigkeit. Wir haben aufgehört, uns als Sklaven zu fühlen. Der Wille zur Tat ist erwacht. Die Anfänge sind bereits da und deutlich sichtbar geworden: in der Universität, im Stadtrat, in den großen Erinnerungsfeiern, in der schöpferischen Arbeit des Wiederaufbaues, in unserem Heldentum und unserem Leiden.

Von neuem zeigte sich die Fähigkeit zur Organisation durch ein freies Volk, zugleich wurden auch grundsätzliche politische Forderungen offenbar. Die ganze Spannkraft eines unter normalen Bedingungen lebenden Volkes lebte wieder auf.

... O, daß dieses Jahr der Veränderungen in unserem ganzen inneren Aufbau, das mit großen Hoffnungen schließt, zur Schwelle einer Zeitepoche werden möge, in der das Ende des Krieges sich mit dem Ende aller Leiden Polens und mit der Morgenröte seiner dauernden Wiederaufrichtung vereinigt.

„Goniec Wieczorny“ vom 5. August.

hebt unter der Überschrift „Zwei Jahrestage“ die Bedeutung des 5. August für Warschau hervor. Dieser Artikel betont, daß die Erinnerung an die Unterdrückung insbesondere deshalb wertvoll sei, da sie das Gefühl der Rache hervorrufe und zur Tat auffordere. Der Artikel fährt dann wörtlich fort: „An den toten Traugutt knüpfen sich unsere Erinnerungen, denn dieser Traugutt ist trotz seines Todes lebendiger, als die heutigen Geschlechter, welche durch das Getöse der großen Ereignisse betäubt und für sie physisch und physisch nicht genügend vorbereitet sind.“

Wenn unser Geschlecht ein anderes wäre, so hätten wir seit dem 5. August vorigen Jahres zu leben angefangen. Dieser Tag würde eine Erinnerung an unsere Tat bilden. Wir würden auf die Befreiung Warschaus von den Moskowitern stolz sein, wenn unsere Anteilnahme an diesem großen geschichtlichen Ereignis in Erscheinung getreten wäre. Das unterirdische Polen, das seit 100 Jahren Opfer gebracht hat und von dessen Schicksal die Mauern der Warschauer Zitadelle erzählen konnten, war jedoch in diesem Kriege kein strategischer Faktor, der über den Sieg entschieden hätte. Nicht wir, sondern die Zentralmächte, insbesondere die Deutschen, haben die Moskowiter aus unserem Lande herausgeworfen und Warschau befreit. Mit der Befreiung des Landes von der russischen Knechtschaft sind wir von dem politischen Tode, von dem nationalen Verfall und von der russischen Demoralisation erlöst worden. Wir sehen klar, wie viele und welche Schwierigkeiten die Lösung der polnischen Frage und die Errichtung eines polnischen Staates bietet, und deshalb bemühen wir uns, eine möglichst große Aktivität der polnischen Nation hervorzurufen und aus ihr staatschöpferische Fähigkeiten hervorzuholen.

Warschau ist der Sammelpunkt unseres nationalen Bewußtseins und das Organ, welches auf das ganze Land seinen Einfluß ausübt. Seine politische Vergiftung und damit die Vergiftung des polnischen Gedankens und die Äußerung dieser Vergiftung haben sich sehr deutlich vor dem 5. August gezeigt. Gesegnet sei die Waffe, die die für uns unerläßliche Operation der Beseitigung des russischen Polypen aus dem Hirn des Landes vollbrachte.“

„Goniec“ vom 6. August

bringt folgenden Aufruf der Anhänger des polnischen Staatswesens:

„Landsleute!“ Am heutigen Tage feiern wir zwei Jahrestage: am 5. August 1864 hat der Moskauer Tyrann fünf treue Söhne des Vaterlandes, mit dem Anführer des Aufstandes, Romuald Traugutt an der Spitze, hingerichtet; an dem selben Tage im Jahre 1915 mußten die Moskowiter Warschau verlassen.

Indem wir das Andenken der Helden des Aufstandes ehren, segnen wir gleichzeitig den Augenblick, an dem der Erzfeind den Boden Polens verlassen mußte. Denn dieser Augenblick wurde zum Verkünder unserer Erlösung nach hundertjähriger Knechtschaft.

Polen kann nur ohne den Moskowiter leben und sich entwickeln. Nur ohne ihn und gegen seinen Willen kann es seine bessere Zukunft bauen.

Diesenigen, deren Andenken wir heute die tiefgefühlteste Huldigung darbringen, haben mit der größten Aufopferung und dem größten Heldentum gegen Rußland gekämpft.

Durchdrungen von dem selben Glauben, stimmen wir ihren Taten mit Geist und Herz bei. Wir werden das von ihnen dem Volke hinterlassene erhabene Testament vollstrecken, wenn wir uns jetzt, während des Krieges, mit möglichst großen eigenen Kräften an dem Kriege gegen Rußland beteiligen und

das Werk der Wiederaufrichtung des Polnischen Reiches beginnen.

Ehre den Helden des Aufstandes!

Es lebe das unabhängige Polnische Reich!

Die selbe Zeitung bringt unter dem Titel „Nationale Feiern und Erinnerungen“ folgenden Artikel:

Unsere Geschichte nach der Teilung ist an beredten Daten reich, die im Gedächtnis der gebildeten Allgemeinheit lebendig bleiben; sie konnten jedoch, da sie bis zum letzten Jahre keinen äußeren Ausdruck finden durften, nicht in dauernden Zeichen der öffentlichen Huldigung überliefert werden. Auch ist es verständlich und natürlich, daß, nachdem die moskowitische Herrschaft aus unserem Lande vertrieben wurde, in der polnischen Seele das lange zurückgehaltene Bedürfnis wach wurde, unsere großen, wenn auch traurigen Jahrestage und seine Helden zu ehren, die durch ihren zähen Kampf und Märtyrertod den Ihrigen und den Fremden einprägten, daß Polen lebt, daß es auf die Rechte und Pflichten eines historischen Volkes nicht verzichtet hat.

Wir wollen, daß die breiten Massen den Inhalt und die Bedeutung der großen Jahrestage kennen lernen. Endlich wünschen wir, daß in der Hauptstadt und im ganzen Lande an den Stellen, welche mit dem Kampfe und der Leidensgeschichte nach der Teilung, mit dem Leben ihrer hervorragenden Persönlichkeiten verknüpft sind, sichtbare Zeichen angebracht werden, damit die folgenden Geschlechter belehrt werden und ihrer gedenken.

Bevor an den geheiligten Orten prächtige Denkmäler errichtet werden, soll nach jeder Nationalfeier ein bescheidenes Andenken bleiben, welches einen kleinen Beitrag dazu liefern wird, daß der Stadt ein ihr eigentümliches historisches Gepräge verliehen wird. Dieses wurde auf eine barbarische Weise verwischt, jetzt aber muß es zur Geltung kommen und äußere Formen für sich gewinnen.

Unsere Tradition mit allen Jahrestagen und allen teuren Namen zeigt uns, wer unser geschichtlicher Feind ist, gegen wen sich unsere nationale Wiedergeburt richten muß. Die ungewöhnliche Einmütigkeit unserer nationalen Tradition im Laufe der letzten hundertfünfzig Jahre läßt keine andere Deutung zu. Man kann diese Tradition nur ablehnen, fälschen oder absichtlich niedertreten.

Leider fehlte es, während des letzten Jahrzehnts nicht an Versuchen, mit der nationalen Tradition vollständig zu brechen, an Versuchen, sie mit ehrlosen Verleumdungen zu vergiften, die umso gefährlicher waren, weil sie auf die unaufgeklärten Schichten berechnet waren, die sich nur mit dem Instinkt gegen das Gift wehren können.

Der Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch hat angesichts der ganzen Welt unsere nationale Tradition brutal mit Füßen getreten, indem er in seinem berühmten Aufrufe sagte, daß die „Versöhnung mit dem großen Rußland“ und „die Vereinigung der polnischen Länder unter dem Zepher des russischen Zaren“ der Traum unserer Väter war. Das war für ein Volk mit einer Geschichte eine schwere Beleidigung — desto schlimmer, wenn das Volk sich nicht so empfunden hat, wie es hätte der Fall sein müssen, wenn es jene „Versöhnung“ nicht entschieden und unzweideutig zurückwies.

Um unser nationales Bewußtsein gesund zu machen, muß man das, was das Beste in unserer Tradition war, stärken und beleben. Mögen die Feiern dazu beitragen.

„Przeglond Poranny“ vom 5. August:

Heute ist es ein Jahr her, daß die deutschen Truppen in Warschau einrückten.

Wie Warschau dieses Jahr verlebt hat, das wird ein unparteiischer Geschichtsschreiber zu seiner Zeit getreu beschreiben, heute kann man nur sagen, daß es ein ungewöhnliches Jahr war, voller Erschütterungen und Aufregungen, deren Ende noch nicht eingetreten ist. Wann es eintreten wird, — wissen wir noch nicht.

Vorläufig bringen wir die wichtigeren Ereignisse des vergangenen Jahres in Erinnerung.

Zuerst sind die russischen Aufschriften von den Straßen Warschaus verschwunden (irgendwelche andere an deren Stelle anzubringen, wurde nicht befohlen), Warschau hat so nach außen sein polnisches Aussehen wiedergewonnen. Da sich gleich nach dem Einrücken der deutschen Truppen alles im früheren Bürgerkomitee konzentrierte, hat Warschau auch nach innen einen rein polnischen Charakter erhalten.

In der Folge wurden auf den verschiedenen Gebieten des Lebens unserer Stadt Reformen eingeführt, bis die Verhältnisse die Gestalt annahmen, unter welchen wir gegenwärtig leben.

Die unbeschränkte Freiheit der Äußerung patriotischer Gefühle kam während des vergangenen Jahre zum ersten Male in der öffentlichen Ehrung des Andenkens an den Novemberaufstand zum Ausdruck (bei der Kundgebung am Grabe Sowinski in Wola) dann im öffentlichen Gedächtnis des Jahrestages des Januaraufstandes (die Aufstellung eines eisernen Kreuzes auf dem Grabe der fünf Gefallenen), in dem herrlichen Festzuge am Jahrestage der Konstitution vom 3. Mai, in der Ehrung der Helden des Jahres 1831 auf den Feldern Grochows, schließlich in der heutigen Gedächtnisfeier des Jahrestages der Hinrichtung Traugutts und seiner Gefährten. In allen diesen Feiern kam unser Streben nach Unabhängigkeit und der innigste Wunsch, die Fesseln anzuschütteln, zum Ausdruck.

Auch durch die Aufführung patriotischer Stücke konnten wir unsere Gefühle offenbaren. Wir haben im Laufe des vergangenen Jahres fast alle früher verbotenen Stücke auf der Bühne sehen können.

Wir haben auf Versammlungen laut und öffentlich unsere Ansprüche auf die Freiheit des Volkes und die Unabhängigkeit Polens geltend gemacht, wofür uns früher Einkerkierung drohte.

Von realen Bedürfnissen hat Warschau am meisten auf dem Gebiete der Volksaufklärung erreicht. Auch die polnische Universität und das polnische Polytechnikum, die Mazierz Szkolna (der polnische Schulverein) wurden wieder ins Leben gerufen, die Volks- und Mittelschulen wurden vollständig polonisiert, die Aufklärungstätigkeit im polnischen Geiste wurde nicht gehemmt.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat Warschau den Stadtrat erhalten. — Das alles wurde im Laufe eines Jahres ins Leben gerufen, auch eine gemäßigte sozialistische Tätigkeit konnte sich während dieser Zeit entwickeln, und man konnte ohne Beschränkung von den kulturellen Errungenschaften des Westens Gebrauch machen.

Alles das hätte sich prachtvoll entwickelt, wenn sich dem nicht Mängel materieller Natur entgegengestellt hätten: die ungeheure Teuerung und die nie dagewesene Not unter dem größten Teil der Bevölkerung Warschaus. Aber der Gedanke, daß die Träume Polens endlich in Erfüllung gehen werden, hält alle aufrecht.

Aus Nr. 390 des Goniec (Warschau)

vom 5. August 1916.

Zwei Jahrestage.

Unter dieser Überschrift bespricht das Warschauer Blatt zunächst den Jahrestag der Hinrichtung der letzten Mitglieder der polnischen Nationalregierung im

Jahre 1864, geht dann auf die Einnahme Warschaus durch die deutschen Truppen am 5. August 1915 über und fährt fort:

Nicht wir, sondern die Mittelmächte, namentlich Deutschland haben die Moskowiter aus unserem Lande hinausgeworfen, Warschau befreit.

Durch die Tatsache der Befreiung des Landes vom russischen Joch wurden wir von dem politischen Lode, von der nationalen Zerkung, von der russischen Demoralisation erlöst.

Wir sehen klar, wie viele und welche Schwierigkeiten sich vor der Lösung der polnischen Frage, vor der Gründung eines polnischen Staates aufstürmen, daher wollen wir eine möglichst große Aktivität der polnischen Nation erzeugen, aus ihr die staatschöpferischen Fähigkeiten herauszuholen. Wenn wir unsere Ziele nicht teilweise erreichen werden, wenn die für uns weniger günstigen Kombinationen nicht fernbleiben und sich verwirklichen werden, wird unser Verlust dem gleichkommen, das wir Günstigeres und das Erreichen konnten, was unser Anteil werden wird. Aber stets wird die Vertreibung der Russen aus Warschau die Rettung unseres nationalen Lebens sein.

Warschau ist das Sammelbecken unseres Nationalbewußtseins und das Organ, auf das ganze Land einzuwirken. Seine politische Vergiftung ist die Vergiftung des polnischen Gedankens und die Erscheinungen dieser Vergiftung traten vor dem 5. August 1915 sehr stark hervor.

Gesegnet seien die Waffen, die die für uns unentgeltliche Operation vollzogen haben, die darin besteht, daß aus dem Gehirn des Landes der russische Polyp entfernt worden ist.

Aus Nr. 366 der Nowa Gazeta (Warschau)

vom 6. August 1916.

Große Jahrestage.

Unter dieser Überschrift schreibt das Warschauer Blatt anläßlich des Jahrestages der Hinrichtung des Mitgliedes der polnischen Nationalregierung im Jahre 1863 und der Einnahme Warschaus durch die Deutschen u. a. folgendes:

Zwei Jahre sind verflossen, die durch eine ganze Reihe von Heldentaten gekennzeichnet sind. Indes war im ersten Jahre des Krieges bis zum 15. August 1915 Warschau noch betört durch die Politik der Moskowiter und durch das Versöhnungsprogramm der Dmowski-Partei, überdies erdrückt durch die eisernen Ringe und Jangen des Kriegszustandes.

Der Tag des 5. August 1915 der Tag der Befreiung von Rußland, dessen erster Jahrestag gestern verflossen ist, war eine neue Etappe. Aber die politischen Ereignisse vollzogen sich so, daß man das nationale Dasein aus der Verwirrung der beiden mit einander kämpfenden Strömungen nicht befreien konnte. Heute endlich triumphiert eine einzige Strömung. Vor einer Reihe von Tagen trug sie einen glänzenden Sieg in der Erklärung des Gemeinderats davon, — gestern sprach sie mit ganzer Kraft bei der Feier am Fuße der Zitadelle —. Die polnische Idee hat die versöhnliche Orientationen unwiderruflich verdrängt. Der Ruf „Es lebe Polen“ betäubte und stieß in den Abgrund die Grabessehnsucht der Rückkehr zu einer Verbindung mit Rußland.

Die einzige starke, im Rahmen dieser Jahrestage in Polen herrschende Idee ist die staatlich schöpferische Idee, die Idee der Freiheit und nationalen Selbstständigkeit. Entwickelt haben sie und der realen Existenz einverleibt die geschichtlichen Ereignisse, indem sie die Anschauungen der ihrer Aufgaben sich bewußten politischen Gruppen befestigten, daß das Streben der

ganzen Nation ein unabhängiges Polen mit einem eigenen König und mit einem eigenen Heere ist.

Aus Nr. 217 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 7. August 1916.

Die Gedenkfeier des 5. August 1864.

In Ergänzung unseres Berichts vom Sonnabend bringen wir in gedrängter und zusammenfassender Darstellung die dabei gehaltenen Reden.

Die Ansprache des Geistlichen
Gajorowski.

(Gefürzt).

„Wir haben uns hier am Fuße der Zitadelle versammelt, nicht um schwungvolle Reden zu halten, sondern um nach 50 Jahren diejenigen zu ehren, deren Körper für unseren Glauben und unser Vaterland am Galgen hingen. Der moskowitzische Schismatiker haßte uns, und deshalb mordete er schmächtig die letzten Mitglieder der Nationalen Regierung mit Romuald Traugutt an der Spitze. Auch heute, ebenso wie damals, sind die Volksmassen hierher gekommen, um die würdigen Männer zu ehren, die nicht umsonst ihr Blut vergossen haben, und um zu befunden, daß sie ebenfalls wie jene ihr Vaterland lieben und die Freiheit und Unabhängigkeit wünschen. Seht euch dieses Kreuzifix an! Da hängt der Erlöser der Welt am Kreuze, und wenn auch die Dornenkrone sein Haupt umgibt, so ist er doch auferstanden. So wird auch unser Polen, wenn auch bedrängt, gewiß auferstehen; denn so will es die göttliche Gerechtigkeit.

Bereinigen wir uns im Geiste am Grabe unserer Helden, halten wir aus in Eintracht und christlicher Liebe, streben wir nach dem Ideal, und die Gerechtigkeit wird es zulassen, daß wir uns frei im unabhängigen Polen wiedersehen werden.“

Rede des Dr. Joseph Brudziński.

„Vor einem halben Jahrhundert hat man an dieser Stelle ein Verbrechen begangen. Die Überwindung des Gegners — wenn auch mit überlegenen Kräften — im Kampfe ist das Schicksal in der Geschichte der Völker, aber die Geschichte lehrt, daß nur derjenige Sieger dauernd die Früchte seines Sieges genießt, der dem Besiegten gegenüber Edelmütigkeit beweist. Aber den im Kampfe unterlegenen schwächeren Gegner in seinen höchsten Vertretern zu schänden, wie es am 5. August 1864 unter Benutzung des ganzen offiziellen Staatsapparates geschehen ist, ist ein Verbrechen, das durch die Geschichte gerächt wird. Und heute sind wir Zeugen der Gerechtigkeit des weltgeschichtlichen Urteils, das seltsamerweise an dem selben Tage vollzogen wurde, an dem das Verbrechen verübt wurde, gewissermaßen den Feinden zum Zeichen und den Opfern zur Hoffnung, daß Gott war und ist. Du Tag, der nur für immer in der Geschichte Polens ein dauerndes Andenken behalten wirst, tragischer Tag der Hinrichtung der Märtyrer der nationalen Sache, freudiger Tag des Hinweggehens des Tyrannen, du freudiger und tragischer Tag zugleich! Denn der Tyrann hat zugleich in seinen Reihen Tausende unserer Brüder weggeführt und Tausende von Wehrlosen, unsere Väter, Mütter und Kinder in die Fremde vertrieben. Und das Herz Polens wurde zerrissen, und es blutet doppelt aus Angst um das Schicksal derer, die man hinweggeführt hat. Aber Gott, der ein so wunderbares Zeichen an diesem Tage gegeben hat, wacht und wird das Unrecht an denjenigen nicht zulassen, die man beim Schein der Feuersbrünste und der Vernichtung zum Verlassen des heimatischen Bodens

gezwungen hat. Gebe Gott, daß sie gesund und unverfehrt zurückkehren, aber nach einem freien Polen.

Und wir, die wir hier zur Wahrung unserer nationalen Rechte zurückgeblieben sind, müssen vertrauensvoll daran denken, daß es unsere Pflicht ist, am Aufbau Polens zu arbeiten, wie es unsere nationale Tradition fordert, wie es unser Meister an dem unvergessenen Tag der nationalen Feier am 5. Nov. 1905 gesagt hat: „Polnisches Volk, du sollst durch deine Arbeit dein geliebtes Haus wiederaufbauen, das man dir zur Zeit der Niederlage zerstört hat, und über das Tor eine Inschrift anbringen, die in den Herzen von uns allen gemeißelt ist.“ Und was ist in Euren Herzen gemeißelt, Ihr alle hier Versammelten, Arme und Reiche, Gelehrte und schlichte Männer, Ihr Mütter entfernter Söhne, Ihr Schwestern entfernter Brüder? Was steht in Euren Herzen, wenn Ihr mit Euch selbst und Gott Zwiesprache haltet? Ich lese in Euren Herzen nur den einen Wunsch, — Glück für Euch und Eure Kinder in einem Polen, das für alle eine Mutter sein könnte, in einem freien und unabhängigen Polen. Um es so zu erhalten, ist es nicht genug zu wünschen; man muß kräftig wollen und an den Stahl der Tat klopfen. Ein Volk, das frei sein will, wird und muß frei werden. Frei wollten diejenigen sein, die mit Kosciuszko gingen, diejenigen, die auf dem Schlachtfelde von Grochowo mit eigener Brust unsere geliebte Residenz verteidigten, die im Jahre 1863 gefallen sind und diejenigen, die diese Tragödie überlebt haben, und diejenigen, die heute im Kampfe um die Unabhängigkeit ihr unbezahlbares polnisches Blut vergießen. Sie alle ehrt heute die königliche Residenz, die alles in Erinnerung hat und dankbar zu sein versteht. Dankbarkeit erweist Warschau an diesem Kreuze, das zu unseren Feinden spricht: „Möge Gott Euch verzeihen, denn wir können die Menge des uns zugefügten Unrechts nicht verzeihen.“ Es erweist sie denjenigen, die als Vertreter von Millionen für Millionen die Qualen gelitten haben. Dankbarkeit und Ehrfurcht erweist es dem ehrenvollen Andenken Romuald Traugutts, der durch des Henkers Hand hier gefallen ist mit dem Ausruf: „Polen ist nicht verloren. Es lebe Polen!“

Auszug aus der Rede des W. Makowski.

„Ein Bild der dauernden Gegenüberstellung der Kulturen, Bestrebungen und des nationalen Geistes Polens und Rußlands ist ihre Geschichte.

Das Verhältnis Polens zu Rußland hat treffender größte russische Dichter Puschkine in einem Gedichte dargestellt:

„Soll der treue Russe oder der schlichte Lechite in dem ungleichen Kampfe siegen? Werden die slawischen Bäche sich im russischen Meere vereinigen, oder wird dieses anstrocknen?“ Es kommt der Tag der Antwort.

Wir besitzen den Augenblick und haben uns selbst zu sagen, ob wir zu dem schlichten Volke gehören, das zum Verschwinden im russischen Meere verurteilt ist!

Oder haben wir in uns die stählerne, schöpferische Kraft, die aus dem Feuer des Weltbrandes den Funken des wiedererstandenen polnischen Staates, die unauslöschliche Flamme des großen, unabhängigen Polen zu retten vermag, des unabhängigen Polen, an dessen Felsen die kühnen Wellen des russischen Meeres zerschellen werden? . . .“

Bruchstücke aus der Rede des Abgeordneten J. Daszynski:

Als Abgeordneter des Krakauer Landes und der Stadt Krakau, als einer der Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung in Galizien vereinige ich heute meine Stimme mit den Stimmen der Unabhängigkeitsbewegung.

Seit ein Vierteljahrhundert fühlt sich diese Bewegung als Erbin des bewaffneten Kampfes vom Jahre 1863, dessen Führer auf den Glacis des polnischen Golgatha den Heldentod erlitten haben. In den Katastrophen des polnischen Lebens haben wir ein Vierteljahrhundert die polnischen Waffen geschmiedet, die uns einst das Recht zur Freiheit, Einigkeit und zu einem solchen Dasein erkämpfen sollten, das uns die Möglichkeit der Entwicklung, wie sie eines zivilisierten Volkes würdig ist, gewähren kann.

Als das unterirdische Warschau — und welche polnische Bewegung mußte unter der Regierung des Zaren nicht unterirdisch sein — seine Häupter jenseits der Grenzen bergen mußte, war Krakau, die Hauptstadt Galiziens, der Zufluchtsort für einige Generationen der polnischen Kämpfer. Wir schlossen mit gleicher Liebe die grauen Häupter der Veteranen des Aufstandes, wie auch die wirren Locken unserer Warschauer Studenten an unser Herz. Der Bildungsverbreiter, wie auch der revolutionäre Arbeiter aus dem Königreich fand bei uns in Krakau Zuflucht, wenn es ihm nur gelungen war, in dunkler Nacht den Grenzgürtel zu passieren.

Heute ist ein Jahr seit der Flucht der Russen aus Warschau vergangen. In diesem Jahr sind wir Zeugen der prächtigen Wiedergeburt der Organisation der polnischen Massen, die durch so viele Generationen durch den asiatischen Despotismus gemartert wurden.

In dem bedrängten Lande, hineingeworfen in den Strudel des Weltkrieges, sehen wir eine wahrhaft zaubernde Erscheinung.

Das durch Parteien zerrissene Volk hat sich geeinigt; scheinbar gedankenlose Kreise beleben sich an dem größten Gedanken, der vor der Allgemeinheit erscheinen kann: dem Gedanken an den Bau des eigenen Staates, den wir eigentlich seit beinahe zwei Jahrhunderten nicht mehr haben.

Von der Entscheidung über unser Geschick abgeschnitten, entsagen wir auch nicht einem einzigen unserer fundamentalen Rechte und lehren uns und andere diese Rechte achten und mit ihnen rechnen. Vielleicht wird uns die große Zeit der vielleicht letzten Stunde auf dem einzigen Gebiete bereit finden, das uns geblieben ist; in unserem eigenen Volke.

Der Veteran vom Jahre 1863, Herr W. Zapalowski, sprach davon, daß man mit den Klauen die Freiheit verteidigen müsse, erzählte, wie man in der Warschauer Zitadelle ganze polnische Generationen ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts mordete. Für alle diese Leiden wird die Unabhängigkeit Polens der Lohn sein.

Fr. S. Mojszewska erinnerte in ihrer Ansprache an die prophetischen Worte von Raphael Krajewski, daß die „Galgen sich in ein Kreuz verwandeln werden.“

H. Alexander Zawadzki rief alle zum Kampfe fähigen auf, in den Kampf gegen Rußland einzutreten.

Es sprachen auch, wie wir schon gestern bemerkten, die H. Bieliski, M. Starzynska, Smiarowski, Barlicki, L. Zielinski, M. Downarowicz, A. Debzki, Radlicki, Szpotanski und Paschaliski. Diese Ansprachen berührten im allgemeinen drei Punkte.

Sie behandelten den Antagonismus zwischen Polen und Rußland, wiesen darauf hin, daß zwischen den langjährigen Traditionen der russischen Politik und Polen eine unermessliche Kluft vorhanden war und betonten, daß der polnische Staat nur durch eine Befreiung Rußlands entstehen könne.

Ein zweites Thema war der Aufstand von 1863 im allgemeinen und der 5. August 1864 in besonderen, sowie die Bedeutung der gegenwärtigen Feier.

Ein drittes Thema war die Warschauer Zitadelle als Symbol der russischen Übermacht im Polen, ihre Geschichte und ihre Rolle im Leben des polnischen Volkes.

Aus Nr. 216 a der Godzina Polski (Warschau)
vom 5. August 1916.

Zwei Daten.

Es gibt eine eigentliche Symbolik der Daten.

Sie setzen sich manchmal zu einer geheimnisvollen Kette zusammen, in der auch der nüchternste Geist einen tiefen und deutlichen Rhythmus und eine Harmonie erblicken muß, die durch den Vielklang des Lebens nicht verwischt werden kann.

Am 5. August 1864 wurden am Fuße der Zitadelle, dort wo heute als Symbol des Andenkens und der Dankbarkeit der Nachkommen ein stilles Kreuz errichtet worden ist, die Mitglieder der letzten Nationalregierung in Polen: Romuald Traugott, Johann und Josef Jezioranski, Raphael Krajewski, Josef Toczyski und Roman Zulinski auf Anordnung des Zaren hingerichtet.

Dieser blutige Flecken, wie ein Siegel an dem steilen Ufer der Weichsel, bezeichnete rund ein halbes Jahrhundert der nationalen Sklaverei, der Unterdrückung und Erniedrigung, die die Seele zusammenzucken ließ. Im Herzen aber wuchs der Haß —, zwar verborgen, unterdrückt, aber unverjählich und bis heute unerloschen.

Alles, was im Volke fühlte und mit erhobener Stirn die grauen Wolken des menschlichen Mährchens überragte, stellte sich zu dem ungleichen Kampfe mit dem Eroberer, und jede Generation legte auf diesem Altar des Blutes und der Tränen das kostbarste Opfer ihrer eigenen Söhne nieder.

Ein Jahrhundert lang kämpfte der Geist des Volkes gegen die Übermacht und triumphierte in diesem Kampfe stets, da er nicht einen Augenblick den Glauben an den endgültigen Sieg, wenn auch erst jenseits des Grabes der ganzen Generation, verlor.

Und endlich schlug wieder auf der geschichtlichen Weltuhr die Stunde Polens, und ihr erster Klang war wieder der 5. August, so wie jener vor einem halben Jahrhundert der letzte Moment der Dämmerung war, dem eine lange Nacht des Märtyrertums und immer schrecklichere Sklaverei folgte. Dieser Ton muß für uns der Verkünder der Morgenröte sein, der dem leidenden Volke die Verwirklichung seiner heißesten Wünsche und die Wiederherstellung des selbständigen Lebens bringen wird. Es was uns nicht vergönnt, daß unsere eigenen Arme die Tat der Befreiung vollbrachten, sondern erst unter dem Druck der siegreichen Heere der Zentralmächte zogen sich die Armeen der Muschiks zurück und die Macht des Zarentums scheiterte an der Mauer der deutschen Disziplin und der bürgerlichen Aufopferung. Aber unser Werk, unsere Sorge und unsere Aufgabe muß es sein, die vollendete Tatsache geschickt auszunutzen, daß wir aufrichtig und ehrlich die Schwierigkeiten mit dem Bundesgenossen teilen, den uns der Verlauf der geschichtlichen Ereignisse und die Gestaltung der politischen Bedingungen brachte, damit wir bei dem schweren Kampfe um den endgültigen Sieg, wenn auch nicht in der Front selbst, so doch hinter derselben dem Bundesgenossen einen sicheren Stützpunkt schaffen und diejenige Aufopferung für eine große Zukunft zeigen, von der uns ein erhebendes Beispiel das Vaterland unserer Verbündeten gibt.

Dieses Verhältnis ist nicht etwa ein Verkauf der Seelen oder der vaterländischen Kräfte; denn ein Volk, das die ganze Hölle der Sklaverei durchgemacht hat, kennt diese zu gut und muß, ehe es die Hand aus-

streckt, das Mißtrauen bei sich selbst bekämpfen, das es durch die bisherige Behandlung seitens des Unterdrückers gelernt hat. Aber nachdem es seine Kraft freigemacht, wird es zugleich mit dem Wachstum seiner Rechte die Würde des freien Landes annehmen, das die freiwilligen Bündnisse schätzt und ehrt, da es im Bewußtsein des eigenen Interesses versteht ihm zu dienen und es wirksam zu verteidigen.

Nur der blinde Ignorant oder der durch den nichtswürdigen Antrieß des gemeinsten Egoismus gefesselte Spekulant kann es lestreiten, daß die Regierung des weißen Zaren für uns nicht das Grab unserer nationalen Wünsche und Träume war, ein Grab, dem wir glücklich entronnen sind, aber nicht deshalb, um uns etwa danach wieder zu sehnen.

Es ist heute keine Zeit zu besonderen Abmachungen und biegsamen Verlausulierungen, die übrigens selbst die Logik und kühle Überlegung als unerwünscht erscheinen lassen. Erst muß man siegen, erst muß man die vollendete Tatsache mit Drahtverhau umgeben, mit Schanzen besfestigen, erst in der Seele des Volkes den harten Stahl des einheitlichen und unbeugsamen Willens schmieden — und erst dann wird ein freies Polen geboren werden.

Aus Nr. 212 des Nowy Kurjer Łódzki (Łódz)
vom 5. August 1916.

Unsere Bilanz.

Unter dieser Überschrift schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Im Zeitpunkt der allgemeinen Berechnungen und Zusammenstellungen ist es von Bedeutung, daß auch unser Volk eine Bilanz der erlittenen Verluste und der Errungenschaften in den zwei Jahren des europäischen Krieges aufstellt. Es ist interessant, zu untersuchen, ob die polnische Frage als solche in dem Weltkriege gewonnen oder eine Niederlage erlitten hat.

Bei der Zusammenstellung der Verluste und Gewinne werden wir natürlich die elementaren Opfer, die mit dem Kriege verbunden sind, übergehen, da sie eine notwendige Bedingung der militärischen Aktion darstellen. Zwar war die Entstehung dieses ungeheuren Ungewitters, das alles auf seinem Wege zertrümmerte und vernichtete, nicht von uns abhängig; aber gerade deshalb müssen wir die Konsequenzen unserer Schwäche tragen.

Indem wir die polnische Bilanz aufstellen, werden wir, ebenso wie die Presse der kriegsführenden Länder, nur die Verluste und Gewinne von politischem Charakter in Betracht ziehen.

Wenn wir den Stand der Angelegenheit mit dem Zustand am 1. August 1914 vergleichen, so fällt uns vor allem die Tatsache auf, daß jetzt die polnische Frage als solche existiert, während vor dem Kriege davon nichts zu hören war. Es gab zwar eine lokale polnische Frage für Großpolen, aber dies war eine deutsche Angelegenheit, in Galizien eine österreichische, im Königreich, Litauen und Weißrußland eine russische. Eine allgemeine polnische Frage, als Ganzes aufgefaßt, gab es im Grunde genommen garnicht.

Erst mit Beginn des Krieges kam die polnische Frage allmählich aus dem Dunkel der Gruft, in der man sie beigesetzt hatte, wieder ans Tageslicht. Jeder Tag des neuen Krieges, jede Schlacht und jedes Gefecht erhob die polnische Frage immer höher und brachte sie zu einer immer höheren Bedeutung.

Machen wir eine chronologische Zusammenstellung aller Tatsachen, die den Fortschritt der polnischen Sache vor dem europäischen Forum versinnlichen.

Im Augenblick des Ausbruchs des deutsch-russischen und österreichisch-russischen Krieges erinnerte sich das amtliche Rußland, das bis dahin nur das

„Weichselland“ und die „Untertanen katholischen Bekenntnisses“ kannte, an die Polen und, indem es auf ihre Gutmütigkeit und Naivität rechnete, rief es dieselben zum Kampfe um das „geeinigte“ Polen auf.

Es fängt an, Rußland mit Polen zu liebäugeln. Beim Donner der Geschütze vor Warschau gibt es dem Königreich eine Parodie der Selbstverwaltung. Endlich ein Jahr später verläßt es eiligst die Hauptstadt, der einst durch eigene Hand zerstörten polnischen Republik und befreit dann auch den Rest des Königreichs von seinem ungebundenen Dasein.

Das war ein Wendepunkt in der Entwicklung der polnischen Frage. Nun beginnt eine Reihe von Tatsachen, die unser politisches und kulturelles Leben von Grund aus umgestalten.

In Warschau entsteht die Universität und das Polytechnikum, der aus Wahlen hervorgehende Gemeinderat, der Schulverein „Macierz szkólna“ erhebt sich wie ein Phönix aus der Asche, und es entstehen Turnvereine, die die traditionellen Beziehungen zu dem durch die russische Regierung verbotenen „Sokol“ anknüpfen.

Aber die wichtigste Bedeutung der Befreiung Warschaus und des Königreichs von den russischen Heeren beruht darin, daß mit dem Augenblick, da der letzte russische Soldat die Grenze des Königreichs überschritten hat, die polnische Frage aufhörte, eine innerpolitische Frage zu sein und international wurde.

Und wenn Rußland noch so sehr und noch so oft versichern sollte, daß die polnische Frage eine innere russische Frage sei, so ist doch die polnische Frage eine polnische im vollen Sinne dieses Wortes geworden.

Und das ist der wichtigste Posten auf Seiten der Aktiva unserer Bilanz. Er beweist, daß in politischer Beziehung das polnische Volk im europäischen Kriege einen Sieg errungen hat.

Möge uns dies mit Zuversicht erfüllen. Wir können hoffnungsvoll in die Zukunft schauen.

St. Len.

Aus Nr. 179 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 8. August 1916.

Am Jahrestage der Befreiung Warschaus.

Unter der vorstehenden Spitzmarke schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Am 5. August war ein Jahr verflossen seit der Zeit, in welcher die deutschen Heere Warschau eingenommen hatten. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde alsdann ganz Polen aus dem russischen Joche befreit.

Die russische Knechtschaft hörte auf. Gott sei Dank, daß es so gekommen ist. Das russische System in Polen hielt sich an die Losung: „divide et impera“. Es trachtete zielbewußt darnach, die Volksgesamtheit zu zerlegen, verfolgte die katholische Kirche und unterstützte allerlei Sekten, wie z. B. die Mariawiten. Mit den Bauern tat es schön und mobilisierte sie gegen den Adel und die größeren Besitzer. Die Intelligenz des Volkes verfolgte es. Den Städten wurde eine Selbstverwaltung nicht gegeben, um ihre Einflüsse nicht zu vergrößern. Auf diese Weise suchte es die Gesamtheit hinsichtlich der Intelligenz arm zu machen. Die Juden wurden aus Rußland vertrieben und nach Polen gesandt, um durch die Ansiedlung der jüdischen Frage in der polnischen Volksgesamtheit Unruhe zu machen. Das Schulwesen in Rußland wurde nicht verbessert, in Polen suchte man der Aufklärung durch allerlei Mittel Hindernisse in den Weg zu legen. Die Industrialisierung des Landes wurde nur insoweit zugelassen, als es Rußland Nutzen brachte.

Durch Schmiergelder und durch die Bestechlichkeit der Beamten wurde die moralische Auffassung der

Gesamtheit und ihre moralische Gesundheit geschwächt. Das russische System würde Polen in eine ebensolche geistige und moralische Knechtschaft bringen, wie es das Land in eine physische gebracht hat.

Das alles hat nun aufgehört, und die Einnahme Warschaus durch das deutsche Heer war ein sichtbares Zeichen des Endes der russischen Knechtschaft über Polen.

Der Krieg dauert noch fort. Die Aufmerksamkeit der Zentralmächte, namentlich die Deutschlands, konzentriert sich auf den Krieg. Alle anderen Sachen müssen sich natürlich den Bedürfnissen des Krieges unterordnen. Es ist daher nicht an der Zeit, unter solchen Umständen an die Mittelmächte das Verlangen zu stellen, daß sie sich in dem für die Polen erforderlichen Maße mit der Regulierung der polnischen Frage befassen sollten. Auch in der Verwaltung der polnischen Lande durch die beiden Mittelmächte sind und muß es Mängel geben.

Wer aber mit gerechtem Auge in Warschau und im Lande Umschau hält und sich vergegenwärtigt, was im Laufe eines Kriegsjahres für Polen geleistet worden ist, der muß den guten Willen, das Wohlwollen und die Energie der deutschen und österreichischen Verwaltung anerkennen.

Durch Verordnung vom 15. Juli 1915 wurde 21 Städten die Selbstverwaltung gegeben, und vor wenigen Wochen wurde sie auch Warschau verliehen. Am 22. Januar 1916 erhielten die größeren Gemeinden die Gemeindeordnung. Obgleich der Kriegszustand zu gewissen provisorischen Änderungen dieser Gesetze zwang, so ist es doch Grundsatz derselben, den Städten und Dörfern eigene Verwaltung zu geben und unter den Bürgern Selbständigkeit und Pflichtgefühl zu verbreiten.

Das Schulwesen stützt sich auf das Prinzip der Nationalität. Es gibt polnische Schulen für Polen, deutsche Schulen für Deutsche und jüdische Schulen für Juden. Es gibt Elementarschulen, Mädchen- und Knaben-Gymnasien, Handels- und Gewerbeschulen, und Warschau hat Universität und Politechnikum. Die polnische Sprache genießt überall volle Freiheit, von oben bis unten. Der von den Russen aufgelöste Schulverein wurde wieder ins Leben gerufen, und er hilft bei der Gründung und Erhaltung polnischer Schulen.

Das untere Gerichtswesen ist überall polnisch; das höhere Gerichtswesen dagegen ist in Ermangelung polnischer Richter und infolge der politischen Verhältnisse noch nicht einheitlich polnisch, soweit es sich um die Richter selbst handelt. Und in dieser Beziehung bessern sich die Verhältnisse immer mehr zu Gunsten der Polen.

Die inneren Verhältnisse im Lande erfahren eine immer bessere Regelung. Verwüstete Dörfer und Städte blühen wieder auf. Die Okkupationsregierung erleichtert den Aufbau. In der Wüste von Sochaczew ersteht neues Leben. Eisenbahnen und zahlreiche Chaussees werden gebaut. In den zu russischen Zeiten unsauberen Städten ist Sauberkeit eingeführt. Für die Gesundheit des Landes sind zahlreiche und vortreffliche Einrichtungen getroffen worden. Die Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist musterhaft. Alle Kohlengruben des Industriebezirks sind im Betriebe. Die Textil- und Eisenindustrie ist nur zum kleinen Teile im Betriebe, weil es an Rohstoffen mangelt. Die Arbeiter dieser Industriezweige haben zahlreich in Deutschland Beschäftigung gefunden.

Wenn die durch die Einwohner mit Hilfe der Soldaten vorbereitete Ernte in die Scheune kommt, wird sich die Not der Bevölkerung verringern. Die schlimmsten Zeiten sind in dieser Beziehung vorüber.

Die katholische Kirche hat volle Freiheit. Die Okkupationsbehörden steen den Bedürfnissen der Geistlichkeit und der Gläubigen mit besonderem Wohlwollen gegenüber.

Das Polentum kann sich nach außen hin ohne Schwierigkeiten zeigen. Die große Feier der Konstitution vom 3. Mai war der beste Beweis hierfür.

In den letzten Wochen hat sich mit Genehmigung des Warschauer Generalgouverneurs ein politischer Klub polnischer Staatsanhänger gegründet, dessen Ziel ein selbständiger polnischer Staat ist.

Welche Änderung im Laufe eines Jahres! Die polnische Nation beginnt neu aufzuleben. Ein Leben, wie es ihr Gott bestimmt hat und wie es ihr gehört. Nach der größten Mühsal hat ihr Gott die schönste Hoffnung gegeben. Sie war zum Tode verurteilt, — und Gott hat dies Urteil abgeändert in ein Gebot des freien Lebens.

Am Jahrestage der Befreiung Warschaus muß man sich dies vergegenwärtigen. Es darf dabei nicht vergessen werden, wenn man nicht ungerecht und undankbar sein will, daß die Siege der Zentralmächte dies alles zuwege gebracht haben, und daß die deutsche und die österreichische Regierung Polen die Freiheit gegeben.

Sie führen nicht den Krieg, um Polen wieder zu errichten, sondern um sich zu verteidigen — das ist die Wahrheit. Das vermindert aber durchaus nicht unsere Dankbarkeit gegen sie. Sie konnten die Freiheit geben und auch nicht — sie haben sie aber gegeben, und sie werden sie in solchem Maße geben, daß Polen sich in den Reihen der Weltstaaten als Staat wieder finden wird. In der Anlehnung an die Zentralmächte liegt die Zukunft Polens.

Aus Nr. 395 des Czas (Kraſau)

vom 7. August 1916.

Der Jahrestag der Einnahme von Warschau.

Ein Jahr ist seit der Verdrängung der Russen aus Warschau vergangen, und seit dieser Zeit brachte beinahe jeder Tag den Beweis, was für einen kräftigen Pulsschlag das polnische Leben in unserer alten Hauptstadt aufweist trotz der in der Geschichte der zivilisierten Welt unerhörten Unterdrückung, trotz der systematischen Unterdrückung der Aufklärung durch die russische Regierung, trotz des zersetzenden Einflusses der russischen Verwaltung, der jedes Mittel recht war, um die polnische Gesamtheit zu demoralisieren, zu zerschlagen und zu schwächen. Es waren dies jedoch vergebliche Bemühungen, und sobald der künstlich aufgestrichene russische Firnis abging, sobald die Gesamtheit die Möglichkeit der freien sozialen und Bildungsarbeit erlangte, schritt der Prozeß des Wiederaufbaues der von den Russen unterdrückten Institute und Einrichtungen ein so schnelles Tempo und erreichte so erstaunliche Resultate, daß selbst die voreingenommensten Leute es anerkennen mußten, daß die langjährige Unterdrückung nicht imstande war, die Fähigkeit der politischen Entwicklung und der Selbstverwaltung in der polnischen Gesamtheit zu erdrücken. Dieser Beweis, so glänzend durch Warschau erbracht, ist eine ernste Errungenschaft für unsere Zukunft, und seine Durchführung war um so schwieriger, als die durch die Okkupation bedingten Verhältnisse nicht immer der durch die Warschauer Intelligenz unternommenen Arbeit günstig waren, und die uns übelgesinnten Politiker und Publizisten beobachteten genau jeden Schritt und warteten mit Ungebuld auf irgend einen Fehler oder auf eine nicht angebrachte Tat. Es kam jedoch weder ein Fehler, noch irgendeine unangebrachte Tat, sondern es zeigte sich die moralische Kraft des Volkes, und die organisatorische Geschicklichkeit und verständige Solidarität der allgemeinen kam zum Vorschein. Dafür gebührt Warschau der Aufrichtige Dank aller polnischen Landesteile, deren Aufmerksam-

keit immer auf die alte Hauptstadt gerichtet ist und die von dort die große Parole erwarten, die uns zu gemeinsamem Ziele vereinigen soll.

Aus Nr. 390 der Nowa Reforma (Krakau)

vom 5. August 1916.

Der erste Jahrestag.

Heute ist ein Jahr vergangen, da Warschau und damit ganz Polen den Wendepunkt seiner geschichtlichen Entwicklung überschritten hat. Der schlimmste und grausamste Unterdrücker Polens hat das Herz Polens, das er jahrzehntelang unbarmherzig bedrückte und zerriß, aus der kraftlosen Klaue freigelassen. Die Moskowiter haben vor einem Jahre Warschau verlassen. Zum Abschiede sprengten sie die Brücken in die Luft, überschütteten von Praga aus mit einem Kugelregen das königliche Schloß und verschwanden weit hinter dem östlichen Horizonte.

Und von Westen her kam eine neue siegreiche, mächtige, unbeugsame und in ihrer Unbeugsamkeit fast schreckliche Macht. Warschau kannte das, was es in östlicher Richtung verließ, nicht aber das, was von Westen kam. Und wenn es dies kannte, oder wenn es ihm so vorkam, als wenn es so wäre, dann war diese Kenntnis ebenso ungenau wie — unangenehm.

Alle entscheidenden Momente im Leben sind schwer. Aber der Moment, den Warschau vor einem Jahre erlebte, war besonders schwer. Alles war wie mit einem besonderen Raffinement zurechtgelegt und vorbedacht, um die moralische Kraft Warschaus zu erproben, um ihm das große Examen zu erschweren, zu dem es durch den Verlauf der geschichtlichen Ereignisse gezwungen wurde. Und heute, nach einem Jahre, kann man bereits von dem Erfolge dieses bezüglich seiner raffinierten Schwierigkeit beispiellosen Examins sprechen. Warschau hat es bestanden. „Magna“, oder „summa cum laude“, darüber werden andere entscheiden, vielleicht erst zukünftige Generationen, die zugleich mit den Früchten unserer Opfer und Anstrengungen das ehrenvolle Privileg einer unparteiischen Beurteilung erhalten. Für heute genügt die Tatsache, daß Warschau dieses Examen bestanden hat.

Auf dem Gebiete der Organisierung des Lebens, des sich Zurechtfindens und Einrichtens in neuen Situationen ist es direkt glänzend ausgefallen. Die einziehenden Heere fanden bereits einen öffentlichen Sicherheitsdienst vor, der sich von vornherein als so gut erwies, daß die neuen auf das Recht des Schwertes gestützten Machthaber der Stadt denselben ohne Änderungen und Verbesserungen ohne weiteres anerkannten. Und außer dieser ersten und grundlegenden Funktion der elementaren Ordnung und Sicherheit zeigte sich sofort die Befähigung der Stadt zu einer Reihe von neuzeitlichen Organisationen des Lebens. Wir haben sie noch zu sehr im Gedächtnis, als daß eine Aufzählung derselben nötig wäre.

Die materielle Seite der Probleme, die der große Moment in der Geschichte vor Warschau stellte, löste es mit einer Schnelligkeit und Geschicklichkeit, die ungeteilte Anerkennung erweckt. Anders war es mit der geistigen — hier mit der politischen Seite der Probleme. Hier erwies sich das Tempo, die Logik und die Intensität der Gesamtarbeit als viel geringer. Ist es eine Schuld Warschaus? Überhaupt dürfte von irgend einer und irgend jemandes Schuld keine Rede sein. Aus dem Gebiete der Erscheinungen des Gesamtlebens, auf dem Gebiete der Gesamtinitiative und der Gesamtverantwortung müßte der Begriff der „Schuld“ überhaupt verbannt sein. Hier kann man nur den Ursachen, aber nicht der Schuld nachgehen.

Also liegt die Ursache in Warschau, des Warschau, wie es aus der Umklammerung des moskowitischen

Armes freigelassen worden ist? Unzweifelhaft liegt ein Teil der Ursache auch in Warschau selbst. Zu groß war nämlich die Umwälzung, die es erfuhr, allzu verwickelte und unerwartete Umstände begleiteten sie, als daß Warschau plötzlich sich selbst auf dem neuen Gebiete der politischen Orientierung hätte finden können. Man kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß man sich unter analogen Verhältnissen keine andere Gruppe von Menschen denken kann, die sich zu etwas mehr aufgerafft hätten, als es Warschau in diesem Zeitraum getan hat.

Trotzdem mußte man, als dieser erste Zeitraum sich in die Länge zog und der beispiellose Verlauf des geschichtlichen Geschehens zur Eile antrieb, daran erinnern, daß Warschau — zu lange schweigt. Diese Erinnerung ging nicht aus der Verkenntung der objektiven Ursachen dieses Schweigens hervor, sondern aus der tiefen Überzeugung von der unumgänglichen Notwendigkeit der Überwindung dieser Ursachen, obwohl diese Aufgabe sehr schwer war. Von Warschau zu verlangen, daß es sein politisches Schweigen breche, hieß von ihm Heroismus verlangen. Aber die polnische Sache ist nun einmal derart, daß sie in allen ihren Stadien unzweifelhaft den Heroismus des Kopfes und den Heroismus des Gewissens und die größte Anstrengung des Geistes und die Energie der Tat verlangt.

Und das Leben hat diesem Verlangen recht gegeben. Bald brachte es der rasche Strom des neuen Lebens dahin, wo man nicht mehr schweigen konnte. Und dann sprach es durch die Gedenkfeier des 3. Mai, sprach so, wie es der Hauptstadt und dem Herzen Polens geziemte. Es sprach mächtig. Und das laute, harmonische, nationale: „Hier bin ich!“, das Warschau an diesem Tage sprach, bildet den zweiten Wendepunkt, den entscheidenden Punkt der zum eigentlichen Ausdruck der ewigen Gefühle zurückkehrenden Linie.

Seit dieser Zeit sprach niemand mehr von dem Schweigen Warschaus. Es schweigt nunmehr ganz und gar nicht, sondern spricht, atmet mit beiden Lungen, denkt mit dem ganzen Hirn und erzittert mit dem ganzen Herzen entsprechend der Vibration der geschichtlichen Wellen, die es gleich elektrischen Strömen von riesiger Spannung durchfließen.

In dem Zustande der großen und freudigen Erregung, im Zustande der Erregung des Lebens, das nach seinem vollen Ausdruck sucht, begehrt Warschau heute den ersten Jahrestag des in seiner Geschichte größten Wendepunkts. Und mit seinen Gefühlen vereinigt sich ganz Polen, das ebenso wie Warschau von dem Glauben an eine bessere nationale Zukunft durchdrungen ist, einem Glauben, dem hinsichtlich der Kraft nur die Größe unserer heutigen Bedrängnis gleichkommt.

Aus Nr. 3049 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)

vom 5. August 1916.

Zum Jahrestage der Einnahme Warschaus

schreibt das Lemberger Blatt u. a. folgendes:

Heut ist ein Jahr der deutschen Verwaltung in Warschau verflossen, ein Jahr seit jenem unbergeßlichen Zeitpunkt, als die letzten Kohorten der Krieger des Zaren aufgelöst hinter die Weichsel wichen und die siegreichen Heere des bayerischen Prinzen Leopold die Stadt Warschau einnahmen. Vieles hat sich im Laufe dieses Jahres geändert, viele Umwandlungen haben sich in den Anschauungen, Methoden und Intentionen vollzogen. Der Wahlspruch „umlernen“, der da predigte, daß sich Deutschland den Verhältnissen des ganzen Lebens anpassen und sich an die neue, durch den Krieg geschaffene Lage gewöhnen möchte, hat auch auf dem Boden des Königreichs Polens lebhaft Anwendung gefunden und findet sie noch. Es ist ein

Jahr des deutschen Regimes im Königreich Polen verfloßen, und es scheint, daß es die Deutschen mit einem Komplex von Verhältnissen bekannt gemacht hat, unter denen man sich mit Polen verständigen kann. Wir sind seit kurzem Zeugen einer sich langsam vorbereitenden Revision der polnisch-deutschen Beziehungen, deren erste Früchte die Hauptstadt Polen schon jetzt erntet, indem sie sich im Besitze der wiederhergestellten Universität, des Gemeinderats und einer Gemeinde-Selbstverwaltung befindet und die Erinnerung an die großen nationalen Kundgebungen am Jahrestage der Maiverfassung und der Schlacht bei Grochow hinter sich hat.

Und da so in Warschau „incipit vita nova“, so tritt in ganz Europa der Imperativ der polnischen Frage immer mehr in die Erscheinung. Er stützt sich nicht nur allein auf die Fundamente, an deren Dauer wir längst verzweifelt sind, er entspringt nicht allein idealen Voraussetzungen von der geschichtlichen Gerechtigkeit, sondern er wächst aus der breiten Plattform der gemeinsamen Interessen üppig empor....

Immer augenscheinlicher und immer dringender wird mit jedem Tage die Notwendigkeit der Lösung des polnischen Problems. Es gibt wohl im ganzen Gebiet der Mittelmächte nicht einen Politiker und nicht eine Partei, welche diese dringende Notwendigkeit in dieser oder jener Form nicht versteht. Sofort als nur die mächtige Konzeption des zukünftigen Blocks der mitteleuropäischen Staaten, welcher mit einer gemeinsamen Idee das Wirtschaftsgebiet von Antwerpen bis Bagdad vereinigte, aufkam, wurde bald wahrgenommen, daß sich in diesem Block ein ernster Riß und eine ernste Lücke befindet, die man ausfüllen und befestigen müsse, daß ein geschlossenes Bestehen dieses Blocks und seiner Zukunft von der Regelung der polnischen Frage abhängt. Das, was früher als eine großmütige Regung erscheinen konnte oder was man einen Akt geschichtlicher Gerechtigkeit nannte, ist heute etwas ungleich Vitaleres und Praktischeres: es betrifft nämlich alle Kreise des Interesses des zukünftigen Mitteleuropas....

Aus Nr. 72 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 13. August 1916.

Endlich „tätige Bemühungen“.

Das Hauptorgan der Posener Nationaldemokratie ist endlich zu der Überzeugung gekommen, daß die Stellung, die das Königreich bisher eingenommen hat, die Grundlage für die weitere polnische Politik bilden wird, eine Stellung, — diktiert von der tätigen Fürsorge um die Vermehrung des politischen und wirtschaftlichen Gutes, verbunden mit der wachsenden und vorausschauenden Sorge, es während des Krieges zu bewahren.

Es ist bekannt, daß bei dieser „tätigen Fürsorge“ zur Schaffung der Stellungnahme des Königreichs, namentlich seiner Hauptstadt Warschau, die dortige Nationaldemokratie bis jetzt nur die Rolle eines Hemmschuhs gespielt hat. Wenn alles nach ihr gegangen wäre, dann würde wahrscheinlich nichts da sein: weder eine politische Organisation noch eine Selbstverwaltung, noch Wahlen zum Warschauer Gemeinderat, noch die Kreis-Selbstverwaltung, oder Organisationen wie der Schulverein „Macierz szkolna“ usw. usw. Es würde auch keine Erklärung des Warschauer Gemeinderats über die Unabhängigkeit Polens geben usw.

Das Bürgerkomitee und der gewesene Magistrat Warschau, die Institutionen, die durch die Nationaldemokratie beherrscht waren, haben es erlebt, daß ihnen niemand für ihre Arbeit gedankt hat, wie sich darüber der Verfasser eines Artikels im Posener

Hauptorgan der Nationaldemokratie unter dem Titel „Politische Parteien und das Bürgerkomitee der Stadt Warschau“ beklagt. „Man beklagte sich“, — schreibt er — „über die eigenmächtige Regierung des Bürgerkomitees, darüber, daß es sich seine Mitglieder durch Kooptation hinzuwählte, daß es den wirtschaftlichen Anforderungen nicht genügte usw. Nur die hervorragendsten Personen, wie z. B. der Präsident Fürst Lubomirski, wurden zu Stadträten gewählt, von 36 nur 6, und zum Magistratsmitglied nur einer...“

Der Vorsitzende des Gemeinderats, Universitätsrektor Prof. Dr. Brudzinski, erwähnte nicht ein einziges Wort über die Tätigkeit des „Bürgerkomitees“. Daher nahmen alle städtischen Beamten die Demission... Das war das Resultat der Arbeit der Nationaldemokratie in Warschau.

Warschau hat genau die Wichtigkeit des Augenblicks empfunden, besser als die Nationaldemokratie; daher hat es sich ausdrücklich von ihr losgesagt.

Nach alledem empfiehlt das Hauptorgan der Posener N.-D. plötzlich und unerwartet „tätige Fürsorge“ — dem Königreich Polen, während seine Geistesgenossen im Königreich dieser tätigen Fürsorge nur hinderlich waren.

Die Hauptfrage ist aber die: Warum empfahl es nicht die „tätige Fürsorge“ auf dem Berliner Terrain, als dazu die Gelegenheit und Zeit war? Durch „Zurückhaltung“ hat es sich selbst und beinahe auch die Sache verschüttet. Ein Glück, daß nicht von ihm alles abhängig war. Andere haben getan, was sie konnten. „Die polnische Allgemeinheit hat einen direkten Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse nicht.“ Leider! Es ist dem gegenüber mit Nachdruck zu betonen, daß sie diesen im bedeutenderen Umfange haben konnte, aber die Nat.-Dem. hat dem entgegen gearbeitet. Darin liegt ihre große Verantwortung vor der Geschichte. „Sie kann diese oder jene Stellung erst nach vollendeter Tatsache einnehmen.“ Und wir fügen hinzu: Man hätte nicht warten sollen, bis die Tatsachen vollendet sind, sondern man müßte sich vorher darum kümmern...

Aus Nr. 224 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 13. August 1916.

Die ganze polnische Presse in Rußland hat die Nachrichten von dem Verlauf der Wahlen in Warschau, von dem Wahlkompromiß der politischen Parteien mit großer Anerkennung aufgenommen. Gewisse Vorbehalte äußert nur die nationaldemokratische „Gazeta Polska“, die gegenwärtig in Moskau erscheint. Sie ist beunruhigt durch die politischen Gefahren, welche aus der „scheinbar schönen Tat der vollzogenen Konsolidation“ hervorgehen können.

„Der Gemeinderat in Warschau wird eine der vertretenden Körperschaften sein, welche im Gebiete der deutschen Okkupation durch Wahl entstanden ist. Als eine die Landeshauptstadt vertretende Körperschaft wird der Warschauer Gemeinderat, das ist klar, den Versuchen ausgesetzt sein, in politischen Fragen das Wort zu ergreifen, wobei seitens der Okkupationsbehörden natürlich keine Schwierigkeiten werden gemacht werden, soweit diese Erklärungen den Aussichten der deutschen Politik entsprechen werden. Die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß das nationale Zentralkomitee offenbar unter der drohenden jüdischen Gefahr gezwungen war, den demokratischen und sozialistischen Elementen allzu weitgehende Zugeständnisse zu machen, infolgedessen diese einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Beschlüsse des Gemeinderats erlangen werden, insbesondere wenn sie gewillt sein werden, sich mit den Juden zu verbinden.“

Zu dieser Auslassung der Moskauer „Gazeta Polska“ bemerkt die Warschauer „Nowa Gazeta“ (Nr. 369 vom 14. 8. 1916):

Diese Beleuchtung ist so charakteristisch, so typisch, daß man sie eigentlich von vornherein voraussehen konnte, die „jüdische Gefahr“ ist also für die dortige Nationaldemokratie weiter das erlösende Argument. Ihr Verhältnis zur Erklärung des Gemeinderats wird dadurch weniger mißlich sein. Sie wird auf Kosten der „jüdischen Gefahr“ gelegt werden.

Die Russen werden die Führer der Nationaldemokratie fragen:

— Wie ist es geschehen, daß 84 Ratsherren sich für die Unabhängigkeit Polens, d. i. gegen die Einigkeit des russischen Staates erklärt haben?

Sie werden die Antwort erhalten:

— Infolge der jüdischen Gefahr....

Denn es gibt auf der Welt noch Polen, welche das Streben nach Unabhängigkeit „rechtfertigen“ können, wie ein Verbrechen gerechtfertigt wird....

Sie greifen nach der „jüdischen Gefahr“, wie der Ertrinkende nach dem Strohhalme.

Fürwahr — ein Ertrinkender!....

Aus Nr. 181 des Dziennik Kujawski (Hohensalza) vom 9. August 1916.

Die Mariawiten.

Dieser Sekte, von der wir in den letzten Jahren vor dem Kriege nur gehört haben, daß unter ihren Anhängern Zwistigkeiten bestehen und daß während des Krieges mit ihr hin und wieder polnische Soldaten in Berührung gekommen sind, die aus ihrer Überzeugung gegenüber den „Vätern“ der betreffenden Gemeinden durchaus kein Gehl machten, widmet in der Juli-Nummer des „Przegląd Powojenny“ der Jesuitenpater G. Magel eine Reihe von Betrachtungen, die zweifellos die Leser interessieren werden. Er schreibt:

„Ein Mittel, dessen man sich im Kampfe gegen den Katholizismus im Königreich Polen bediente, war u. a. auch die Unterstützung der Sekte der Mariawiten, namentlich seit der Zeit ihrer Verurteilung durch Rom. Der Bischof Eulogius brachte schon in seiner in Chelm am 18. Juni 1906 gehaltenen Rede seine Sympathien für diese Sekte zum Ausdruck; er erwartete von ihr, daß sie Unfrieden unter den polnischen Katholiken stiften und sie der Orthodoxie näher bringen würde. „Gebe Gott — so sagte Eulogius —, daß ganz Polen binnem kurzem die mariawitische Lehre annehme, damit der Geist des Unfriedens zwischen den beiden Brudervölkern beseitigt werde. Es würde der Tag kommen, an welchem sich die Mariawiten mit den Orthodoxen vereinigen würden. Dann würde aus dieser Religionsgemeinschaft die Einigkeit der Slawen hervorgehen und den Polen würden alle die Segnungen und Wohltaten zuteil werden, die allen im Glauben vereinigten Untertanen unseres Monarchen zugute kommen“. Diese Gemeinschaft zwischen den Orthodoxen und den Mariawiten wurde zur Tatsache, als in Lomica und Plock gemeinsame Gottesdienste veranstaltet wurden und die mariawitischen Geistlichen dieselben Privilegien erhielten, wie die Popen. Es bestand in Anbetracht dessen kein Zweifel mehr, daß die russische Regierung in den Mariawiten ein Agitationsmittel für die Orthodoxie und Russifizierung erblickte.

Vor kurzem — so berichtet die „Ziemia Lubelska“ — erhielten die Gemeindevorsteher in Konopnica, Sembrzyce und Piotrkow (Petrkau?) von dem Kreiskommando in Lublin den Auftrag, die mariawitischen Kirchen in Konopnica, Wroclaw und Chmiel auf Grund einer von der Obersten Heeresleitung ergangenen Anordnung, wonach im Königreich

Polen nur diejenigen Religionsgemeinschaften öffentlich tätig sein können, die in Österreich rechtlich anerkannt sind, zu schließen. Da es in Österreich überhaupt keine Mariawiten gibt, so haben sie auch alle öffentlichen Rechte im Königreich Polen eingebüßt. Sie können lediglich Hauptgottesdienste im engsten Familienkreise abhalten. Die Kirchen, Schulen und andere Anstalten dagegen wurden geschlossen.

Die Wiener „Reichspost“ teilt am 4. Juli d. Js. — ohne die Quelle näher anzugeben — mit, daß aus Anlaß der obigen Verfügung der österreichischen Militärbehörden einige fanatische Anhänger der Mariawitenlehre von neuem gefordert haben, daß sich der mariawitische Bischof zum Zwecke der Unterstützung der Sekte kreuzigen lassen möge. Das Blatt fügt hinzu, daß in dieser Angelegenheit ein energisches Auftreten der Behörden notwendig war. Den Mariawiten steht das Recht zu, gegen das ergangene Verbot an den Generalgouverneur zu appellieren.

In der nichtkatholischen Presse haben die Mariawiten im Namen der Toleranz und Gewissensfreiheit Verteidiger gefunden. Und so behauptet ein Blatt, um dem Befehl des Lubliner Kreiskommandos die rechtliche Grundlage zu nehmen, daß das Mariawitentum eigentlich „ein Zweig der in Österreich rechtlich anerkannten altkatholischen Kirche sei“.

Die Anordnung der österreichischen Okkupationsbehörden hat insbesondere in Lodz, am Sitz der Mariawiten, einen besonderen Eindruck hervorgerufen, weil sich auf dem von den österreichischen Truppen besetzten Gebiet das Mariawitentum im allgemeinen nur schwach entwickelt. In Lodz dagegen erfreuen sich die Mariawiten einer größeren Sympathie, die sie sich während des Krieges durch eine ziemlich lebhaft humanitäre Tätigkeit zu erwerben wußten. Im übrigen sind die Mariawiten während des Krieges nur wenig in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Die in Lodz erscheinenden beiden mariawitischen Blätter: „Mariawita“ (Der Mariawit) und „Wiadomości Mariawickie“ (Mariawitische Nachrichten) haben mit Ausbruch des Krieges ihr Erscheinen eingestellt. Auch an den Feierlichkeiten des 3. Mai hat die mariawitische Geistlichkeit nicht teilgenommen und sich am Umzug nicht beteiligt. Es ist Hoffnung vorhanden, daß diese sonderbare Sekte in normalen Verhältnissen und unter dem Einfluß einer dauernden Vereinigung des Königreichs mit der religiösen Kultur des Westens binnen kurzem ganz eingehen wird.“

So viel der Jesuitenpater Magel. Seine Bemerkungen beziehen sich natürlich in der Hauptsache auf denjenigen Teil des Königreichs Polen, der unter österreichischer Verwaltung steht. In dem unter deutscher Verwaltung befindlichen Gebiet des Königreichs Polen ist eine Anordnung, die die Freiheit der Mariawiten einschränken würde, nicht ergangen. Es ist aber begreiflich, daß die Anordnung in dem von den österreichischen Truppen besetzten Gebiet einen besonderen Eindruck in Lodz hervorgerufen hat, das mit seiner nächsten Umgebung der Hauptsitz der Sekte war, und sicherlich auch heute noch ist. Aber auch hier ist die Bedeutung des Mariawitentums verhältnismäßig gering und zwar umso geringer, als, wie es nicht unbekannt sein dürfte, Zwistigkeiten in finanzieller Hinsicht die ganze Organisation der Sekte erschüttert haben.

Mit der Anordnung der österreichischen Behörden sind die Mariawiten in dem von den österreichischen Truppen besetzten Gebietsenteil offenbar nicht einverstanden. Sie haben nämlich dagegen Beschwerde eingelegt, auf die — wie der Krafauer „Gaz“ berichtet — eine amtliche Verfügung ergangen ist. In ihr wird den Mariawiten das Recht zuerkannt, eigene Spielschulen und Schulen zu unterhalten und Vereine zu gründen. Die Kirchen dagegen bleiben weiterhin geschlossen. Der

„Czas“ sagt nicht, ob diese Schließung schon eine endgültige ist, oder ob sie nur bis zur nächsten Anordnung gilt. Wir wollen abwarten. Sicherlich wird sich diese Angelegenheit bald aufklären.

Soviel zur allgemeinen Information. Mit dem Verfasser wird jeder Leser sicherlich in dem Wunsche einig sein, daß mit dem Beginn ruhiger Zeiten und bei zunehmender allgemeiner Aufklärung von der polnischen Erde eine Sekte verschwinden möge, die auf dem Boden eines Mischmags von Fanatismus und religiöser Unwissenheit entstanden ist.

Aus Nr. 183 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 11. August 1916.

Die Mariawiten.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte gestern einen längeren Artikel über die Tätigkeit der Sekte der Mariawiten, d. h. der bekannten Abtrünnigen der katholischen Kirche in Polen, deretwegen es vor einigen Jahren im Königreich, insbesondere aber in Plock und in den Gegenden von Sochaczew, oft zu ernststen Unruhen und sogar zu Blutvergießen gekommen ist. Dieser Artikel ist ein weiterer Beweis dafür, in welcher Weise die öffentliche Meinung in Deutschland über die polnische Frage durch gewissenlose Korrespondenten, verwirrt wird, durch Korrespondenten, die oft mit großer aber ungerechtfertigter Sicherheit über polnische Angelegenheiten, die ihnen nur oberflächlich oder einseitig bekannt sind, urteilen. — Dies läßt sich sogar ein so großes und ausgezeichnet unterrichtetes Organ wie das „Berliner Tageblatt“ zuschulden kommen, dessen Feuilletons über Polen wir schon oft haben ernstlich in Frage stellen müssen.

Der Verfasser des Feuilletons, Herr Köhrer, weiß anscheinend nichts davon, daß die ganze sogenannte mariawitische Bewegung von Anfang an ein sehr verdächtiger Racheakt namentlich der vorher aus der Kirche infolge schlechter Führung ausgestoßenen Geistlichen war und daß sie unter dem Deckmantel erhabener, sozialer Sittenlosungen die dunklen Massen ausbeutete, die ihren sauer verdienten Groschen für den angeblichen Bau von mariawitischen Kirchen geopfert haben. Die Rolle, die die mariawitischen „Geistlichen“ gespielt haben, war mit wenigen Ausnahmen verderblich und selbstmörderisch. Sie bestand eigentlich nur darin, die dunklen Massen gegen die Priester des rechten Glaubens zu hegen, was schließlich zu förmlichen Kämpfen zwischen den Verteidigern der Kirche und jenen Fanatikern führen mußte. Das Blut der Getöteten bei Strykowo wird sich von den mariawitischen Agitatoren nie abwaschen lassen. Sogar für Leute, die diese abtrünnige Bewegung überlebt und aus der Nähe beobachtet haben, ist nicht alles ganz klar, weil die Schöpfer dieser Bewegung sorgsam das Tageslicht mieden. Aber für Herrn Köhrer bestehen alle diese Zweifel nicht. Für ihn ist es eine feststehende Tatsache, daß die mariawitische Bewegung ideal, erhaben und rein war und segensreiche Früchte zeitigte. Mit solcher Unwissenheit kann man nicht einmal polemisieren.

Geradezu einfältig wird schließlich dieser Artikel, wenn in ihm gesagt wird, daß die russische Regierung die mariawitische Bewegung „geduldet“ hat. Wenn der Verfasser über die Frage, der er einen langen Artikel widmet, richtig informiert gewesen wäre, dann hätte er dies nicht geschrieben. Die russische Regierung hat von Anfang an die mariawitische Bewegung nicht nur nicht geduldet, sondern sie auch eifrig unterstügt. Sie betrachtete sie — und zwar mit Recht — als einen in die polnische Volksgeamtheit hineingetriebenen Keil und daher vom Standpunkt der russischen Politik — als eine äußerst erwünschte Erschei-

nung. Die polnische Volksgeamtheit hat an alle die Denunziationen und Verleumdungen, die gegen die katholische Kirche in Polen von den mariawitischen „Geistlichen“ — deren häufige Reisen an die Wersa sich übrigens gut bezahlt machten — erhoben wurden, noch nicht vergessen. Von Anfang an bestand die Politik der Mariawiten darin, der russischen Regierung zu schmeicheln, um sich ihre Sympathien zu erwerben. — Die Mariawiten munkelten sogar davon, daß sie bereit seien, in ihre Liturgie... die russische Sprache einzuführen! Unter solchen Verhältnissen war der Kampf mit dem Mariawitentum für die polnisch-katholische Kirche bei der bekannten Hinterlist der russischen Behörden äußerst schwierig, und der heute noch lebende Bischof Ruszkiewicz hätte dieserhalb beinahe ins Gefängnis wandern müssen.

So sieht in Wirklichkeit das Verhältnis der Mariawiten zu Rußland aus. Diese Bewegung besaß nie einen Feind in der russischen Regierung und noch weniger in der orthodoxen Geistlichkeit, die im Gegenteil in den Mariawiten einen natürlichen Verbündeten im Kampfe gegen den Katholizismus in Polen erblicken mußte. Die Begeisterung des Herrn Köhrer darüber, daß die mariawitischen Geistlichen gegenwärtig mit dem Deutschtum so sehr sympathisieren, beweist nur, daß der Verfasser des Feuilletons kein allzu scharfer Beobachter ist. Einige Jahre vor dem Kriege sympathisierten dieselben mariawitischen Geistlichen in derselben Weise mit den Russen.

Auf derselben Stufe steht seine weitere Bemerkung, daß die Mariawiten namentlich für die Polen eine erwünschte Errungenschaft seien, weil die von ihnen erzogenen Kinder später die eigenen Eltern zur Reinlichkeit und Enthaltbarkeit erziehen würden. Solche von einem gewissenlosen Korrespondenten in der Öffentlichkeit vertretene Anschauungen bringen weder den Mariawiten Ehre ein, noch bereiten sie uns Nachteile.

Betrifft die polnische Frage im Ausland.

Aus Nr. 3052 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 7. August 1916.

Die Lösung der polnischen Frage steht bevor.

(Von unserem Wiener Berichterstatter.)

Wien, den 6. August.

Von einem hervorragenden polnischen Politiker erhält Ihr Berichterstatter folgende Betrachtungen:

Die Beratungen des Wiener polnischen Klubs und der politischen Kommission haben in einem, zum Glück kleinen Teil der polnischen Presse pessimistische Reflexionen hervorgerufen. Diese Presse hat vor den Wiener Beratungen die Nachricht verbreitet, daß in Wien außerordentliche Entscheidungen bevorständen, welche die polnische Frage sofort lösen werden, und die Presse war verwundert, daß diese Prophezeiung nicht in Erfüllung gegangen ist. Die Konstruktion beliebiger Termine der Lösung der polnischen Frage ist eine gefährliche und schädliche Sache. Die einfältigen, politischen Maximalisten hätten endlich im Laufe von 2 Jahren verstehen lernen sollen, daß Polen nicht plötzlich in einem vollendeten Gewande, wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, auftauchen kann! Nichts destoweniger jedoch hat die polnische Frage seit der Krakauer Versammlung ungeheure Fortschritte gemacht, und höchstens böser Wille konnte die augenscheinliche Tatsache bestreiten, daß wir raschen Schrittes einer Verwirklichung der polnischen Forderungen und kühnsten Träume entgegengehen.

Das Geipenst der Teilung Polens, man kann dies dreist sagen, ist verschwunden, und wir hegen die

Hoffnung, daß es nicht mehr zurückkehren wird. Die Verhältnisse sowohl im österreichischen, als auch im deutschen Okkupationsgebiet haben sich zu Gunsten der Polen ungeheuer gebessert. Das Chelmer Land wurde dem Königreich Polen angegliedert. Von den Polen des früheren russischen Teilgebiets wurde das verhaßte Brandmal der russischen Untertanenschaft genommen; heute sind sie Bürger des Königreichs Polen, und indem die Mittelmächte diese Tatsache anerkannt haben, haben sie das durch die Akte des Wiener Kongresses gewährleistete polnische Staatswesen implizite anerkannt. Die städtische Selbstverwaltung, das Schulwesen, das Gerichtswesen sind im Sinne der Wünsche der polnischen Bevölkerung reformiert worden. Fast jeder Tag bringt uns eine neue nationale Errungenschaft, und die weittragenden Ereignisse in Warschau erfüllen alle polnischen Herzen mit Freude und Zuerst. Wie kann man sich in einer solchen Zeit pessimistischen Stimmungen unterwerfen?

Die Mittelmächte haben zwar in der polnischen Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen, weil die Verhandlungen in dieser Frage noch nicht das Ende erreicht haben. Alles spricht jedoch dafür, daß sie für uns günstig enden werden. Das Tempo der Verhandlungen ist, wie man hört, gegenwärtig rasch, die Unterschiede der Anschauungen sind nicht so groß, wie es den Anschein hatte. Wir können ohne Übertreibung nach 2 Jahren des europäischen Krieges feststellen, das Polen aus dem Chaos des Krieges immer mehr in den Vordergrund tritt. Diesseits und jenseits der Front des Krieges geben alle hervorragenderen Politiker zu, daß die Wiederherstellung Polens das wichtigste und bedeutendste Ergebnis des Weltkrieges sein wird: (folgen 2 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen) . . . ist doch erst gestern wiederum in den Generalstabsberichten der Mittelmächte eine Notiz von den polnischen Legionen aufgetaucht. Zum ersten Mal seit dem Kriege hat die deutsche Heeresleitung in ihrem amtlichen Bericht das Bestehen der polnischen Legionen anerkannt. Die Idee der Legionen hat im Laufe des Krieges verschiedene Verwandlungen durchgemacht. Anfänglich gering geschätzt, hat sich die Abteilung der polnischen Soldaten durch ihre Tapferkeit bei Freund und Feind Achtung erkämpft. Trotz ihrer geringen Zahl sind die Legionen in dem Meer der Millionenheere nicht untergegangen, sondern sie haben ihre Selbstständigkeit bewahrt und sind zu einem üppigen Baum emporgeschossen, der mit seinen Wurzeln ganz Polen zu umfassen beginnt. Wir befinden uns am Vorabend weittragender Reformen in der Organisation der Legionen . . . Und wo liegt hier ein Grund zum Pessimismus vor?

Unzufriedene Leute, welche, in den Verstecken gewisser Tageblätter verborgen, aus Parteihaß eine Desorientation der polnischen öffentlichen Meinung hervorzurufen suchen, haben seit einigen Tagen hinter dem Rücken einen Kampf gegen das Oberste Nationalkomitee begonnen. In ihren Angriffen lesen wir den Vorwurf, daß die Konsolidierung der Warschauer Parteien sozusagen gegen die „Anmaßungen“ der galizischen Politiker gerichtet sei und daß andererseits das Oberste Nationalkomitee mit der Konsolidation der Warschauer Parteien nicht zufrieden sei. Diese Konstruktion dieses angeblichen Gegensatzes ist ebenso einfältig, wie böswillig. Die Erklärung der Warschauer Parteien bewegt sich ganz auf der Linie des Programms des Obersten Nationalkomitees, widersetzt sich dagegen dem Programm der Dmowski-Partei und des Großpolentums.

Die stürmischen Ovationen, welche in Warschau den Vertretern der polnischen Legionen dargebracht wurden, sind der beste Beweis, wie die Warschauer

Erklärung zu deuten ist. Nach Warschau reiste, eingeladen von den angesehensten Kreisen der polnischen Volksgesamtheit, Vizepräsident Dr. von Jaworski. Der unmittelbare Gedankenaustausch zwischen dem hervorragenden Vertreter Galiziens und dem Vertreter des Königreichs Polen wird die politische und ideelle Konsolidierung beider Teilgebiete sicherlich einen bedeutenden Schritt vorwärtsbringen.

Es wäre schließlich geboten, den Vermutungen, daß die Polen nur ein Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Mächten seien, entschieden entgegenzutreten. Solche Vermutungen sind andeutungsweise in den Spalten eines gewissen polnischen Tageblatts aufgetaucht. Aus Parteihaß wurde der polnischen Nation wieder ein Unrecht zugefügt. Wir können feststellen, daß unsere politische Vertreterschaft über den Stand der polnischen Frage und über ihre weiteren Aussichten genau unterrichtet ist. Ich wiederhole noch einmal, versicherte mir mein Gewährsmann, daß zu irgend welchem Pessimismus nicht der geringste Grund vorliegt. Pessimismus wäre höchstens dann am Platze, wenn es dem russischen Heere wieder gelänge, das Gelände des Königreichs Polen zu betreten. Danach sieht es jedoch absolut nicht aus.

Aus Nr. 405 des Czas (Krakau)
vom 12. August 1916.

Wir werden uns wohl nicht irren, wenn wir behaupten, daß im ganzen Gebiete der polnischen Lande die polnischen Herzen einen beschleunigten Puls schlagen, welcher Erregung und Unruhe verrät. Dies ist vielleicht nicht ein ebenso „sehnüchtliges wie freudiges“ Erwarten, wie das, welches der große Dichter so schön charakterisiert hat, als er den größten geschichtlichen Zeitpunkt, den er durchlebt, schilderte, (folgen 8 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Es ist keine Zeit und auch keine Gelegenheit, alle Möglichkeiten, die sich einer solchen Lösung aufdrängen, zu besprechen und ihre Folgen zu erörtern. Es genügt zu zeigen, daß die polnische Frage gegenwärtig zwischen den gefährlichsten Meerengen und Felsen hindurchsegelt, von denen manche ihr mit einer ernststen Beschädigung drohen können, — und es genügt, die Hoffnung auszudrücken, daß die von unserer Seite berufenen Faktoren alle Kräfte daran setzen und daran gesetzt haben, um für uns einen möglichst günstigen Kurs zu erlangen. Einen Gewinn aber können wir in unserer allgemeinen politischen Bilanz schon in jedem Falle vermerken: den von beiden Mittelstaaten aufgegebenen, vor dem Kriege eingenommenen Standpunkt, daß die polnische Frage in Rußland eine innere Angelegenheit dieser Großmacht wäre. Wenn sie nämlich schon jetzt tatsächlich ihre Regelung in Angriff nehmen, so erkennen sie dadurch an, daß die Lande, welche sie mit dem Schwerte erobert, unter dem Schutz der internationalen Verträge stehen, welche von Rußland seit einer Reihe von Jahren in brutaler Weise vergewaltigt und rechtswidrig zerrissen worden sind. Nur wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, kann man, wie sich Generalgouverneur von Beseler ausdrückte, die Teilung Polens ungeschehen machen und sich auf die Dauer gegen den östlichen Nachbarn sichern.

Sollen wir denn daran erinnern, daß dies eben der Standpunkt ist, den unsere Väter, Großväter und Urgroßväter seit mehr als 100 Jahren erfolglos einzunehmen sich bemühten?

Sollen wir den polnischen Leser daran erinnern, daß sich um diesen Gedanken die ganze politische Arbeit der Czartoryski und Zamojski in der Emigration konzentrierte, um die Arbeit, welche bemüht war, für diesen Gedanken die beiden natürlichen Gegnerinnen

Rußlands, England und Frankreich, zu gewinnen und die eine gewisse Zeit auch in Wien für diesen Gedanken Stützpunkte suchte? Mit diesem Gedanken betete um einen europäischen Krieg Mickiewicz, bevor er in Konstantinopel bei dem hoffnungslosen Gedanken starb. Mit diesem Gedanken machten wir zwei Ausstände, die letzten, angeregt durch die falschen Versprechungen Napoleons, daß er die polnische Frage als europäische Frage verkünden werde.

Schon vom Kriegsbeginn an war sich ein großer Teil der Volksgemeinschaft, waren sich vor allem aber die politischen Kreise unseres Landes dessen bewußt, daß die Stunde, diese Lösung von neuem aufzunehmen und an sie die Leisfäden anzuknüpfen, geschlagen hat denn sie allein wird uns aus den Kasematten und Zitadellen herausführen. Nur diese Lösung kann bei einer glücklichen Konjunktur des Krieges dem polnischen Element in drei Vierteln seiner Zahl nicht nur ein gemeinsames Los für die Zukunft, sondern auch eine starke und erfolgreiche Einwirkung auf das Schicksal der leider nicht vereinigten Lande sichern. Die Überzeugung, daß Rußland, die Teilungsverträge vergeblich und die späteren Vereinbarungen zwischen den Großmächten geringschätzend, damit eine Einmischung der Nachbarstaaten in unsere Verhältnisse und eine Sicherung unseres Interesses in dauernder und erfolgreicher Weise veranlaßt hat, erlaubt, den Rahmen der polnischen Frage über das Wiener Traktat hinaus zu erweitern, dessen Restitution eine zu engherzige Lösung und eine Lösung von augenblicklichem Wert geben würde.

Wenn die polnische Frage tatsächlich erfolgreich gelöst werden soll, so besteht diese Lösung in der Bildung eines starken und geschlossenen Gebildes, welches ein erfolgreiches Gleichgewicht gegen Rußland werden könnte, sowohl in der slawischen Welt, als auch in den Grenzlanden der früheren polnischen Republik. Nur eine solche Erfassung der Frage, welche die quer durch Kleinpolen gezogene künstliche Grenze vernichtet und der westlichen Zivilisation den Vormarsch hinter den Bug und Niemen gewährleistet, entspricht unseren Überlieferungen und, wie wir hoffen, auch den Wünschen der Mittelmächte.

Mit einer so breiten Erfassung kann in dem polnischen Herzen und Verstande keine andere Nebenhühlerlichkeit bestehen. Wenn wir in den Anfängen des Krieges hauptsächlich in Warschau einer kleinmütigen Beschränkung unserer Forderungen bis zu dem Maße begegneten, welches als seine Grundlage — unter den damals gegebenen Verhältnissen sicherlich mit Recht — Alexander Wielopolski angenommen hatte, d. i. bis zu den Grenzen und Freiheiten des Wiener Vertrags, so wissen wir heute nach zwei Jahren des Krieges und nach einem gebührenden Umblick in der diplomatischen und Kriegslage nicht einmal, ob sich auch nur eine kleine Handvoll von Anhängern einer solchen Erfassung finden würde. Mit dem Fehlschlag der Bestrebungen, sich mit einer provinziellen Autonomie, ja selbst mit einer staatlichen Unabhängigkeit in den Grenzen vom Jahre 1815 zu begnügen, ist auch der wichtigste Unterschied fortgefallen, welcher die beiden Teile unserer Volksgemeinschaft zu scheiden schien, deren jeder eine besondere Geschichte durchmachte, besondere Schmerzen litt und sich andere Methoden des Kampfes um seine nationale Existenz schuf.

Über diese Zerrissenheit des Herzens und des nationalen Gedankens empfanden wir tiefen Schmerz sowohl vor dem Kriege, als auch in der ganzen Kriegszeit. Wir fürchten doch wohl den Vorwurf eines leichtsinnigen Optimismus nicht, wenn wir mit Freuden die politische Annäherung feststellen, die zweifellos in den letzten Wochen zwischen Warschau und Krakau in die Erscheinung tritt und die diesseits und jenseits des früheren Grenzfordons auf der Aner-

kennung beruht, daß der einzige Balsam, welcher die durch den Krieg geschlagenen Wunden stärken und das Gift, welches durch die langjährige Knechtschaft eingefloßt worden ist, heilen wird — das gemeinsame Los Warschaus und Krakaus ist.

Aus Nr. 388 des Czas (Krakau)

vom 3. August 1916.

Im Anbetracht des beginnenden dritten Kriegsjahres darf die Lösung der Zentralmächte nur die sein, durchzuhalten, um so mehr, als jegliches Zeichen von Schwäche oder Zaudern nur den Krieg in die Länge zieht, indem der Feind dadurch ermutigt und zu neuen Anstrengungen ermuntert wird. Auch wir müssen in diesen kritischen Zeiten durchhalten, ruhig und entschlossen; wir dürfen nicht dem um sich greifenden Einflusse des Pessimismus unterliegen und müssen mutig die Lösung der großen Probleme, die mit unserer Zukunft so eng verknüpft sind, mutig abwarten. Die schreckliche Last des Krieges drückt uns bedeutend empfindlicher als andere Völker Europas. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß es ohne Opfer keinen Erfolg gibt. Und welche Opfer wären zu groß, wenn es gilt, die verlorene Freiheit wiederzuerlangen? Darum wollen wir nicht verzagen, auch wenn der Krieg uns noch ein Jahr bedrücken sollte, glänzt doch auf seinem Horizont der Stern unserer Wiedergeburt.

Aus Nr. 219 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 8. August 1916.

Die Stimme des Herrn Stanislaus Grabski.

Einer der Hauptführer der galizischen Nationaldemokratie, Herr Stanislaus Grabski, der bekanntlich „als Emigrant“ in Petersburg weilt, veröffentlicht in der dortigen „Sprawa Polska“ einen Artikel, der klar und durchsichtig die Bitternis sogar derjenigen Kreise zum Ausdruck bringt, die er vertritt.

Herr Grabski konstatiert vor allem, daß bereits ein ganzes Jahr seit dem Erlaß des Großfürsten vergangen ist, und von den maßgebenden Stellen ist nicht ein einziges Wort zu hören, das die proklamierten Versprechungen bestätigt.

„So fängt mancher unserer Volksgenossen, der das alles betrachtet, an, die Hoffnung zu verlieren. In weiten Kreisen herrscht ein Gefühl der Bedrückung. Pessimisten behaupteten, daß Jahrzehnte nötig sein werden, bis sich die Voreingenommenheit der Russen gegenüber den Polen verliert. Die Verordnung über die städtische Selbstverwaltung schien diese Ansicht zu bestätigen. Es war dies die Zeit des bedeutenden Rückgangs der militärischen Macht Rußlands und seiner Großmacht-Aspirationen — der Zustand der allgemeinen Depression. Es machte sich ein Mangel an Munition und ausgebildeten Reserven bemerkbar. Unwillkürlich wurden die politischen Absichten und Gedanken Rußlands enger. Zugleich gewannen kleinliche Rücksichten und Rücksichten in der polnischen Frage immer mehr die Oberhand. Der Schlag jedoch, den Rußland im Mai und Juni 1915 erlitt, stellte es vor das Dilemma: entweder der volle Sieg, oder die vollständige Zurückziehung aus Europa. Rußland mußte sich rasch entschließen, entweder zu einer schmachvollen Kapitulation, oder zu einer ungeheuren Willensanstrengung.“

„Am Vorabend der Räumung Warschaus — schreibt Grabski — entschloß sich Rußland, durch den Mund Goremykins das Versprechen des Höchstkommmandierenden zu bestätigen.“ Aber Herr Grabski fügt sofort hinzu: „Aber seit dieser Zeit vergeht wieder ein ganzes Jahr, und die Regierung hat zur Erfüllung

ihres Versprechens nicht einen einzigen Schritt getan."

Herr Grabski wird also mit Besorgnis erfüllt, was geschehen würde, wenn die Russen nach dem Königreich zurückkehren würden.

"Wenn nicht vor Rückkehr der russischen Heere nach Polen ein neues Verwaltungssystem eingeführt wird, wenn auch ein vorläufiges für die Kriegszeit, dann müßte im Sinne früherer Gesetze und Privilegien die polnische Unversität in Warschau kassiert, müßten die polnischen Schulen, die durch die Kräfte der Allgemeinheit während der deutschen Okkupation ins Leben gerufen wurden, geschlossen, es müßten diejenigen Rechte, die der Feind sogar der polnischen Sprache auf dem Gebiete der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit zuerkennt, aufgehoben, die Institutionen der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung beseitigt werden — mit einem Worte: es würde eine Reihe einschränkender, beseitigender und aufhebender Verfügungen erlassen werden, die die bereits heute im Königreich bestehenden Rechte des freien Gebrauchs der Einrichtungen des nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des polnischen Volkes beseitigen würden."

Ein solches Mißtrauen, das sogar noch durch Zensurrückichten gefesselt ist, lincet der russischen Regierung die Säule der Nationaldemokratie entgegen. Ist das nicht vielsagend und bezeichnend?

Aus Nr. 185 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. August 1916.

Die Polnische Frage in Rußland.

Im Verlauf des gegenwärtigen Krieges hat die polnische Frage in Rußland verschiedene Phasen durchgemacht. Aufgerollt wurde sie kurz nach Beginn der Feindseligkeiten durch den bekannten Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch: An die Polen! Als dann wurde die Beratung darüber einer besonderen aus Mitgliedern der Duma und des Staatsrates zusammengesetzten Kommission übertragen, in der sie, wie gewöhnlich in Rußland, zu lange auf dem toten Punkte stillstand. Zwar wurde sie von Seiten der Staatsregierung in einer Rede des früheren Ministerpräsidenten Goremykin und später durch den Minister des Außern Sasanow berührt, zwar wurde sie manchmal von den russischen Zeitungen erwähnt, aber von einer praktischen Lösung derselben war zwei Jahre lang keine Rede.

Erst vor kurzer Zeit ist die polnische Frage im öffentlichen Leben Rußlands wieder an die Tagesordnung gekommen. Und dies Mal mit ungewöhnlicher Intensität. Den ersten Anstoß zu einer lebhaften Diskussion gab der Rücktritt Sasanows, der mit Recht oder Unrecht von manchen russischen Zeitungen mit der polnischen Frage in Verbindung gebracht wurde, insofern nämlich, als dabei ein Gegensatz zwischen Sasanow und dem Ministerpräsidenten Stürmer ans Tageslicht gekommen sein soll. Unter dem Druck der Westmächte, England und Frankreich, soll Sasanow beabsichtigt haben, die polnische Frage im internationalen Geiste zu lösen, während Stürmer sie als eine innerrussische Angelegenheit behandeln wollte.

Es ist schwer zu beurteilen, wieviel Wahrheit in dieser Version über den Gegensatz Sasanows zu Stürmer in der polnischen Frage steckt. Tatsache ist jedoch, daß seit dem Rücktritt Sasanows die polnische Frage nicht mehr aus den Spalten der russischen Zeitungen verschwindet, und daß beinahe kein Tag vergeht, an dem nicht über dieses Thema immer mehr irreführende Nachrichten und Kombinationen erscheinen.

Es ist unmöglich, auf Grund der verschiedenen, zum Teil einander widersprechenden Nachrichten sich auch nur annähernd ein genaues Bild über den gegenwärtigen Stand der polnischen Frage in Rußland zu machen. Nur das eine scheint sicher zu sein, daß die russischen Regierungskreise nach langem Hinausschieben sich endlich zu einem bestimmteren Schritt in dieser Angelegenheit entschlossen haben. Sie werden höchst wahrscheinlich zu diesem Schritt durch die seit einer gewissen Zeit verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Regelung der Polenfrage durch die Zentralstaaten veranlaßt. Es fehlen jedoch zunächst nähere Angaben, welcher Art dieser Schritt der russischen Regierung sein soll, beziehungsweise welche Vergünstigungen er zu Gunsten der Polen enthält.

Aus den russischen Zeitungen erfahren wir nur, daß in dem außerordentlichen Ministerrat, der Ende Juli dieses Jahres stattfand und hauptsächlich der polnischen Frage gewidmet war, das Projekt Stürmers siegte, das sich auf die Gewährung der Selbstverwaltung in Stadt und Land im Königreich Polen beschränkt. Aus Anlaß der Gerüchte über eine solche Stellungnahme Stürmers schreibt die in Petersburg erscheinende „Gazeta Polska“ unter anderem folgendes:

"Man kann unmöglich glauben, daß der gegenwärtige Leiter der russischen Regierung nichts über die Existenz des Aufrufs des Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch wissen sollte oder wollte, auch nichts über die Erklärung seines Vorgängers Goremykin von der Tribüne der Reichsduma oder von der Erklärung des Ministers Sasanow und darüber, mit wessen Wissen und Willen diese Akte vollzogen worden sind.

Es ist unmöglich zu glauben, daß der gegenwärtige Ministerpräsident die Annullierung aller dieser feierlichen Akte, die vor der ganzen Welt erfolgten, für möglich halten sollte, daß er es für möglich halten sollte, heute, zur Zeit der Fortdauer des schrecklichen Ringens die polnische Frage auf das Programm Stolypins vom Jahre 1906 zurückzuschrauben.

Es ist unmöglich zu glauben, daß der Präsident des Ministerrats es für möglich halten sollte, den zukünftigen siegreichen Einzug der russischen Heere in Polen durch — Schließung der polnischen Schulen und der polnischen Bildungsinstitutionen glänzender zu gestalten und die polnische Allgemeinheit mit der städtischen Selbstverwaltung, die heute selbst in Rußland für veraltet gehalten wird, zu trösten.

Unmöglich kann man schließlich annehmen, daß eine Person, die eine so hohe Stellung in der Beamtenhierarchie einnimmt, sich darüber keine Rechenschaft geben sollte, was für einen Eindruck solche Projekte von russischer Seite auf die öffentliche Meinung der mit Rußland verbündeten Staaten und der neutralen Länder haben würden, und was für eine gewaltige Waffe sie Deutschland und Österreich in die Hand geben würden.

Wir glauben nicht, daß solche Projekte im Ernst durch die verantwortlichen Faktoren der russischen Regierung behandelt sein sollten.

Im Gegenteil sind wir geneigt anzunehmen, daß in jener Sitzung des Ministerrats die polnische Frage garnicht behandelt worden ist."

Es ist schließlich möglich, daß die „Gazeta Polska“ sich nicht irrt, wenn sie Zweifel bezüglich der Art und Weise äußert, in der der gegenwärtige russische Ministerpräsident nach den Berichten russischer Zeitungen die polnische Frage zu lösen beabsichtigt. Andererseits scheint jedoch dafür die Annahme zu sprechen, daß die Lösung dieser Frage durch Stürmer sich nicht durch weite Horizonte auszeichnen wird, was aus der politischen Stellung dieses Ministers, der der Vertreter und Vertrauensmann der russischen reaktionären Kreise ist, die allen Zugeständnissen zu Gunsten der

fremden Nationalitäten innerhalb Rußlands abhold sind, hervorzugehen scheint. Seine Ansichten könne jedoch durch den Willen eines Höheren geändert werden, durch den Willen des Zaren, dessen Ansichten über diese Frage bis jetzt nicht bekannt sind.

Es sei wie es sei, die polnische Frage in Rußland scheint in eine neue Phase einzutreten, und es ist höchst wahrscheinlich, daß schon in ganz kurzer Zeit die maßgebenden Petersburger Kreise in dieser Angelegenheit in irgend einer Weise hervortreten werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der gegenwärtigen Besetzung des Königreichs Polen durch die deutschen und österreichischen Heere dies keine praktische Bedeutung haben kann.

Aus Nr. 182 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. August 1916.

Eine Denkschrift des Petersburger „Polnischen Klubs“.

„Ruskoje Slowo“ berichtet, daß der polnische Klub im russischen Hauptquartier eine Denkschrift niedergelegt habe, betitelt „Maßnahmen, die vor dem Eintritt der russischen Armee in das Territorium des Königreichs Polen angeordnet werden müssen.“

I. Unbedingt notwendig ist der Erlass eines Aufrufs an das polnische Volk, in dem die Entscheidung über die Vereinigung bestätigt wird, und der die Grundsätze einer selbständigen Verwaltung Polens auf der Grundlage einer Wiederherstellung des polnischen Staates enthält, der mit dem russischen Reiche verbunden ist durch:

- a) die Einheit des Thrones in der Person des Kaisers von Rußlands und des Königs von Polen,
- b) die Gemeinsamkeit der Verwaltung der orthodoxen Kirche,
- c) die Gemeinsamkeit der Staatspolitik,
- d) die Gemeinsamkeit der Landesverteidigung,
- e) die Gemeinsamkeit der Zollgrenzen,
- f) die Gemeinsamkeit des Münzsystems,
- g) die Gemeinsamkeit der Monopole und der Zölle

mit dem Rechte des Königreichs Polen, besondere Monopole und Zölle und eine Vergrößerung der Normalsätze der allgemeinen Steuern, entsprechend den Bedürfnissen des Budgets des Königreichs herbeizuführen!

In allen übrigen Angelegenheiten wird das Königreich Polen verwaltet auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes, wird eigene gesetzgebende Institutionen, eine besondere Finanzverwaltung und Regierung (Ministerien) haben.

Unumgänglich notwendig ist die Erklärung, daß die römisch-katholische Kirche besonderen Schutz der Regierung genießt und vollständige Freiheit in der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten erhält, und eine Bekanntmachung über die sofortige Einsetzung eines obersten Chefs einer vorläufigen Verwaltung in Polen, die unmittelbar dem obersten militärischen Führer bis zur Zeit der Einsetzung der ständigen Verwaltung unterstellt ist. Das letztere muß im Augenblick des Friedensschlusses erfolgen.

II. Bis zur Einführung der durch das Allerhöchste Manifest angekündigten besonderen Verwaltung des Königreichs Polen und der Einsetzung einer ständigen Regierung durch den Zaren untersteht die gesamte Verwaltung unmittelbar der kaiserlichen Militärbehörde, dem Höchstkommmandierenden. Der Person des Höchstkommmandierenden wird das Amt eines vorläufigen Chefs der Zivilverwaltung für das Königreich Polen zugeteilt. Dieser soll aus den Bürgern des Königreichs Polen unmittelbar durch den Zaren ernannt werden. Dem Chef der Zivilverwaltung steht das Recht zu, dem Zaren persönlich Referate

in Angelegenheiten der Zivilverwaltung zu erstatten. Unter seiner Leitung wird ein vorläufiger Regierungsrat für das Königreich, bestehend aus 12 Personen, eingesetzt. In diesen Rat werden wenigstens 7 Personen nominiert, die übrigen 5 Stellen bleiben für Personen reserviert, die sich gegenwärtig unter der Okkupation befinden (wie z. B. Fürst Lubomirski). Die Mitglieder des Rates werden durch den Zaren auf Grund der Vorschläge des Chefs der Zivilverwaltung ernannt. Sie teilen unter sich die Verwaltung nach den besonderen Verwaltungszweigen, der Rat erläßt in Form von bestätigten Protokollen seiner Sitzungen verbindliche Verwaltungsvorschriften, die sich auf alle Zweige der Zivilverwaltung beziehen. Mit dem Augenblicke der Einsetzung dieses Rates werden alle Verfügungen, die sich auf Nominierungen und Entfernung von den Stellen in allen Zweigen der Zivilverwaltung des Königreichs Polen beziehen, durch den Chef der Zivilverwaltung dem Zaren vorgelegt.

Durch Allerhöchsten Erlass wird zugleich die polnische Sprache in allen Verwaltungs- und sozialen Institutionen des Königreichs Polen eingeführt unter Beibehaltung der Korrespondenz in russischer Sprache mit den Militärbehörden des Königreichs Polen sowie mit allen Regierungsorganen jenseits der Grenze des Königreichs Polen. Jeder Russe hat das Recht, sich an sämtliche Institutionen des Königreichs Polen in russischer Sprache zu wenden und eine Antwort in dieser Sprache zu erhalten.

III. Im Augenblick des Eintritts des russischen Heeres in das Königreich Polen wird eine politische Amnestie erlassen, die sich auf die ganze Zeit der Okkupation des Landes durch die feindlichen Heere bezieht nach dem Muster von 1813.

Bemerkung: Der Leitung dieses Regierungsrates werden sämtliche Administrations-, Gerichts-, Unterrichts- und soziale Institutionen des Landes unterstellt.

Es ist zu bemerken, daß die polnischen Zeitungen, die jenseits der Kampffront erscheinen, obige Denkschrift mit dem Vorbehalt wiedergeben, daß sie die Verantwortung dafür der russischen Zeitung „Ruskoje Slowo“ überlassen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß diese Nachricht auf Mystifikation beruht, wie viele andere „polnische Nachrichten“, die in letzter Zeit so häufig von der nichtpolnischen Presse mit dem durchsichtigen Zwecke gebracht werden, Verwirrung und Desorientierung in den polnischen Reihen hervorzurufen.

Aus Nr. 184 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 12. August 1916.

Das russische Ministerium des Innern über die Polen.

Das „Ruskoje Slowo“ veröffentlichte in der Nummer vom 25. Juli d. Js. den Inhalt eines Rundschreibens in der Polenfrage, das durch das Ministerium des Innern an die Gouverneure, Bürgermeister, Chefs der Spezialabteilungen und andere Behörden — datiert vom 26. April 1916, — versandt worden ist.

„In letzter Zeit — heißt es in dem Rundschreiben — läßt sich in den führenden polnischen Kreisen im Ausland und in Rußland ein deutlicher Umschwung im Sinne der Lösung der polnischen Frage im Geiste einer österreichfreundlichen Orientierung wahrnehmen. Dieser Umschwung in den Ansichten der Polen, die noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit russenfeindlich waren, trat unter dem Einflusse folgender Umstände ein: Vor dem Kriegeausbruch entstanden in Galizien zwei wichtige polnische Organisationen: die „Vorläufige Kommission“ und „Nationalrat“. Die erste Organisation, welche die extremen linken polnischen

Gruppen, einschließlich der Sozialdemokraten, vereinigte, verlangte die Annahme der österreichfreundlichen Orientierung und den rücksichtslosen Kampf gegen Rußland. Die zweite Organisation, welche aus den gemäßigten Gruppen der Autonomisten, Merikalen und Nationaldemokraten bestand, stellte die russenfreundliche Richtung dar.

Vor dem Kriege behauptete die „Vorläufige Kommission“: „Die Polen könnten nur im Wege einer militärischen Aktion gegen Rußland im Verein mit den Mittelmächten sich vom Russenjoch befreien und die Unabhängigkeit Polens erreichen. Sie strebte wiederholt eine Verständigung mit dem „Nationalrat“ an, aber die Versuche blieben fruchtlos.

Der Nationalrat hielt zähe an dem Prinzip der Vereinigung Polens mit Rußland.

Der Krieg überraschte beide Gruppen. Im August 1914 hielten die polnischen politischen Gruppen in Wien eine Konferenz ab.

Der neue Zeitabschnitt zeichnete sich durch eine lebhaftere Tätigkeit der Anhänger der russenfreundlichen Richtung aus. Dieser Zeitabschnitt dauerte bis zum Mai 1915. Nach dem Rückzuge der russischen Armee aus Galizien wendeten die österreichischen Behörden aus Rache gegen die an den Tag gelegte Russenfreundlichkeit gegen die polnische Bevölkerung Repressalien an.

Das dauerte bis zum Herbst 1915. Unter dem Einflusse der militärischen Erfolge der Alliierten änderte jetzt die österreichische Regierung ihr Verhältnis zu den Polen, um sie auf ihre Seite zu ziehen, und erhob die Frage der zukünftigen Errichtung Polens.

Im Januar 1916 tagte in Krakau eine Konferenz, an der Vertreter aus allen drei Anteilen Polens teilnahmen. Als Abgesandte des Weichsellandes nahmen an der Konferenz die Abgeordneten Parczewski und Tempicki, und die Rechtsanwälte Patek und Kempner teil. Auf dieser Konferenz erklärte — im Namen der österreichischen Regierung — Graf Tarnowski, daß die Regierung die Wünsche der Polen hinsichtlich einer Vereinigung des Königreichs Polen mit Galizien — unter der Herrschaft der Habsburger — vollständig billige und daß die deutsche Regierung, wenn sie die Provinz Polen behalte, nichts dagegen hätte. Für das polnische Polen sollten an das zukünftige Polen bestimmte russische Länder mit dem Ausgang zum Meere fallen. Die Konferenz nahm diese Entscheidung an. Graf Tarnowski wies auf die Notwendigkeit hin, die Polen in Rußland von dem Beschlusse der Konferenz in Kenntnis zu setzen.

Kurz nach der Konferenz wurde in Lausanne eine private Besprechung abgehalten. An dieser Besprechung nahm auch Roman Dmowski teil. Unter dem Drucke der Anhänger der österreich- und deutschfreundlichen Orientierung hat Dmowski seine Einwilligung zur Agitation unter den russischen Polen im Interesse der deutsch-österreichfreundlichen Orientierung gegeben. In diesem Sinne hat Dmowski eine Denkschrift verfaßt und sie an das polnische Komitee in Moskau gesandt.

Witold Czartoryski, der nächste Mitarbeiter Roman Dmowski's und Führer der polnischen Zentrumsgruppe in Galizien, hat sich dieser Verständigung ebenfalls angeschlossen.

Die Änderung der politischen Anschauungen unter den gemäßigten Gruppen Galiziens und des Königreichs Polen hat auf die Stimmung der Polen in Rußland — besonders aber auf die der polnischen Jugend — eingewirkt. In vertraulichen Versammlungen im „Dom polski“ in Moskau und in Privatversammlungen der polnischen Flüchtlinge wurde der deutsch-österreichische Vorschlag besprochen.

An diesen Versammlungen nahmen die Vertreter des polnischen Komitees in Stockholm teil, die zu Gunsten der deutschen Orientierung agitierten. Der

größte Teil der Polen in Rußland ist geneigt, den deutsch-österreichischen Vorschlag anzunehmen.

Auf diese Weise — heißt es am Schluß der Denkschrift — hat die deutsch-österreichische Agitation ihr Ziel erreicht; sie macht sich jetzt daran, den endgültigen Sieg zu erringen und alle Sympathien der russischen Polen für die Idee einer Vereinigung Polens unter dem Protektorat Rußlands im Keime zu ersticken.

Die Antwort des polnischen Klubs.

„Rußkoje Slowo“ schreibt: „Die polnische Fraktion der Duma und des „Staatsrates“ hat, nachdem sie sich mit dem Inhalt des ministeriellen Rundschreibens in der polnischen Frage bekannt gemacht hatte, eine Gegendenkschrift ausgearbeitet und sie den Kabinettsmitgliedern und den Armeekommandanten zugehen lassen.

In der polnischen Denkschrift heißt es: Am 26. April 1916 wurde ein die polnische Frage betreffendes Rundschreiben versandt. Da das Rundschreiben ein amtliches ist, so mußten die in ihm angeführten Tatsachen auf die Anschauungen der amtlichen Stellen über die polnische Frage einen Einfluß ausüben. Indessen sind alle in dem Rundschreiben angeführten Tatsachen entweder erlogen oder ganz entstellt.“

Unter der obigen Antwort befinden sich die Unterschriften folgender Duma- und „Reichsrats“ Abgeordneten: Wielopolski, Gościński, Szembek, Harusiewicz, Karpinski und Jaronski.

Denkschrift des Abgeordneten Lednicki.

Das „Rußkoje Slowo“ teilt mit, daß außer der Denkschrift der polnischen Fraktion, die im Hauptquartier zwecks Widerlegung der Behauptungen des ministeriellen Rundschreibens abgegeben worden ist, den amtlichen Stellen noch eine Denkschrift des Präsidenten des polnischen Komitees in Moskau, Rechtsanwalts M. Lednicki, zugegangen ist.

„Das ministerielle Rundschreiben“, schreibt Herr Lednicki, „stützt sich auf Tatsachen, welche gar nicht bestehen.“

Es wurden deutsch-österreichische Vorschläge von den Polen in Rußland weder zur Kenntnis genommen, noch besprochen.

Die Quelle der falschen und entstellten Gerüchte, welche im Auslande durch deutsche Agenten in Umlauf gesetzt worden sind, um zwischen den Polen und Rußland Zwietracht zu säen, ist ein gewisser „Louis Remir“ (ein galizischer Jude), dessen Tätigkeit vor kurzem durch die englischen Behörden aufgedeckt worden ist, wobei Remir seiner amtlichen Stellung im Pressebureau des Ministeriums des Äußeren in London enthoben wurde.“

Weiter widerlegt die Denkschrift die Behauptung des Rundschreibens, daß im „Polnischen Hause“ in Moskau Versammlungen stattgefunden hätten, und gibt am Schlusse Aufklärung über die Haltung der Polen.

Auch die polnische Presse reagierte auf die Denkschrift:

Alle Methoden.

Unter dieser Überschrift kennzeichnet die „Gazeta Polska“ das ministerielle Rundschreiben in der polnischen Frage wie folgt:

Allmählich kommt das Spiel der Kräfte, die in der letzten Zeit in der polnischen Frage auf russischem Boden tätig waren, ans Tageslicht.

Die Denkschrift des Ministeriums des Innern, die die Polen — ohne Unterschied — anklagt, sich auf die Seite der deutsch-österreichischen Orientierung geschlagen zu haben, und die zur Belehrung an die Gouverneure und hervorragenden Militärpersonen ge-

sandt worden sei, beleuchtet grell die Lage, in welcher sich augenblicklich die polnische Frage auf dem Boden der russischen Regierung befindet. Auch gibt sie Aufschluß über die Machenschaften, welche unternommen wurden, um diese Frage in ihren „eigentlichen“ Rahmen zu bringen. Das sind alte, uns wohlbekannte Methoden, welche vielfach und zwar mit Erfolg angewandt wurden, als es galt, „das Vaterland zu retten.“

Aus dem Wirrwarr der dem russischen Publikum selbstverständlich unbekannten Tatsachen zieht man die heraus, die notwendig sind, um den Polen Illusionen zu beweisen. In Ermangelung von Tatsachen zieht man sie an den Haaren herbei. man lügt, verdreht, führt keine Beweise, Dokumente und Quellen an, die Ansichten des Verfassers oder der Verfasser stellt man als fertige Thesen auf — und die Anklage ist fertig. Die Angeklagten werden selbstverständlich vor kein Gericht gestellt, damit sie nicht etwa widersprechen oder offen ihre Schuld bekennen können.

Das Urteil wird in Abwesenheit des Angeklagten gefällt und zur Vollstreckung an die Gouverneure und Armeeführer gesandt. . . . Auf diese Weise ist die Sache erledigt. Es ist nicht leicht, gegen diese Art von Methoden zu kämpfen.

In diesem Falle folgte zwar auf die Anklage von seiten des Ministeriums des Innern die Verteidigung von seiten der polnischen Fraktion, welche von Fall zu Fall ihre Unhaltbarkeit bewies. Aber — täuschen wir uns nicht. Die Anklage hat das Ihrige getan. Wir können nicht annehmen, daß in den Augen der Gouverneure die Ansicht der polnischen Kreise dieselbe Bedeutung hat, wie die des Ministeriums des Innern.

Wir müssen sogar befürchten, daß die breiten Massen des russischen Volkes, die den Inhalt des ministeriellen Rundschreibens aus der bekanntesten russischen Zeitung kennen gelernt haben, sich in dem Labyrinth der meist fremden und unbekannten Tatsachen nicht zurechtfinden werden. Es wird wohl in mancher ehrlichen Seele ein Schatten des Zweifels an die Richtigkeit des polnischen Standpunktes haften bleiben.

Auf diese Weise würde der Zweck der Anklage vielfach erreicht.

Von der russischen Presse und von der ehrlichen russischen Meinung hängt es ab, daß wenigstens diese Wirkung nicht erzielt werde.

Der kritische Augenblick, welcher anscheinend für die polnische Sache in Rußland gekommen ist, wird gleichfalls ein kritischer Moment für die Kraft, Konsequenz und den Einfluß der russischen öffentlichen Meinung sein.

Aus Nr. 208 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 29. Juli 1916.

Aus Krakau. (Eigene Zusage des „Kurjer Warszawski“).

Um mit der politischen Stimmung Krakaus vorerst fertig zu werden, genügt die Feststellung, daß schon seit den letzten Tagen im April, als der polnische Reichsratsklub und der Landtagsklub in unseren Mauern beraten hatten, die Stadt kein Schauplatz einer größeren öffentlichen Versammlung mit politischem Charakter war. Selbst die erste Sitzung des wieder erneuerten Gemeinderates hatte keine politischen Merkmale an sich. Das Gros des Volkes verhält sich aus Mangel jedes äußeren Ansporns fast gleichgültig gegenüber den politischen Aufgaben, insbesondere nach der zweijährigen Erfahrung, daß inter arma die Muse der Politik schweigt, abwartend bis die Reihe an sie kommt. Es hat sich auch unter den breitesten Schichten die Unterscheidung befestigt zwischen dem, was vorzeitig und dem, was aktuell

ist. Soviel Gerüchte, Versprechungen wurden geheimnisvoll ausgeteilt, soviel Voraussagungen und dunkle Versprechungen konnte man in diesem Zeitraume hören, daß sie schließlich keine Wirkung auf die Menschen ausübten. Es würde scheinen, daß die Krakauer sich stillschweigend verpflichtet hätten: wir wollen die Tatsachen abwarten und wir wollen nur von den Tatsachen reden. Es betrifft dies freilich nur diejenigen Schichten der Bevölkerung, welche sich vom Standpunkte einer gewissen Kultur mit der Politik abgeben, diejenigen dagegen für welche der Klatsch und die Kannegießerei eine ständige Beschäftigung während des Friedens bildete, haben ihre Gewohnheiten auf die Kriegszeit übertragen, indem sie nur den Gegenstand der Gespräche wechselten. Früher wurde darüber debattiert, ob man die Promenaden asphaltieren müsse oder nicht.

Heute wird von dem selben Niveau die zukünftige Karte Europas erwogen. Die Sache selbst ändert das nicht, noch den Einfluß solcher Reden auf die öffentliche Meinung, sofern die öffentliche Meinung Krakaus mit der allgemein polnischen zusammenwirken soll. Das selbe Los teilen schon die Kriegsgerüchte strategischer Natur. Anfangs liefen sie beständig, scharenweise um und bewirkten eine gewisse Art allgemeiner Nervenregung.

Gegenwärtig ist man ihnen gegenüber apathisch geworden, sie werden höchstens zur Kenntnis genommen, ohne seine Nerven weiter zu erregen, um weitere Schlüsse und Folgerungen aus ihnen zu ziehen. Dieses Verfahren schon ihre Gesundheit und gibt der Allgemeinheit Ruhe. Eine ausdrückliche, obgleich in begrenzter Bedeutung platonische Bewegung politischer Natur ist das Verhältnis der Krakauer Kreise zum Königreich Polen, insbesondere zu Warschau. Aus unseren Zeitungen, soweit sie zu uns gelangten, weiß man im Königreich, daß von Anfang an bei uns zwei Strömungen einander gegenüberstanden. Die einen betrachteten die Gesellschaft jenseits der Grenze für fast unmündig, Galizien dagegen für den natürlichen Vormund derselben. Diese Richtung hatte auf ihrer Seite eine ansehnliche Presse und einflußreiche Persönlichkeiten zur Verfügung. Die zweite, nicht so laut in der Presse, aber tiefer blickend, besaß eine bessere Kenntnis des Königreichs und hatte keine Anregung von außen, um gegen die Überzeugung zu reden. Deshalb befestigte sie die Gesellschaft in dem Glauben, daß im Königreich weder Mangel an gesunden Bestrebungen, noch Kraft zu ihrer Durchführung fehlen. Und diese Richtung hatte volles Recht, und heute hat Krakau von Warschau eine klare und gerechte Vorstellung. Es kennt die schöpferische Energie, das organisatorische Talent desselben auf dem Gebiete der aktuellen Bedürfnisse, und nach den stattgefundenen Gemeinderatswahlen hat Krakau auch seine Ansicht von dem politisch-taktischen Verständnis und der Einsicht der Hauptstadt Polens geändert. — Man muß Krakaus Gemütszustand kennen, um sich einen Begriff davon zu machen, welche eine Überraschung das Warschauer Wahlkompromiß gewesen ist. Man muß diese Atmosphäre von Kleinigkeitskrämerei und Parteihader kennen, welche jede Wahlaktion in der Gemeinde kennzeichnet, dieses Spiel der kleinlichen Interessen und geringfügigen Anstrengungen, um den Eindruck abzuschätzen, den der Umstand hervorrief, daß Warschau mit Ausnahme der Sozialdemokraten ein einziges polnisches Lager bildete.

Auch bei uns gibt es und gab es Kompromisse, aber auf welcher veränderter Grundlage. In der Regel pflegte es so zu sein, daß einzelne politische Parteien sich um das Kompromiß mit einzelnen Gruppen der Juden bemühen, dieselben für sich zu gewinnen, um an ihrer Geschlossenheit und Kraft Unterstützung zu finden.

Von einer Gegenüberstellung des polnischen und des jüdischen Blocks konnte — soweit uns diese Sache von weitem schien — bei uns keine Rede sein. Noch im Juni sprach ich mit Leuten, welche trotz politischer Schulung nicht den Gedanken aufkommen ließen, daß das Warschauer Kompromiß so sein könnte, wie es in Wirklichkeit gewesen, trotz der Erfahrung — und vielleicht gerade deswegen, eben deswegen weil dasselbe derart war, wie man sie bei uns eben erwerben kann. Sie waren sicher dessen, daß es Kompromisse zwischen den einzelnen jüdischen Parteien einerseits und den polnischen Organisationen andererseits geben werde. Das, was geschehen ist, war für sie eine Überraschung. Wir wollen hinzufügen: eine freudige, und noch mehr — eine vorbildliche Überraschung. Seit dieser Zeit müssen wir auch bedenken, daß das, was in Warschau möglich war, gegebenenfalls, auch bei uns möglich sein wird. Es wird möglich sein, wenn wir die bisherigen Methoden verlassen. In dieser Beziehung kann man sagen, daß lux ex Varsavia gefallen ist, und wir wollen hoffen, daß es nicht aufhört, zu leuchten.

Dies inbezug auf den taktischen Teil der Wahlen in Warschau. Aber noch höher ist in unseren Augen der allgemein politische Inhalt zu bemessen: Die Vereinigung im Namen der Idee, das Aufopfern für diese Idee verschiedener gegenseitiger Zugeständnisse. Das kann man nicht hoch genug veranschlagen, als Eindruck sowohl, wie als Vorbild. Wir haben soviel von dem zerrissenen und unfähigen Warschau gehört, sich zu konsolidieren, daß man heute schwerlich daran glauben kann, wie man solche Vermutungen hat verlautbaren können. Deshalb machen auch ein ziemlich saures Gesicht diejenigen, welche in ihren Organen diese „Zerrissenheit“ verkündeten. Je weniger die Wirklichkeit den Bildern entsprochen hat, die sie sehen ließen, um so schwieriger würde es ihnen in der Zukunft fallen, die Leichtgläubigkeit für ihre Behauptungen zu finden.

Aus Nr. 178 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 7. August 1916.

Jenseits des Meeres.

Chicago, Juli 1916.

Das Lager der Unabhängigkeitsbewegung bemüht sich lebhaft um die polnische Sache.

Das Komitee der nationalen Verteidigung organisiert die Allgemeinheit unter der Fahne der Unabhängigkeit, verwirklicht durch die polnischen Legionen. Versammlungen, Zusammenkünfte, Agitationsreisen im ganzen Lande, die Pressetätigkeit der „Wici“, — alles dies trägt zu einer immer weiteren Ausbreitung der Idee der Unabhängigkeit bei und untergräbt immer mehr den Einfluß des Lagers der „im breiten Strom Dahinfließenden.“

Die Folgen machen sich bereits bemerkbar.

Der „Dziennik Narodowy“ in Chicago, eine Zeitung mit allzu deutlicher Tendenz, die stark nach Osten schießt, bringt bereits von Zeit zu Zeit Beschreibungen der Kämpfe der polnischen Legionen und widmet den Angelegenheiten der Legionen überhaupt mehr Raum. Die Herausgeber bereiten bereits den Rückzug vor.

In den Verbandskreisen wird immer häufiger die Forderung wiederholt, daß der Vorsitzende Zychlinski und der Direktor J. Chrzanowski, die am meisten an der Irreführung der öffentlichen Meinung und der Verwirrung derselben schuld sind, von der Betätigung im nationalen Leben zurücktreten möchten.

Der Einfluß macht sich auch in den „Sokol“-Kreisen bemerkbar. Die edleren Elemente sind empört über die häßliche Arbeit des Vorstandes und streben danach, daß die Sokols sich unter die Fahne der polnischen Legionen stellen sollen. Es ergibt sich dies aus den Protesten der einzelnen Vereine, so z. B. aus der bekannten Sache des Protestes des 121. Vereins.

Dauernd verlassen Freiwillige das Land, um in die polnischen Legionen einzutreten. In letzter Zeit ist unter anderen auch der Vorkämpfer der Unabhängigkeitsbewegung, der Redakteur J. Karasiewicz, von hier abgereist.

Die Sammlungen für die Legionen fließen reichlich. Aus kleinen Opfern kommen monatlich 2000 Dollar zusammen, trotz der Gegenwirkung der oben genannten Presse.

Außer der Aktion innerhalb der Allgemeinheit wirkt das „Komitee der nationalen Verteidigung“ auch unter den Amerikanern. Bekannt sind die Eingaben an Wilson und den Kongreß.

In letzter Zeit trat das Komitee mit einer Denkschrift in Sachen des polnischen Staates an die Repräsentanten der in Washington vertretenen Staaten heran.

In dieser Denkschrift wird unter Berufung auf die durch Alexander I. im November 1815 unterschriebene Verfassung festgestellt.

daß „das Königreich Polen ein von Rußland unabhängiger Staat sei, nicht aber ein Bestandteil desselben.“

„Die rechtmäßige Vertretung des Königreichs Polen sei das polnische Parlament.“

„Die Befugnisse des polnischen Parlaments haben nach Friedensschluß mit Rußland im Jahre 1831 nicht aufgehört.“

Daher stehen Kongreßpolen alle Staatsrechte zu. Es existiert und hat das Stimmrecht im gegenwärtigen Kriege.

Ten sam (Derselbe)